Die Erschliessung des hohen Westerwaldes.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Universität Tübingen

vorgelegt von

Heinz Ganser.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Druck von Hch. Ludwig in Bonn
1916.

Referent:
Professor Dr. C. J. Fuchs.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort 5

Erster Abschnitt.

Der hohe Westerwald und seine Industrialisierung . 7

Erstes Kapitel: Lage und politische Geschichte . . 7

Zweites Kapitel: Die Landwirtschaft.

1. Die natürlichen Grundfaktoren: Bodenbeschaffenheit und Klima 10
2. Das geltende Erbrecht 19
3. Die Grundbesitzverteilung 22
4. Die Verschuldung:
   a. ihr Maß 24
   b. der Wucher und seine Bekämpfung durch das Genossenschaftswesen 28
5. Der Ackerbau 35
6. Die Rindviehzucht 38
7. Die Kleinviehhaltung 44
8. Die Meliorationen 47

Drittes Kapitel: Die Wanderungen 58

Viertes Kapitel: Die Industrialisierung.

1. Der Versuch, Hausindustrie zu erwecken . 65
2. Die geologische Beschaffenheit des Gebietes 66
3. Die einstige Eisenindustrie 68
4. Die Tonindustrie 69
5. Der Braunkohlenbau 71
6. Die Basaltindustrie 78

Zweiter Abschnitt.

Die weitere Erschließung des hohen Westerwaldes durch neue Bahnlinien.

Erstes Kapitel: Die früheren Bahnprojekte 99
Zweites Kapitel: Das bisherige Eisenbahnnetz . . . 108
Drittes Kapitel: Die heutigen Bahnprojekte.
a. Die Verbindung mit dem Rhein 113
b. Die Verbindung mit dem Siegerland . . . 119
Schluß 140

Vorwort.

So manche höhere deutsche Gebirgsgegend ist, durch die verheerenden Wirkungen zahlloser Kriege und Seuchen wirtschaftlich zugrundegerichtet, alsbald für längere Zeit in den Strom der Vergessenheit getaucht. Es ist ein Verdienst des vergangenen Jahrhunderts, solche Gebiete wieder entdeckt zu haben. Zwar waren die Zustände, die dabei zu Tage traten, wenig erfreuliche, gewissermaßen sibirischer Natur, wie sie der Bewohner des unter Handel und Gewerbe erblühten Flachlandes kaum noch für möglich gehalten hatte. Kräftige Hilfe des Staates aber, in dessen eigenem Interesse es ja liegt, eine möglichst große Zahl wirtschaftlich gehobener und steuerkräftiger Bezirke unter seiner Herrschaft zu vereinen, schuf auch hier bald neues Leben, und so gilt es heute vor allem, den errungenen Platz gegen Rückschläge zu sichern. Damit ist denn auch schon die Grundlage für die Beschreibung des hohen Westerwaldes, eines jener Landstriche gegeben. Einer Schilderung des bestehenden Wirtschaftslebens, der, wo es angebracht erscheint, die Verhältnisse früherer Zeiten gegenüberzustellen sind, müssen sich die Maßnahmen zur Sicherung der sich heute ausbildenden Zustände anschließen.

Wenn ich dabei auf die Aufzählung aller Derer, die mir bei meiner Arbeit besonders behilflich gewesen sind, verzichten zu müssen glaubte, so ließ ich mich von der Erwägung leiten, daß, da ich fast überall das weitgehendste Entgegenkommen gefunden habe, eine solche Auswahl kaum zu treffen ist. Allen, die mich bei der vorliegenden Untersuchung in irgend einer Weise unterstützt haben, möchte ich daher auch an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank aussprechen.

Der Verfasser.

Neue Verkehrskarte der Rheinlande.

Maßstab 1:600000.

0 5 10 15 20 25 30 35 40

Kilometer (III, 207 ¹/₂°).

Verlag von C. Schaffnit, Düsseldorf.

- ORTE, ORTE über 100 000 Einw.
- ORTE ... von 50 000 bis 100 000 „
- Orte ... „ 20 000 „ 50 000 „
- Orte ... „ 10 000 „ 20 000 „
- Orte ... „ 5 000 „ 10 000 „
- Orte ... „ 2 000 „ 5 000 „
- Orte (Städte, Flecken) } unter 2 000 „
- Orte (Dörfer) }

Eisenbahn im Betr. — im Bau

Aus dem Eisenbahn- u. Verkehrs-Atlas von Europa, begründet von Dr. W. Koch und C. Opitz.

Ausgeführt von C. Opitz, Geogr. Anst., Leipzig.

Erster Abschnitt:
Der hohe Westerwald und seine Industrialisierung.

Erstes Kapitel: Lage und politische Geschichte.

Eine Urkunde aus dem Jahre 1048[1]) erwähnt zum erstenmale eine terra, quae vulgariter Westerwald dicitur, womit die aus den drei Kirchspielen Neukirch, Emmerichenhain und Marienberg bestehende freie Vogtei oder Herrschaft zum Westerwald gemeint war. Sie lag im Nordosten des Westerwaldgebirges, das sich, eingeschlossen von Lahn, Dill, Heller und Sieg, nach Westen erstreckt, bis es der Rhein von der Eifel trennt, und bildete dessen höchstgelegenen Teil; ihre politische Geschichte ist lange Zeit in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Wir wissen nur, daß das Land im 12. Jahrhundert von Seiten der Grafen Gleiberg an den Nassauischen Herrn kam und daß es ein Gebiet war, dessen Bewohner sich im Gegensatz zu der ringsum bestehenden Knechtschaft ein gewisses Maß von Freiheit bewahrt hatten; Abgaben und Dienste waren ihnen zwar auch auferlegt, jedoch gemessene im Gegensatz zu den ungemessenen der Unfreien. Auch durften die Bewohner, die ihr Land durch eigene Schützen bewachen ließen und nur bei ihresgleichen Recht suchten, ohne daß dabei dem Landesherrn eine Einwirkung auf den Spruch gestattet war, nach Belieben mit Weib und Kind und ihrer gesamten beweglichen Habe gegen Entrichtung einer nur geringen Gebühr, des sogenannten Urlaubsschatzes, auswandern. Zwar gab es anfangs auch

[1]) Heyn I, Der Westerwald und seine Bewohner von der ältesten Zeit bis heute, 1893, S. 184.

Leibeigene, die vom Landesherrn oder den das Einzugsrecht besitzenden Nachbarn, den Grafen von Dietz, den Herren von Schönholz, Weidenhahn und Greifenstein angesiedelt waren, doch verschwanden sie bald, da hier weder der Wiltfang, noch der Busen bestand. Jeder, der auf den Westerwald zog und von seinem rechtmäßigen Herrn nicht binnen Jahr und Tag zurückgefordert wurde, trat nämlich in der Gemeinde, in der er sich niederließ, in die Rechte eines freien Gemeindebürgers ein, und die Kinder aus der Gemeinschaft eines Freien mit einer Leibeigenen wurden nicht wie sonst Eigentum des Herrn der Letzteren, sondern teilten den Stand des Vaters; die Luft machte hier eben frei. Dazu kam noch, daß der Landesherr im Jahre 1567 in allen seinen Gebieten die Leibeigenschaft beseitigte. So fanden sich denn von dem genannten Jahre ab auf dem Westerwald drei Kategorien von Einwohnern: Die „Eigenleute", welche nur dem Landesherrn unterstanden, die „Vogtleute", welche teils ihm, teils den Herrn won Wied und Westerburg Abgaben zu entrichten hatten, und „Mönchsleute", welche außer dem Landesherrn auch noch dem Kloster verpflichtet waren; bestimmt war dabei aber, daß das Gebot des weltlichen Herrn vorgehe.

Von den verschiedenen nassauischen Linien haben nun lange Zeit die Oranier ihr ruhmreiches Banner über den Westerwald ausgebreitet, und noch heute erinnert sich hier der Enkel mit Stolz der Heldentaten seiner Väter in den niederländischen Befreiungskämpfen. Doch im Jahre 1815[1]) trat Oranien, seine ausländischen Besitzungen vorziehend, die deutschen auf Grund eines Vertrages vom 31. Mai an Preußen ab. Von diesem wurden sie dann dem im Entstehen begriffenen Herzogtum Nassau zugeteilt, das sich in der Zeit von 1801 bis 1816 aus 19 früher verschiedenen Herrschern gehörenden Landesteilen bildete.

---

[1]) Keller, Geschichte Nassaus von der Reformation bis zum Anfang des 30jähr. Krieges, 1864, S. 835.

Nach dem Kriege von 1866 aber wurde das Herzogtum wieder aufgelöst, und ein Gesetz vom 20. September gleichen Jahres[1]) vereinigte sein Gebiet mit Preußen. Eine Kabinettsorder vom 22. Februar 1867[1]) brachte sodann eine Aenderung in der Organisation; an Stelle der Einteilung in 28 Aemter, von denen unser Gebiet vornehmlich zwei umfaßten, nämlich die Aemter Marienberg und Renneroth, trat die Kreisteilung, die vor allem nun auch in den untern Instanzen Justiz und Verwaltung trennte; beide Aemter wurden damals dem Kreis Oberwesterwald zugeteilt. Verschiedene Umstände aber machten bald die Bildung eines neuen Kreises notwendig, und so entstand auf Grund der Kreisordnung vom 7. Juni 1885[2]) der Kreis Westerburg; er trat am 1. April 1886 ins Leben und umfaßt u. a. auch das ehemalige Amt Renneroth. Wenn wir nun heute wieder von dem ganzen Westerwaldgebiet einen Teil, und zwar den sogenannten eigentlichen oder hohen Westerwald, absondern wollen, so bietet uns dazu dessen politische Zugehörigkeit keinerlei Handhabe mehr; als Grenze vermag uns nur der Umstand zu dienen, daß wir unter einer solchen Bezeichnung das Gebiet tertiärer Bedeckung zusammenfassen können, während alles Uebrige lediglich dessen Abdachung ist; darauf gestützt läßt denn auch Heyn die Grenzlinie von Bretthausen ausgehend durch die Gemarkungen der Gemeinden[3]) Norken, Neunkhausen, Langenbach, Nisterberg, Lippe, Liebenscheid, Rabenscheid, Breitscheit, Roth, Heiligenborn, Seilhofen, Arborn, Elsoff, Westernohe, Stahlhofen, Langenhahn, Dreifelden, Steinebach und Alpenrod laufen, um dann wieder in Bretthausen zu enden.

---

[1]) Statistische Beschreibung des Regierungs-Bezirks Wiesbaden, III, S. 4.

[2]) Verwaltungsbericht Westerburg, 25. J., S. 1.

[3]) Heyn II, Westerwaldführer S. 12.

Zweites Kapitel: Die Landwirtschaft.

1. Die natürlichen Grundfaktoren: Bodenbeschaffenheit und Klima.

Wir haben damit ein 37,5 qkm[1]) großes Gebiet umfaßt, das sich in einer Höhenlage von 300 bis 660 m — die Gemeinde Neukirch ist mit 638 m die höchstgelegene — für den Ackerbau nur wenig eignet. Trotzdem aber waren die Bewohner hier Jahrhunderte lang fast ausschließlich auf die Landwirtschaft angewiesen, und auch heute bildet sie noch eine so wesentliche Grundlage des Westerwälder Wirtschaftslebens, daß ihre Betrachtung unerläßlich ist; wir beginnen daher mit ihren natürlichen Grundfaktoren, der Bodenbeschaffenheit und dem Klima.

Was nun die Gestaltung des Bodens anbetrifft, so ist die früher oft angewandte, auch heute noch vereinzelt auftretende Bezeichnung des hohen Westerwaldes als einer Hochebene durchaus irreführend. Ebene Flächen, bei denen alle Punkte sich in gleicher oder auch nur annähernd gleicher Lage befinden, kennt man hier nicht; das Gelände ist vielmehr ein ausgesprochen welliges; flache muldenartige Täler, von denen das bedeutendste das der in einer Höhe von 532 m[2]) entspringenden Nister ist, wechseln ununterbrochen ab mit nicht allzuhohen Bergeskuppen. Eingeschlossen von den fruchtbaren Wiesen der Täler und den ausgedehnten Viehweiden der Höhen, breitet sich an den Abhängen der infolge der schräg abfallenden Lage leicht abschwemmende und nur schwer zu bewirtschaftende Ackerboden aus. Entstanden durch die Verwitterung des hier überall zu Tage tretenden basaltischen Gesteins, bildet er eine zwar fruchtbare, aber mit zahllosen kleinen Steinen durchsetzte Humusschicht, die über eine bedeutende mineralische Kraft verfügt und so den Pflanzenwuchs ausserordentlich fördert[3]). Der

[1]) Statistische Beschreibung a. a. O.
[2]) Karte.
[3]) Beilage Westerburg S. 7.

Boden saugt die Wärme auf und hält sie lange an. Dabei ist die Ackerkrume locker und frisch, leider aber nur von geringer Tiefe, die noch dazu mit zunehmender Höhe abnimmt; in den weitaus meisten Fällen beläuft sie sich nur auf bis zu 15 cm[1]).

Gleichwohl „der Boden ist gut“ urteilt Stifft[2]) über ihn „und wäre das Klima ebenso gut, so würde ein üppiger Pflanzenwuchs eintreten“. Gerade aber die klimatischen Verhältnisse, die nach Buchenbergers[3]) Ansicht ja bei weitem bedeutender für die Landwirtschaft sind, als die Bodenbeschaffenheit, weil die Mängel der Letzteren sich zum größten Teil durch regelmäßige Düngung beseitigen lassen, waren für den hohen Westerwald lange Zeit die denkbar ungünstigsten. Besonders zeigte sich das, als der reiche, einst hier vorhandene Waldbestand eines Tages verschwunden war. Zu einer Zeit, „wo noch alles deutsche Wesen auf den Wald begründet war[4])“, muß er wohl ein Opfer des Geldbedarfes der Gemeinden sowohl wie des Landesherrn geworden sein. Mit Bestimmtheit konnte meines Wissens bis heute noch nicht festgestellt werden, wem von beiden die Hauptschuld an dieser Devastation zuzuschreiben ist, und wenn dabei von einer Seite[5]) die Erklärung für sie in dem Bestehen von Markwaldungen gesucht wurde, so erscheint mir dies doch etwas zu einseitig. Ich will dieser Behauptung nicht entgegenhalten, daß dabei in der Regel Märkerordnungen bestanden haben, die eine Waldverwüstung verhüten sollten, denn sie mögen tatsächlich in vielen Fällen diesen ihren Zweck ebenso wenig erfüllt haben, wie die späteren Haubergsgenossenschaften[6]); doch der Umstand, daß die unaufhörlichen

[1]) Keiser, Der Stand der Landwirtschaft im Gau 7, S. 632.

[2]) Stifft, Geognostische Beschreibung des Herzogtums Nassau, S. 21.

[3]) Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik S. 13.

[4]) Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik S. 64.

[5]) Becker, Beiträge zur Siedlungskunde des hohen Westerwaldes, 1912, S. 31.

[6]) Keller a. a. O. S. 598.

Kriegszüge und die grosse Hofhaltung in Dillenburg viel Geld verschlangen, und daß ferner schon im Jahre 1535[1]) zwischen Wilhelm von Dillenburg und Wilhelm von Wittgenstein ein Vertrag über den Austausch von Kohlen und Eisenerzen zu Stande kam, scheint mir auch den Landesherrn in dieser Hinsicht nicht freizusprechen. Damals wurde eben viel Holz verkohlt und zu den Eisenhämmern gebracht[2]), wo es die Stelle einnahm, die heute durch die Steinkohle ausgefüllt wird. Wie dem auch sei, Tatsache ist jedenfalls, daß der Waldbestand sich stark verringerte. Im 16., 17. und 18. Jahrhundert wurden zwar verschiedene Forstordnungen[3]) erlassen, um zu retten, was noch zu retten war und Neuanpflanzungen zu bewirken, doch ohne rechten Erfolg; die Wiederaufforstungsbestrebungen wurden durch eine falsche Forstkultur — man pflanzte Holzarten an, die für unser Gebiet ungeeignet waren —[3]) nutzlos gemacht. Der hohe Westerwald blieb kahl, „ein hohes Gebirge“ wie ihn vor mehreren Jahrhunderten ein Chronist schilderte, „von dem man nichts sieht als Himmel, Pfützen und große Steine[4]) und noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hielt dieser Zustand an. Nicht hohe Kältegrade vernichteten zuweilen den gesamten Pflanzenwuchs, sondern Winde und Stürme, die von allen Seiten ungehindert über die Hochfläche dahinbrausen konnten, weil ihnen weder ein vorgelagertes höheres Gebirge noch ein schützender Wald entgegentrat. Wie der Volksmund meinte, war es hier „dreiviertel Jahr Winter und einviertel Jahr kalt“[5]); jedenfalls aber dauerte der Winter ein volles halbes Jahr und während dieser Zeit zeigten Wind und Sturm besonders ihre verheerende Kraft; sie rissen Dächer und ganze Gebäude weg oder begruben die letzteren so unter Schneemassen, daß ihr Vorhandensein höchstens noch

[1]) Klutmann, Die Haubergswirtschaft S. 108.
[2]) Heyn I, a. a. O. S. 198.
[3]) Heyn I, a. a. O. S. 197/198.
[4]) Vogel, Beschreibung des Herzogtums Nassau S. 49.
[5]) Heimatbuch S. 70.

durch einen dünnen Braunkohlenrauch verraten wurde. Dann verschlief wohl der Bewohner die lange Winterzeit in seiner Hütte, welche er nur verlassen konnte, wenn regelrechte Stollen gegraben wurden, oder er verdiente seinen Lebensunterhalt durch Schneeschaufeln, anfangs in der Frohnde, später im Tagelohn von Staat oder Gemeinde.

Die bedeutenden Schneefälle waren darauf zurückzuführen, daß der Westerwald damals an Niederschlägen besonders reich war, wie er auch heute noch zu den niederschlagreichsten Gebieten des Reiches zählt. Im Jahresdurchschnitt erreichen die Regenfälle eine Höhe von 1000 mm und mehr[1]), während die kaum 70 km entfernte Rheinebene deren nur 800 und der Osten gar nur 600[2]) aufzuweisen hat. Zu erklären ist dies dadurch, daß die hier wehenden Winde nicht unbedeutende Mengen Wasserdampf mit sich führen; in dem Maße als dieser gezwungen ist, am Gebirge emporzusteigen, verdichtet er sich und fällt als Regen oder Schnee nieder[3]).

Solche großen Regenfälle sind insofern besonders ungünstig, als der Boden, in den unteren Lagen zwar tiefgründig, in den höheren dagegen auf eine undurchlässige letteartige Schicht gebettet ist; diese verhindert naturgemäß das tiefe Eindringen, während die mit Feuchtigkeit über und über geschwängerte Luft kein Verdunsten zuläßt. Dann staute sich, zu einer Zeit, wo noch keine Schutzmaßregeln getroffen waren, das Wasser, und umfangreiche Sumpf- und Morastbildungen, „in denen Fuhrleute und Pferde stecken bleiben und versinken“[4]) konnten, waren die Folgen. Trat hierzu dann noch ein früher und strenger Winter, so stieg die Not aufs höchste; das Heu konnte nicht trocken eingebracht werden und gefror in den Scheunen, sodaß es erst mit dem Karst auseinander gehauen werden mußte; ebenso fror das Getreide an und

[1]) Auskunft.
[2]) Keiser a. a. O. S. 633.
[3]) Becker a. a. O. S. 26.
[4]) Vogel a. a. O. S. 55.

die Kartoffeln wurden nicht reif[1]). Hungersnöte und Seuchen brachen unter Menschen und Vieh aus; die Bewohner mußten zum Teil betteln gehen und Landeskollekten[2]) wurden für den hohen Westerwald angeordnet. Der Fremde mied die Gegend, und noch im 18. Jahrhundert starben hier ganze Dörfer aus; erwähnt seien von ihnen nur Königshofen und Murndorf[3]). Nichts deutet mehr an der Stelle, wo sie standen, darauf hin, daß sich hier einst menschliche Wohnsitze befanden, Wind und Wetter haben die Ueberreste vernichtet; nur der Chronist[4]) erwähnt sie noch und läßt durch seine knappe, aber vielsagende Anmerkung „versunken" oder „ausgegangen" ihr Schicksal erraten. „Sie gingen von selbst aus", meint Riehl[5]), „wie ein Licht ausgeht, weil ihm die Nahrung fehlt; sie versanken spurlos, weil der Boden der Kultur, der sie tragen sollte, zu dünn war; sie sind nicht vertilgt worden, sie sind verloren gegangen über Nacht, man weiß nicht, wo sie hingekommen sind".

Im Jahre 1829[1]) setzte wieder ein solches Notjahr ein, in dem in kurzer Zeit allein 1200 bis 1500 Stück Vieh gefallen sein sollen. Das Elend war riesengroß, brachte aber den Vorteil mit, daß die Regierung sich nun endlich veranlaßt sah, einzugreifen und die Grundlage für bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Man entsandte vorerst im Jahre 1830[6]) den Regierungsrat Albrecht dorthin, damit er die Verhältnisse genauer studiere und Vorschläge zu ihrer Besserung mache. Der Letzteren jedoch enthielt er sich, überließ dies vielmehr einer Kommission, der sein Bericht übergeben wurde. Die Kommission gelangte dann nach 5 Jahren zu der Ansicht, daß

---

[1]) Schulze-Rössler I, Praktische Erfahrungen mit Gemeindemeliorationen 1914, S. 35.

[2]) Plenge, Westerwalder Hausierer und Landgänger S. 20.

[3]) Heimatbuch.

[4]) Z. B. Vogel a. a. O.

[5]) Riehl, Land und Leute S. 254.

[6]) Keßler, Die Walderneuerung des Westerwaldes S. 55.

vor allen Dingen, um die Landwirtschaft zu heben, „die Anlage von Wald und schützenden Gehegen an den dazu geeigneten Stellen“ notwendig sei. Wie später in der Eifel, so wollte man damals hier „durch Waldbau den Feldbau neu befruchten, durch künstliche Rückkehr zu der besten Form der Wildnis eine neue Kultur gründen“ [1]). Allerdings waren vorläufig nur schützende Gehege vorgesehen, deren Breite nicht bedeutend zu sein brauchte, weil man nur Niederwaldungen in Aussicht genommen hatte. Vom Holzertrag sollte vorerst ganz abgesehen und lediglich die schützende Wirkung berücksichtigt werden. Zu ihrer Anlage zeigte sich die orographische Gestaltung des Gebietes als ganz besonders geeignet, weil die meisten Täler gegen Norden und Westen oder gegen Norden und Osten Anhöhen aufwiesen, deren Beforstung vollkommen ausreichend war. Unter Leitung von Forstleuten sollte die Anlage der Gehege zu Lasten der Gemeinden vor sich gehen, und je nach der Lage und Bodenbeschaffenheit beabsichtigte man dazu Erlen, Buchen, Eschen oder Tannen zu verwenden. Wenn der Entwurf auch leicht gewesen war, so bot doch die Ausführung, wie Keßler in seinem Bericht über die Wiederbewaldung des Westerwaldes, dem die folgenden Angaben entnommen sind, erzählt [2]), mancherlei Schwierigkeiten. Vor allem galt es, den Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung, die ja allgemein, im Guten wie im Schlechten, am Althergebrachten festzuhalten pflegt, zu überwinden. Da sich nun auch die Presse mit dem Für und Wider der Bewaldung beschäftigte, so bildeten sich fast in jedem Dorfe Parteien, und nur wenige Gemeinden standen dem Projekte wohlwollend gegenüber. Dazu kam dann noch ein Fehler, den die Regierung insofern begangen hatte, als sie die Gehege einfach in das Gelände projektierte, ohne irgendwelche Rücksicht darauf zu nehmen, ob auf diese Weise Privat- oder Gemeindeland zerstückelt würde. Deshalb war weder der Erwerb

[1]) Riehl a. a. S. 281.

[2]) Keßler a. a. O. S. 55 ff.

von Privatgrundstücken noch der von Teilen einer gemeinschaftlichen Benutzung unterliegender Viehweiden, wenn es sich bei Letzteren auch um ganz ertraglose Flächen handelte, leicht. Die Weideareale bildeten eben von jeher das Heiligtum der Bevölkerung, auf dem sie keinerlei fremde Arbeit duldete, aber auch die eigene sich streng in dem Rahmen des Allernotwendigsten hielt. Wo daher solche Waldungen angelegt waren, wurden sie, ein Zeichen ihrer geringen Beliebtheit, im Jahre 1848 wenn nicht ausgerissen, so doch beschädigt. Bei einer Gemeinde soll dazu der Umstand Anlaß gegeben haben, daß aus den in ihrer Gemarkung errichteten Gehegen auch fremde Gemeinden Vorteile ziehen konnten. Zwar mußten die entfernten Waldstreifen zur Strafe neu errichtet werden, doch erkannte man auch, daß es, obwohl die Preise der in ihrem Bereiche gelegenen Ländereien höher als die der andern stiegen, ohne einen gesetzlichen Schutz nicht ging. Die zur Bewachung angestellten, vom Staate besoldeten Aufseher genügten ganz und gar nicht, und auch die Gemeinden fühlten sich einer solchen Aufgabe nicht gewachsen. 1855 wurden deshalb die Gehege zu im öffentlichen Interesse bestehenden Kommunalanlagen erklärt, für deren Beschaffung nun nicht mehr wie bisher die Gemeinde, sondern der Amtsbezirksrat die letzte Instanz bildete. Damals vermehrte man die Zahl der schützenden Waldparzellen noch durch Ausstockung der in Tälern gelegenen, wodurch dort das Acker- und Wiesenland vermehrt werden konnte und deren Ersetzen durch solche auf den Höhen. Nun kam der Staat mit einem auf seine Kosten für 64 Gemeinden ausgearbeiteten Generalkulturplan, den er mit seiner geldlichen Unterstützung durchzuführen gedachte. Dadurch sollte jede Kulturart die richtige Lage erhalten, Entwässerungsanlagen, sowie Wege geschaffen werden und endlich war auch die Konsolidation vorgesehen; für letztere bewilligte der Staat einen Zuschuß von 1 Tlr. für den Morgen und setzte außerdem noch eine Belohnung von $1^1/_2$ bis 2 Tlrn.

für jeden Morgen aus, der auf diese Weise zur Bewaldung frei wurde. Doch vergebens versuchte man so die Abneigung des Westerwälders gegen die Konsolidationsarbeiten zu überwinden; 1874 mußte die Regierung zugeben, daß sie bisher mit ihren Bemühungen einen nennenswerten Erfolg nicht erzielt habe; nicht nur war kein einziger Antrag auf Konsolidation eingelaufen, sondern die Anlage von Schutzgehegen war dadurch sogar in ungünstiger Weise beeinflußt worden, sodaß man sich in deren Interesse veranlaßt sah, den Kulturplan wieder aufzugeben. Weiterhin wurden die Schutzwaldungen dann noch auf eine wesentlich sicherere Grundlage als bisher gestellt durch das Forstgesetz von 1875, womit dann hier die Gesetzgebung bisher ihren Abschluß gefunden hat. Es bestimmt vor allem, daß Neuschaffungen, wenn sie durch öffentliche Interessen bedingt werden, auf Verlangen erfolgen müssen. Dadurch hatte die Regierung endlich das Gesetz für sich und konnte die Bewaldung erzwingen; sie hielt es aber trotzdem für vorteilhafter, die ihr nun zur Seite stehende Macht nur im Notfalle anzuwenden und vorher den Versuch zu machen, auf dem Wege der gütlichen Einigung mit den Gemeinden zu ihrem Ziele zu gelangen. Da sie den Konsolidationsplan endgültig aufgegeben hatte und den berechtigten Interessen der Gemeinden nach Möglichkeit entsprechen konnte, standen dem auch keinerlei Schwierigkeiten mehr im Wege. Der Staat erwarb jetzt sogar selbst geeignete Grundstücke, die er geschenkweise den Gemeinden überließ mit der alleinigen Verpflichtung, sie ihrem Waldbestande einzuverleiben.

Von den vier verschiedenen früheren Baumarten ist man dann heute ausschließlich zur Fichte übergegangen, die sich als der für den Westerwald geeignetste Baum erwiesen hat; in einer Breite von 10—15 m wird sie angepflanzt, bedarf aber, da sie mit zunehmender Höhe ihre unteren Aeste verliert, der forstlichen Bewirtschaftung[1]). Vor oder hinter der ersten Waldparzelle errichtet man daher nach einiger Zeit

[1]) Schulze-Rössler a. a. O. S. 35 und Heimatbuch S. 70.

eine zweite, welche dazu bestimmt ist, an die Stelle der ersten zu treten, wenn diese als haubar abgetrieben werden muß; sofort aber entsteht dann hier als Ersatz für die zweite, wenn diese licht geworden ist, eine dritte.

Ein ununterbrochenes „Stirb und Werde“ kennzeichnet so die Schutzgehege, die sich heute auf dem hohen Westerwalde überall da erheben, wo man ihrer bedarf, ohne daß von der alten Abneigung noch etwas zu verspüren wäre. Es wird sie aber auch kaum noch jemand missen mögen, weder der Landmann, dessen Saaten sie umgeben, so die auf das Pflanzenleben störend wirkende Heftigkeit der Stürme ausschaltend und den Pflanzen die für ihr Wachstum notwendige Aufnahme von Nahrungsmitteln aus ruhiger Luft ermöglichend, noch der Wanderer, den sie in ihren Schutz nehmen, wenn ihn sein Weg zur Winterszeit über die Hochfläche führt.

Wenn aber auf solche Weise auch schon viel gewonnen ist, so zeigt sich doch noch immer der Klimafaktor Wärme für den Ackerbau wenig vorteilhaft. Die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt 5,6 Grad[1]), die mittlere Monatswärme schon an der Grenze des hohen Westerwaldes, in Hachenburg, von Dezember bis Februar nur 0,8 und von März bis Mai 6,9 Grad gegen 1,6 und 9,2 Grad zu derselben Zeit in Wiesbaden[2]). In Neukirch erreichte die Wärme in den Jahren 1909 und 1910 ihren höchsten Stand mit + 27 und + 24 Grad und die Kälte ging hinab bis — 13 und — 10, während Maximum und Minimum zu denselben Zeiten an der nur wenig entfernten Lahn, und zwar in Weilburg, + 31 und + 29, — 14 und — 16 Grad aufwiesen[3]). Dazu liegt auf dem hohen Westerwald der Schnee auch heute noch lange, oft bis in den Mai hinein, und Ende Oktober erscheint er schon wieder, wenn auch nicht mehr in solch bedeuten-

[1]) Schulze-Rössler I a. a. O. S. 35 und Heimatbuch S. 70.

[2]) Keiser a. a. O. S. 633.

[3]) Becker a. a. O. S. 21.

den Mengen wie in früheren Jahren. So hat denn der Ausspruch Vogels[1]), daß hier noch Schnee liege, „wenn schon an den Ufern der Lahn längst die Frühlingsblumen blühen", seine Berechtigung noch nicht verloren. Frühe Fröste und starke Nebel treten hinzu und beeinträchtigen die Vegetation, die aber in der kurzen Sommerzeit eine äußerst kräftige ist. Grade die Nebel verschwinden überhaupt kaum; man suchte ihr Erscheinen früher mit den vorhandenen Sümpfen in Verbindung zu bringen, bezeichnete sie dann später als „die steten Begleiter des Basaltes"[2]), doch ist der Grund für ihr übermäßiges Auftreten wohl eher in der Höhenlage zu suchen. Von den Frösten aber ist der gefürchtetste der sog. Barfrost[3]), der die Schollen emporhebt und die Wurzeln der Pflänzchen entblößt, diese, besonders wenn sie der Wind dann noch vollends loslöst, dem Verderben preisgebend.

2. Das geltende Erbrecht.

Eine Reihe wirtschaftlicher Momente, insbesondere die Besitzgröße und die Kapitalverhältnisse, beeinflussen neben solchen natürlichen noch das Gedeihen der Landwirtschaft. Der Umfang des einzelnen Besitzes wird durch die Art der Vererbung bedingt; dieselbe ist, wie in der gesamten Provinz Hessen-Nassau, so auch hier eine freiheitliche; auch der unbewegliche Nachlaß zerfällt im Erbfalle in so viele Teile als Kinder vorhanden sind. Wann diese, durch das Gesetz begünstigte Freiteilbarkeit hier eingeführt wurde, läßt sich nicht mehr feststellen, denn „die Agrargeschichte des ehemaligen Herzogtums Nassau ist ein fast unbeschriebenes Blatt"[4]). Hirsch nimmt an, daß die hofrechtliche Verfassung hier früh erstarrte und der Bauer schon zu Beginn des Mittelalters

[1]) Vogel a. a. O. S. 48.
[2]) Stifft a. a. O.
[3]) Heyn I a. a. S. 233.
[4]) Sering I, Landw. Jahrbücher Bd. 28, Einzelband 1, S. 25.

die unbeschränkte Verfügungsfreiheit über Grund und Boden besaß, die er dann bis heute behalten hat.

Bei den hier üblichen Vererbungsarten gehört die letztwillige Verfügung zu den Seltenheiten; das Gewöhnliche ist in den ärmeren Kreisen der Bevölkerung der Intestaterbfall, in den besser gestellten die Besitzübergabe zu Lebzeiten.

Sind im Intestaterbfalle [1]) mehrere Erbberechtigte vorhanden, so teilen sie den Besitz entsprechend dem gemeinen Recht. Der Grundbesitz wird auf so viel Loszetteln, als Erbberechtigte vorhanden sind, unter Berücksichtigung von Lage und Bodenbeschaffenheit möglichst gleichmäßig verteilt, und der Einzelne erhält die auf seinem Zettel verzeichneten Stücke. Die so herbeigeführte Entscheidung wird nur selten angefochten. Schwieriger gestaltet sich schon die Verteilung der Hofraite und der Baulichkeiten, weil die hierfür geltende Verordnung von 1827 [2]) eine Teilung zwar nicht direkt verbietet, aber doch sehr erschwert; sie bedarf nach ihr der Genehmigung des heute an die Stelle des Amtes getretenen Landratsamtes und muß versagt werden, wenn Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude nicht durch senkrecht vom Dach bis zum Keller führende Wände so geteilt werden können, daß jede Familie von der andern vollkommen geschieden ist. Dies läßt sich meist nicht durchführen, und es muß eine Einigung dahin getroffen werden, daß ein Erbe die Baulichkeiten übernimmt; wenn einer von ihnen verheiratet ist, so werden sie meist diesem übergeben, da sich die anderwärts übliche Kommunhausung, bei der mehrere unverheiratete Geschwister gemeinsam im väterlichen Hause wirtschaften, nicht eingebürgert hat. Natürlich muß der die Baulichkeiten Uebernehmende die Geschwister für seinen Mehranteil an der Erbmasse entschädigen; er

[1]) Sering I a. a. S. 44.

[2]) Sering I a. a. O. S. 51.

tut dies entweder in Geld oder durch Uebernahme eines entsprechend größeren Teiles der Nachlaßschulden. Seinen pekuniären Verpflichtungen muß er dann ratenweise nachkommen, und zwar gewöhnlich an drei Terminen, zu Petri, Martini und Weihnachten. Kann der Schuldner dann nicht zahlen, so tritt, während die Schuld bis dahin zinsfrei bleibt, Verzinsung ein.

Für die Vermögensübergabe[1]) welche auf Verträgen, den sogenannten Erbübergabeverträgen, beruht, ist zur Abschätzung der Liegenschaften das Stockbuchgesetz von 1851 maßgebend. Unter dem Vorsitze des Ortsbürgermeisters ist darin ein aus 9 bis 12 Schöffen bestehendes Feldgericht vorgesehen, dessen Mitglieder von der Gemeinde vorgeschlagen und vom Präsidenten des Landgerichts auf Lebenszeit ernannt werden. Bei dieser Vererbungsart sichert sich der übergebende Teil vertraglich das sogenannte Insitz- und Aushaltsrecht, eine Reihe von Lasten, die zum größten Teile auf dem die Baulichkeiten Uebernehmenden ruht. Die Alten haben dadurch das Recht, einen bestimmten Teil des Hauses dauernd zu bewohnen, an einer bestimmten Stelle des Stalles Vieh einzustellen und Hühner im Hühnerstall zu halten; sie dürfen in der Küche Kaffee kochen und besitzen die Nutznießung einer Reihe von besonders namhaft gemachten Grundstücken, insgesamt meist in Höhe von einem Drittel des früheren Eigentums. Dabei ist weiter festgelegt, wer den Samen und den Dung für die Felder zu stellen hat, wer sie bewirtschaftet, wer ernten und dreschen muß, und wohin die Felderzeugnisse zu bringen sind. Außerdem enthält der Vertrag Bestimmungen darüber, wer kochen und flicken muß, wer die Kleider, Licht und Feuerung zu stellen hat und endlich, wem die Kosten für Arzt, Apotheker und ein standesgemäßes Begräbnis zufallen. Zuletzt ist noch ein sogenannter Notpfennig, eine kleine Summe Geldes, vorgesehen, die den

[1]) Sering I a. a. O. S. 45 ff.

Berechtigten jederzeit zur Verfügung stehen muß; sie wird nur selten von der Gesamtheit der Kinder, in der Regel von dem Hauseigentümer getragen, gehört aber, wenn sie im Falle des Todes noch nicht aufgezehrt ist, zur Erbmasse.

Ein solches Insitzrecht, bei dem, wo es auch in ärmeren Familien besteht, oft über schlechte Behandlung geklagt wird, genießen auch Kinder bis zu ihrer Großjährigkeit oder Verheiratung.

3. Die Grundbesitzverteilung.

Natürlich zieht diese Art der Vererbung eine weitgehende Verkleinerung des Besitzes und eine starke Parzellierung desselben nach sich. Dabei ist es eine fast allgemein feststehende Tatsache[1]), daß je kleiner der Betrieb, desto größer die Zahl der Parzellen ist, wobei begreiflicherweise der Umfang der einzelnen Parzellen immer geringer wird. Wenn Keiser[2]) daher von kleinen Bauern erzählt, die 20, 30 und mehr Parzellen zu bewirtschaften haben, welche überall in der Gemarkung zerstreut sind, und von denen keine eine volle Tagesarbeit lohnt, so ist dies lediglich eine Folge des geltenden Agrarrechtes. Gewiß zeigt nicht jeder der Erben Lust, sich in der alten Heimat niederzulassen, und es wäre schon viel gewonnen, wenn er seine Grundstücke den übrigen Geschwistern zum Kauf anböte. Doch dies geschieht nicht. Erst wird geteilt und dann findet in solchen Fällen eine öffentliche Versteigerung statt[3]), bei der auch die andern Erben bieten. Dadurch wird die Besitzzersplitterung, obgleich sie gerade für den hohen Westerwald, wo „die natürlichen Bedingungen auf eine extensive Wirtschaft hinweisen“[4]) wenig vorteilhaft ist, nur noch weiter getrieben.

---

[1]) Schmelzle, Die ländl. Grundbesitzverteilung . . . S. 403.

[2]) Keiser a. a. O. S. 635.

[3]) Sering I a. a. O. S. 59.

[4]) Roscher, Nationalökonomie des Ackerbaues, 1905, S. 63.

Der Umfang, den die Zerstückelung bis zu den neunziger Jahren angenommen hatte, geht aus einer Reihe von Hirsch-Seringschen Tabellen hervor. Nach ihnen war damals der Kleinbesitz im Kreise Oberwesterwald mit 55 % [1]) aller landwirtschaftlichen Betriebe vertreten und umfaßte 71 % der gesamten Fläche. Es entfielen 1878 auf

	Zahl	%	Hektar d. landw. ben. Fl.	%
Parzellenbetriebe	26567	82,6	57133	46,9
Kleinbetrieb	5094	15,7	39439	32,5
Mittelbetrieb	487	1,6	8157	6,7
Großgrundbesitz	23	0,1	16611	13,9

Im Jahre 1907 wurden gezählt im Kreise

	Insgesamt Betriebe	unter 2 ha	2—5	5—20	20—100
Westerburg	5785	2254	8555	976	7
Oberwesterwald	4826	1936	2038	845	16 [2])

Doch diese Feststellung läßt die Verhältnisse auf dem hohen Westerwald nicht deutlich genug erkennen, weil sie auch noch andere Bezirke umfaßt. Wir lassen daher Tabellen über den Amtsgerichtsbezirk Rennerod folgen, der wegen seiner Höhenlage als der unwirtlichste Teil des Westerwaldes gilt. In seinen 39 Gemeinden wirtschafteten damals

4818	348	170	71	56	25 Betriebe
unter 15	mit 15—20	20—25	25—30	30—40	40—60 Morgen.

Dabei liegt hier die unterste Grenze für einen selbständigen landwirtschaftlichen Betrieb bei 4 Hektar [3]) oder 16 Morgen.

---

[1]) Sering I a. a. O. S. 14/15.

[2]) Landwirtschaftskammerbericht a. a. O.

[3]) Becker a. a. O. S. 30.

In 7 Gemeinden dieses Gerichtsbezirkes bot damals die Parzellierung folgendes Bild

	Gesamtzahl der Besitzer	Gesamtzahl der Parzellen	Auf einen Besitzer entfallen Parzellen	Es entfallen auf einen größeren Besitzer		Gesamtflächengehalt der Gemeinde (Acker, Wiesen, Garten)	Es entfallen durchschnittlich auf eine Parzelle
				Morgen	Parzellen	in ha	ha
Rennerod	335	14788	62,9	49	217	838	0,06
Hellenhahn-Schellenberg	356	7878	22,1	54	215	507	0,06
Neunkirchen	236	9815	41,5	48	270	453	0,05
Oberrod	179	8322	26,4	42	165	315	0,04
Pottum	83	4856	58,5	51	205	337	0,07
Waigandshain	52	3906	75,1	53	184	248	0,08
Westernohe	254	10289	40,5	50	320	335	0,03

Es ist aber anzunehmen, daß sich die Verhältnisse im Laufe der Zeit noch viel ungünstiger gestaltet haben als damals, weil die Art der Vererbung bis heute noch keine andere geworden ist und schon in den neunziger Jahren gegen früher ein Fortschreiten der Besitzzersplitterung festzustellen war. Es bestanden [1])

in den Jahren	in Waigandshain	Halbs	Salzburg
1823	4255	1928	1980
1854	3900	2073	2321
1895	3908	2083	2327 Parzellen.

In Waigandshain ist allerdings eine Abnahme der Parzellenzahl zu konstatieren, doch muß dies lediglich darauf zurückgeführt werden, daß eine Reihe von privaten Grundstücken zur Bildung einer Viehweide zusammengelegt worden ist.

4. Die Verschuldung.

a. Ihr Maß.

Nun stellt ein solcher Erbfall außerdem ja schon an die Kapitalkraft dessen, dem die Gebäude zufallen, große An-

[1]) Sering I a. a. O. S. 88 ff.

forderungen, doch auch die Uebrigen bleiben davon nicht verschont; gewöhnlich muß der Besitz abgerundet werden, und Gebäude, Wirtschaftsgeräte sowie Vieh sind unentbehrlich. In den meisten Fällen reicht das augenblickliche Barvermögen nicht aus, um einen solchen Aufwand zu bestreiten, und der Bauer gerät in Schulden; über deren Zusammensetzung gibt die folgende Tabelle wieder für die drei Gemeinden Waigandshain, Halbs und Salzburg, von denen die erste eine verhältnismäßig wohlhabende und die dritte eine arme ist, während die zweite das Mittelmaß darstellt, Auskunft; es beliefen sich die Schulden

in:	Waigandshain		Halbs		Salzburg	
auf:	ℳ	% d. Schulden	ℳ	% d. Schulden	ℳ	% d. Schulden
für: Hauskauf	4508	24	400	2	7117	20,5
Neubau, Umbau, Reparatur	4689	25	8442	36	4216	12,5
Gelder an die Miterben	2209	11	5669	24	3286	9,0
Ankauf v. Grundstücken etc.	139	1	4530	19	—	—
Kleine tägliche Schulden	2891	15	600	3	7842	22,0
Schlechte Wirtschaft	2455	13	1655	7	2922	8,0
Besondere Unglücksfälle	1011	6	855	4	6870	22,0
Aus Viehhandel	620	3	150	1	550	1,5
Schlechter Geschäftsgang in Nebenerwerben	823	2	180	1	—	—
Verschiedene Gründe	—	—	700	3	1550	4,5

Vorhanden waren in:

	Waigandshain	Halbs	Salzburg
Ortsanwesende Personen	210	144	146
Haushaltungen	61	40	42
Gemarkungsfläche	405	213	239 ha
Gemeindeweide	49	52	— ha

Verschuldungen und Kapitalbesitz ergeben gegenübergestellt:

	Hypothekenschulden	Eigentumsvorbeh.	Personalschulden	Sa.	Kapitaltalbesitz
Waigandshain	12310	2776	6595	21681	20050
Halbs	9711	635	13470	23816	14000
Salzburg	19396	?	14958	34354	13150

Die Bevölkerung setzte sich zusammen:

Salzburg					Waigandshain				
Verschuldete		Kapitalbes.		Unversch.	Verschuld.		Kapitalb.		Unversch.
Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl	Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl
56	34352	4	13150	5	31	21681	14	2050	10

Halbs

Verschuldete		Kapitalbesitz		Unverschuldete
Zahl	Betrag	Zahl	Betrag	Zahl
16	23816	2	2300	5

Von den Parzellenbesitzern waren in Waigandshain zwei, in Halbs vier und in Salzburg einer nicht verschuldet. Das Kapital der als Kapitalbesitzer bezeichneten verteilte sich in ganz ungleicher Weise; einzelnen bedeutenderen Beträgen stand eine große Zahl kleinerer gegenüber, die in Zeiten der Not rasch aufgebraucht sind. Setzen wir nun das Maß der Verschuldung in ein Verhältnis zum Verkehrswert der Liegenschaften, so ergibt sich für damals, daß in den drei Gemeinden verschuldet waren [1])

	unter 30 %	30-50 %	50-70 %	70-100 %	über 100 %
Selbst. Besitzer ohne Nebenerwerb	3	—	—	—	—
Unselbst. Bes. ohne Nebenerwerb	26	12	5	—	2
Unselbst. Bes. mit Nebenerwerb	7	5	3	1	2

Von 30 % ab muß aber hier eine Verschuldung als Ueberschuldung angesehen werden.

Auch in dieser Hinsicht wird sich heute eine Aenderung vollzogen haben, da der Landhunger des Westerwälders, sein Streben nach Grundbesitz, um den Rest seiner Tage in der alten Heimat auf eigener Scholle zu verbringen, eine stete Wechselwirkung von Bodenangebot und Bodennachfrage auslöst, und so unabhängig [2]) von der Bodenqualität und dem Reinertrag, der Marktnähe oder den in der Zwischenzeit vorgenommenen Verbesserungen, durch die eine größere Fruchtbarkeit erzielt wird, eine anormale Preisbildung hervorruft, derart, „daß der

[1]) Sering I a. a. O. S. 93.

[2]) Buchenberger a. a. O. S. 59 ff.

kleine Unternehmer das Produktionselement Boden teurer bezahlen muß als der größere[1]). Für die Jahre 1894 bis 1907 bestehen nun Erhebungen der Landwirtschaftskammer Wiesbaden[2]) über die Preissteigerung der Grundstücke in den Kreisen Oberwesterwald und Westerburg. Es wurden 1909 gezahlt bei einem Grundsteuerreinertrag

	unt. 2 Tlrn.	2—5	5—10	10—20	üb. 20 Tlr.
	ha	ha	ha	ha	ha
im Oberwesterwaldkreis	899	1340	2106	3555	8000
im Kreise Westerburg	679	1256	1963	3034	—

Dabei beliefen sich die Durchschnittspreise

	1895—97	98—00	01—03	04—06	07—09
bei einem Grundsteuerreinertrag bis zu 2 Tlrn.					
im Oberwesterwaldkreis auf	546	622	698	761	899
im Kreise Westerburg auf	461	941	456	705	679
2—5 Tlr.					
Oberwesterwald	1054	1135	1178	1285	1340
Westerburg	1127	1170	1132	1206	1256
5—10 Tlr.					
Oberwesterwald	1928	1942	2131	2187	2106
Westerburg	1787	1926	2050	1990	1963
10—20 Tlr.					
Oberwesterwald	2663	3643	3188	3600	3535
Westerburg	2247	2922	3971	3845	3034
über 20 Tlr.					
Oberwesterwald	—	7580	7670	—	8000
Westerburg	—	6835	—	—	—

Die Zahl der Kaufpreise betrug im Kreise Oberwesterwald in diesen Jahren 2492, der Fläscheninhalt der umgesetzten Grundstücke 378 ha, wofür 616000 Mk., also für 1 ha durchschnittlich 1627 Mk. gezahlt wurden; im Kreise Westerburg ergaben sich 3504 Kaufpreise in einem Umfange von 672 ha für die 94300 Mk. oder 1516 Mk. pro ha gezahlt wurden.

---

[1]) Schmelzle a. a. O. S. 406.

[2]) Landwirtschaftskammerbericht Wiesbaden 1906—10 S. 11.

b. Der Wucher und seine Bekämpfung durch das Genossenschaftswesen.

Nun sind aber die kleinen und kleinsten Betriebe mit ihrem vielseitigen Geldbedarf, solange sie jeder für sich dastehen und sich nicht wirtschaftlich zusammengeschlossen haben[1]), den größten Gefahren ausgesetzt. Grade in den Kleinbauerngebieten hatte sich daher in den 70er und 80er Jahren der Wucher ausgebildet, jene Tätigkeit, die, wie Sombart[2]) sagt, „eine Anteilnahme an den Erträgnissen fremder Arbeit, die über den landesüblichen Durchschnitt hinausgeht“ bezweckt. Wie der Geldbedarf ein verschiedener war, so nahm auch der Wucher verschiedene Formen an; es gab sowohl Geld- und Waren-, wie auch Vieh- oder Grundstückwucher, von denen gerade der letztere[3]) einen ganz gefährlichen Verschuldungsstand herbeiführen kann. Meist wurden alle diese Geschäfte von einer Person betrieben. Der Geldwucherer nahm dabei sechs bis zehn Prozent[4]), wenn nicht mehr; hier griff denn das Wuchergesetz vom Jahre 1880 ein und brachte den Zinsfuß wieder auf eine normale Höhe; dem Grundstückswucher, vielfach mit dem Warenwucher eng verbunden, da der Gläubiger gewöhnlich in Form von Hypotheken seine Forderungen sicher stellte, war nur schwer beizukommen; die bis zum Jahre 1879 unverhältnismäßig hohe Zahl von Zwangsversteigerungen ließ auf sein Vorhandensein schließen.

Am größten war wohl die Möglichkeit, den kleinen Landwirt zu übervorteilen beim Viehhandel, denn er war, wie schon ein altes Sprüchwort sagt, „von jeher ein Spitzbubengeschäft“[5]). Der Bauer brauchte Vieh, doch fehlte es ihm meist an dem nötigen Gelde, um es auch bezahlen

---

[1]) Grabein, Wirtschaftl. und soziale Bedeutung der Genossenschaften in Deutschland, 1908, S. 1/2.

[2]) Sombart, Die Volkswirtschaft des XIX. Jahrhunderts, S. 395.

[3]) Buchenberger a. a. S. 64.

[4]) Schardt S. 216/17.

[5]) Schardt S. 216.

zu können. Aus dieser Verlegenheit half dann der Händler dadurch, daß er ihm die Tiere in die Leihe gab und zwar meist unter zweierlei Bedingungen, „zum halben Nutzen“ oder „sowohl im Nutzen wie im Unnutzen“; sie liefen beide darauf hinaus, daß der Bauer zum Schluß allein versteckt 50—100% als Leihgebühr entrichtet hatte.

In beiden Fällen[1]) war bares Geld nicht nötig; im ersteren erhielt der Bauer das gewünschte Vieh in der Regel sehr schlecht ernährt; hatte er es dann herausgefüttert, so wurde es zum Verkauf getrieben. Den Erlös teilten sich Händler und Bauer zu gleichen Teilen, nachdem vorher der zur ursprünglichen Beschaffung verausgabte Betrag abgezogen war; der Betrug lag hier, wie klar zu ersehen ist, in dessen möglichst hohem Ansatze. Die zweite Art wurde mit meist ganz jungen Tieren von nur geringem Werte betrieben; der Landmann erhielt sie auf zwei Jahre unentgeltlich und hatte dann, wenn ihm aus ihnen bisher kein besonderer Nutzen, z. B. an Milch, erwachsen war, das Recht, sie noch ein weiteres Jahr zu behalten. Dann aber gingen die Tiere wieder unweigerlich in das Eigentum des Händlers über.

Da nun auf solche Weise, die den Bauern von der Stufe des Viehbesitzers auf die des Viehhalters herabdrückte, das ganze Gebiet in kürzester Zeit wirtschaftlich vollkommen ruiniert worden wäre, beschloß der Kreis Oberwesterwald, für seinen Bezirk dagegen vorzugehen. Entsprechend[2]) den Einrichtungen der Eifelkreise Daun und Prüm gründete er in den Jahren 1890—1893 eine Kreishilfskasse zur Beschaffung billigen Viehes mit einem Grundkapital von 20000 Mk., das je zur Hälfte vom Kreis und Kommunalverband gegeben wurde. Die Kasse ist der Kreissparkasse angegliedert und gibt bedürftigen Kreiseingesessenen unter Ansehung der Verhältnisse Vieh, und zwar ein Rind, eine Kuh oder zwei Gespannkühe, in die Leihe. Der zur Beschaffung verausgabte Betrag zuzüglich

[1]) Heyn I a. a. O. S. 222.

[2]) Akten der Kreishilfskasse.

5% Zinsen, in denen die Versicherungsgebühr mit einbegriffen ist, muß in monatlichen, viertel-, halb- oder jährlichen Raten von solcher Höhe abgetragen werden, daß die Schuld nach zwei Jahren beglichen ist. Grade diese Möglichkeit der Amortisation ist für den kleinen Landwirt von besonderer Wichtigkeit und wird noch weiter dadurch erleichtert, daß die Kasse gehalten ist, zu diesem Zwecke jederzeit den Betrag von 5 Mk. an aufwärts entgegenzunehmen.

An die Benutzung dieser Einrichtung wird natürlich manche Bedingung geknüpft: Es muß ein Antrag vorliegen und der Antragsteller muß Kreiseingesessener sein; er soll einen eignen Haushalt besitzen und „durch Nüchternheit sowie Kenntnis der Viehpflege und Landwirtschaft“ die Gewähr zur pünktlichen Erfüllung seiner aus dem Vertrage erwachsenden Verpflichtungen bieten; endlich darf er auch keine fremde Leihkuh im Stalle haben. Ob diese Bedingungen alle erfüllt sind, wird durch zwei Vertrauensmänner, den Bürgermeister des Ortes und eine von dem Antragsteller namhaft gemachte Persönlichkeit, festgestellt. Darauf nehmen zwei des Viehhandels kundige Personen, sogenannte Viehleihvermittler, welche von der Kasse eine, je nach ihrer Mühewaltung verschieden hohe, in jedem Einzelfalle festzusetzende Provision beziehen, mit dem Antragsteller den Kauf vor; ihnen liegt es auch ob, für die sofortige anderweitige Verwendung der Tiere zu sorgen, falls dieselben dem augenblicklichen Besitzer entzogen werden müssen. Dies geschieht, wenn der Entleiher seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Vorkehrungen zur Mobiliar- bezw. Immobiliarversteigerung oder gar zur Abwanderung trifft.

Nun hatte man ja zweifellos zu Zeiten ihrer Gründung mit der Kasse einem tiefempfundenen Bedürfnis Rechnung getragen; damals war auch die Inanspruchnahme eine solche, daß man, allerdings erfolglos, für eine weitere Erhöhung des Grundkapitals eintreten zu müssen glaubte. Heute würde dies aber nach der Ansicht maßgebender

Persönlichkeiten nicht mehr angebracht sein; zwar wird die Einrichtung noch immer benutzt, aber doch mehr aus Bequemlichkeit als aus „zwingender wirtschaftlicher Notwendigkeit“[1]). Grade der Oberwesterwaldkreis, in dem sich die Industrie mächtig entwickelt hat, lebt in unseren Tagen nicht mehr in so ärmlichen Verhältnissen wie vor 20 Jahren. Es soll der Kasse keineswegs ihr Verdienst, das sie sich im Kampfe gegen den Wucher erworben hat, geschmälert werden, aber schon ihre Beschränkung auf nur ein einziges Gebiet ist hinderlich; dazu tritt noch bei solchen öffentlichen Einrichtungen der Nachteil[2]), daß die durch sie erleichterte Kreditgewährung den Einzelnen nicht mehr mit allen Mitteln darnach streben läßt, wirtschaftlich selbständig zu bleiben oder es doch, wenn er dies noch nicht ist, zu werden.

Die übrigen öffentlichen Institute aber versagen, weil sie meist nicht amortisable, kurzfristige Darlehen mit hoher Verzinsung gewähren, während lange Frist, Billigkeit und Amortisation für den Kredit des kleinen Landwirts ein Haupterfordernis bilden; dabei kann er, weil sein Besitztum nur einen verhältnismäßig geringen Wert repräsentiert, keine großen Realschulden kontrahieren, sondern ist mehr auf Personalschuld angewiesen. So bildete denn das Genossenschaftswesen „den einzigen gesunden Boden, auf welchem eine Besserung zu erwarten[3]) war“. Der Verein nassauischer Land- und Forstwirte erkannte dies frühzeitig und ließ durch seine Wanderlehrer[4]) einer solchen Entwickelung den Boden bereiten. Allmählich breiteten sich dann hier drei genossenschaftliche Organisationen aus, die alle dasselbe Ziel verfolgen, ihre Mitglieder durch Koalition wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen, der „Generalverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland“, der „Reichsverband deutscher landwirtschaftlicher

[1]) Auskunft.
[2]) Wolff, Der Spessart, sein Wirtschaftsleben S. 439.
[3]) Schardt S. 217.
[4]) Verwaltungsbericht Westerburg, 25 Jahre, S. 26.

Genossenschaften“ und der „Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein“. Die Unterverbände des Generalverbandes schlossen sich im Jahre 1905 dem Reichsverband an, der ihre Vertretung übernahm, während daneben der Generalverband noch weiter bestehen blieb. Er wachte über die Innehaltung der alten Grundsätze. Es zeigte sich aber bald, daß zwischen einzelnen grundsätzlichen Auffassungen, die beide Verbände trennten, kein Ausgleich zustande kommen konnte und so die von der engen Verbindung erhoffte Wirkung ausbleiben mußte. Deshalb wurde der Einigungsvertrag mit Wirksamkeit vom 30. Juni 1913 wieder außer Kraft gesetzt[1]). Die Genossenschaften erstreben nicht die Erzielung „eines größtmöglichen Reingewinnes, sondern höchstmöglicher Vorteile für ihre Mitglieder“[2]). Das Risiko ist nur ein geringes, da sich die einzelne Genossenschaft nur auf einen kleinen Bezirk, oft sogar nur auf ein einziges Dorf erstreckt, wo vor allem die Kreditwürdigkeit des einzelnen Mitgliedes leicht zu beurteilen ist. Die Kassen tragen dabei auch allen Anforderungen Rechnung, die der Landwirt an die Kreditgewährung stellen muß, insbesondere sind die Kreditfristen ganz dem Kreditbedarf angepaßt[3]). Oft laufen die Kredite mehrere Jahre, wobei dann aber Tilgungszwang besteht. Eine bestimmte Summe muß an festgesetzten Terminen entrichtet werden, doch ist auch deren Ueberschreitung zulässig. Hinzu tritt noch der Verkehr in laufender Rechnung, durch den das Verhältnis zwischen dem Kreditbedarf und seiner Befriedigung elastischer gestaltet wird. Der Landwirt besitzt ein festes Konto, auf Grund dessen er innerhalb einer bestimmten Grenze jederzeit Geld entnehmen oder Einzahlungen in beliebiger Höhe bewirken kann. Aus den Einlagen des Konto-Korrent, den Spar-

[1]) Raiffeisen-Bericht 1913 S. 6.
[2]) Grabein a. a. S. 24.
[3]) Grabein a. a. O. S. 62.
[4]) Grabein a. a. S. 68.

geldern und den Anlehen bei Privaten setzt sich dann das genossenschaftliche Betriebskapital zusammen. Daß die Darlehen dabei langfristig ausgeliehen werden, während die Einzahlungen kurzfristiger Natur sind, vielfach sogar bei ihnen sofortige Kündigung besteht, verstößt zwar gegen die Technik des Bankwesens, ist jedoch hier von geringerer Bedeutung, weil es sich um einen nur kleinen, geschlossenen Kreis von Personen handelt.

Die Erteilung von Personalkredit soll von den Genossenschaften nach Möglichkeit vermieden werden[1]), doch ist gegen ihn in der Form des Erwerbs der in Freiteilbarkeitsgebieten beliebten Güterzieler nichts einzuwenden. Die Darlehnskasse übernimmt in diesem Falle die Begleichung der Restschuld, und der Käufer wird dafür ihr Schuldner.

Welche Bedeutung die genossenschaftlichen Kreditkassen heute erlangt haben, geht aus dem Urteil der Handelskammer Limburg hervor, das sie anläßlich des Antrags einer derselben, ihr die Bezeichnung Sparkasse zu gestatten, fällte. „Im Hinblick auf die außerordentlichen Verdienste der Genossenschaften um das Kredit- und Sparwesen", führt sie aus, „und wegen ihrer großen Wichtigkeit für das Erwerbsleben ist es ihnen nicht zu verwehren, ihre Kassen als Sparkassen zu bezeichnen"[2]).

Der Generalverband zählte 1913 auf dem hohen Westerwald die meisten Kreditgenossenschaften, 8 mit 798, der Reichsverband 4 mit 419 und der Mittelrheinische 3 mit 276 Mitgliedern. Im ganzen bestanden damals also 15 Kassen, die alle mit Gewinn arbeiteten und 1493 Mitglieder zählten.

Daneben sind noch sog. Bezugs- und Absatzgenossenschaften vorhanden, wobei es sich hier aber lediglich um den Bezug von Waren handelt; eine Genossenschaft, die sich mit Absatz befaßte, ist eingegangen. Wenn auch der Betrieb nur klein ist, so läßt sich doch manches auf ge-

[1]) Grabein a. a. O. S. 68.

[2]) Handelskammerbericht Limburg 1913, S. 20.

nossenschaftlichem Wege vorteilhafter als bisher beziehen. Auch die entlegensten Gebiete[1]) kennen heute die Wirkung des künstlichen Düngers und wenden ihn an; dazu treten Kraftfutter, Sämereien usw., die alle einerseits durch die Abnahme in großen Mengen und dann auch, weil der auf Gewinn bedachte Zwischenhändler ausgeschaltet wird, billiger bezogen werden können; endlich besteht dabei auch eine größere Garantie für die Güte der Waare. Nicht eingebürgert haben sich allerdings die Arten der Genossenschaften, welche sich mit dem Bezug von Maschinen befassen[2]).

Von den Bezugsgenossenschaften bestehen heute auf dem hohen Westerwalde 9, und zwar in Alpenrod, Arborn, Marienberg, Neunkirchen, Nister, Oberrod, Rehe, Waigandshain und Willingen. Die Mitgliederzahl betrug 1913 1990, von denen allein 1642 auf die Marienberger Genossenschaft entfielen. Die Summe aller Aktiva belief sich auf 202019 und die der Passiva auf 166269 Mk. Es ergab sich also ein Ueberschuß von 35750 Mk. oder rund 18,70 Mk. pro Person[3]).

Jedenfalls ist zu erwarten, daß die genossenschaftliche Durchdringung unseres Gebietes noch nicht beendet ist; wenn durch sie weiterhin wie bisher „der wirtschaftlichen Forderung einer minderbegüterten Klasse der Landwirtschaft“[4]) Rechnung getragen wird, dann ist eine der Hauptgrundlagen für eine zufriedenstellende Wirtschaft geschaffen[5]), denn wenn schon eine reelle Verschuldung niederdrückend wirkt, wie viel mehr muß es da eine solche tun, bei der unreelle Geschäftsleute ihre Hand im Spiel haben.

---

[1]) Grabein a. a. O. S. 72.

[2]) Keiser a. a. O. S. 638.

[3]) Bericht des Reichsverbandes 1913.

[4]) Grabein a. a. O. S. 150.

[5]) Heider, Zur Entwicklung der rhein. Landwirtschaft im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 1911, S. 192.

5. Der Ackerbau.

Nachdem wir nun die natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen kennen gelernt haben, unter denen die Landwirtschaft auf dem hohen Westerwald betrieben werden muß, wollen wir zu ihr selbst übergehen. Die Erträge sind natürlich sehr gering, was besonders vom Ackerbau gilt. Die Gemengelage der Grundstücke hindert jede intensivere Bewirtschaftung, umsomehr als naturgemäß mit ihr, weil die Zugangswege fehlen, der Flurzwang verbunden ist; „wirklich ein Zwang", sagt Roscher[1]) von ihm, denn „er zwingt zu roheren Wirtschaftssystemen". Wessen Grundstücke nicht unmittelbar am Wege liegen, der ist gezwungen, auf dem Westerwald sogar vielfach durch Verfügung der Ortspolizeibehörde[1]) nach einem einheitlichen vorher festgelegten Plane zu wirtschaften. Der Einzelne kann eben nur über die Felder der Nachbarn hinweg seine eigenen erreichen, weshalb zu einer bestimmten Zeit gesät und geerntet werden muß. Man sieht sich daher genötigt, noch an der alten Dreifelderwirtschaft, bei der stets ein Drittel als Brache liegen bleibt, festzuhalten, wenn auch insofern ein Fortschritt zu konstatieren ist, als man sich vereinzelt zur verbesserten gewandt hat[2]), bei der an Stelle der Brache hauptsächlich der Futterbau tritt. Futter für das Vieh zu ziehen, ist neben der Sorge für die eigenen Nahrungsmittel eine Hauptnotwendigkeit für den westerwälder Landwirt. Dies zeigt sich auch schon darin, daß in den höheren Lagen an Stelle des geregelten Ackerbaues die sogenannte Drieschwirtschaft, eine Art Feldgraswirtschaft, getreten ist; bei ihr trägt der Boden zuerst eine Reihe von Jahren Feldfrüchte, um dann brach zu liegen, bis sich über ihm von selbst, vielfach beschleunigt durch einen Einschuß von Klee, eine Grasnabe gebildet hat[3]). So dient die Fläche dann längere Zeit, gewöhnlich

[1]) Roscher a. a. O. S. 337.
[2]) Sombart a. a. O. S. 53.
[3]) Zingel, Beiträge zur Agrargeschichte des Westerwaldes, 1909, S. 30.

7 bis 8 Jahre, als Wiese, die recht süßes Futter liefert[1]), bis sie sich allmählich derart mit Maulwurfshügeln bedeckt hat, daß wieder ein Umbrechen und die Verwendung als Ackerland ratsam erscheint.

Auf dem Acker wird hauptsächlich Sommergetreide gezogen, und zwar Hafer und Gerste, wobei die Vereinigung der beiden zu der sog. Mengfrucht[2]), bestehend aus 2 Drittel Gerste und ein Drittel Hafer, besonders beliebt ist. Während der allzu empfindliche Weizen gänzlich fehlt, tritt vielfach noch der Roggen auf, und zwar, da er schnell blüht und als Sommergetreide unter den frühen Frösten zu leiden haben würde[3]), als Winterfrucht; er wurde zu Anfang des 19. Jahrhunderts eingeführt, wie Zingel[4]) meint, um bessere Brotfrucht zu schaffen, als sie der Hafer bot. Der Hafer hat nämlich hier lange Zeit eine alleinherrschende Stellung eingenommen, weil er sich gerade für das hier vorhandene feuchte und rauhe Klima[5]) besonders eignet, dazu auf steinigem Boden schneller reift als auf lehmigem und selbst bei geringer Tiefe der Ackerkrume[7]) noch recht zufriedenstellende Erträge liefert. Bald aber verdrängte ihn der Kartoffelbau mit seinen reichen Ernten, Heyn[8]) berichtet aus dieser Zeit von 150 Zentnern pro Morgen. 1621 zog ein Apotheker in Herborn zum ersten Male die Kartoffel als seltenes Gewächs in einem Topf, und als man dann später ihren hohen Nährwert erkannte, breitete sie sich rasch aus. Nach kurzer Zeit bestanden weite Strecken des Westerwälder Ackerlandes aus Kartoffelkulturen, und der Umstand, daß sich daselbst eine Braut am Hochzeitsmorgen statt

[1]) Plenge a. a. O. S. 36.

[2]) Heyn I a. a. O. S. 234.

[3]) Susnitzki, Fünf Dorfgemeinden auf dem hohen Taunus, 1912, S. 134.

[4]) Zingel a. a. O. S. 65.

[5]) Handbuch der deutschen Wirtschaftskunde Bd. I S. 61.

[6]) Susnitzki a. a. O. S. 134.

[7]) Keiser a. a. O. S. 637.

[8]) Heyn I a. a. O. S. 234/35.

mit Blumen mit Kartoffelkraut schmückte, zeigt, welche Verehrung man dieser Pflanze entgegenbrachte. Wenn auch „das unheimliche Wesen, welches in der Kartoffelkultur steckt“ [1]) und noch alle Gebiete heimgesucht hat, wo es ihr gelang, sich zu zwingender Alleinherrschaft emporzuringen, bald zu Tage trat — die meisten Notstände späterer Zeiten sind letzten Endes durch Kartoffelseuchen hervorgerufen worden, welche größere Teile des Ackerlandes für längere Zeiträume unbenutzbar machten — so haben doch „die schweren Hungerjahre den Anbau der tückischen Frucht keineswegs verhindert“. Heute wird ihre Kultur noch in großem Umfange betrieben, bildet doch grade die Kartoffel die einzige der Ackerfrüchte — es werden außer den erwähnten vornehmlich noch Klee, Lupinen, Futter- und Stechrüben gezogen [2]) —, welche zur Ausfuhr gelangt, während alle übrigen vollkommen in eigner Wirtschaft verbraucht werden. Kartoffelbau und Parzellierung sind eben eng mit einander verbunden, wie sich auch in andern Bezirken mit agrarisch ähnlichen Verhältnissen, man denke nur an die parzellistischen Gebiete von [3]) Durlach und Schwetzingen, an Karlsruhe, die Pfalz und den Spessart, gezeigt hat.

Dem Ackerbau findet sich zuweilen als Nebenbetrieb die Obstbaumzucht angegliedert, die aber hier keine wesentliche Bedeutung erlangen kann. Die Apfelblüte [4]), die im Rhein- und Maingau in der Zeit vom 22.—29. April einsetzt, beginnt hier allerfrühestens am 13. Mai. „Die klimatischen Verhältnisse des Westerwaldes lassen den Obstbau unmöglich erscheinen“ [5]) pflegt das Urteil zu lauten. Riehl [6]) erwähnt dazu noch den Ausspruch des Volksmundes: „Auf dem Westerwald gebrauchen die

[1]) Riehl a. a. O. S. 270/72.
[2]) Auskunft.
[3]) Wolff a. a. O. S. 284.
[4]) Keiser a. a. O. S. 632.
[5]) Heyn I a. a. O. S. 236.
[6]) Riehl a. a. O. S. 269/270.

Kirschen zwei Jahre, um reif zu werden; im ersten Jahre wird die Frucht nämlich auf dem einen Backen rot und im folgenden auf dem andern", und fügt hinzu: „dem Auge des Rheinländers macht es einen sibirischen Eindruck, daß längs der Landstraße Ebereschen und in den Gärten wohl gar Tannen statt der Obstbäume stehen".

6. Die Rindviehzucht.

Aber wie alle höher gelegenen Gebiete des mitteldeutschen Waldgebirges, worunter man[1]) das Bergland östlich vom Rhein und nördlich vom Main bis hin zum Erzgebirge versteht, soweit sie nicht von Wald überzogen sind, so bietet auch unser Landstrich ein vorteilhaftes Weidegebiet. Schon 1712 lobt der nassauische Chronist Textor[2]) hier den Reichtum „an Pferden und Kühen, an Rindern, Kälbern, Hammeln, Schafen und Schweinen", die viele Butter und den guten Käse, der von den Fremden dem holländischen gleich geachtet werde; deshalb, meint er zum Schluß, „können wir den Westerwald billig und mit gutem Fug unser nassauisches Holl- und Friesland nennen, dafür achten und halten".

Die eigentliche Blütezeit der Westerwälder Rindviehzucht, die nach Stiffts[3]) Meinung stets den Haupterwerbszweig der dortigen Bevölkerung bilden werde, müssen wir an Hand der uns überkommenen Statistiken in das 15. und 16. Jahrhundert verlegen[4]). Nach den Mitteilungen Kellers[5]) verfügte in der Zeit zwischen der Reformation und dem 30jährigen Krieg jeder Bauer des Kirchspiels Rennerod über 6—15 Kühe. Nach der Viehzählung von 1500[4]) entfielen auf die einzelnen Familien in den Gemeinden Homberg 7, 8, Waigandshain 6, 17, Möhrendorf 3, 6, Königshofen 6, 9 und nach der von 1561 in

[1]) Handbuch I S. 135.
[2]) Textor, Nassauische Chronik 1712.
[3]) Stifft a. a. O. S. 21.
[4]) Heyn I a. a. O. S. 225 ff.
[5]) Keller a. a. O. S. 598.

Emmerichenhain 6,17, Möhrendorf 10,1, Nister 9,5, Löhmfeld 13,6, Neukirch 9,45, Fehl 10,43 und Marienberg 9,64 Kühe. Während das Vieh dann anfangs scheinbar hauptsächlich auf den Märkten von Herborn und Haiger verhandelt wurde[1]), berichten spätere Schriftsteller von stattlichen Schlachtviehherden, die tageweit über die Berge bis zum Niederrhein getrieben wurden[2]), und von Westerwälder Mastochsen[3]), die vor allem in Koblenz, Köln und Bonn gesucht waren.

Damals aber hielt man das Vieh lediglich zur Zucht, während die Arbeiten bis zum Ende des 16. Jahrhunderts[4]) ausschließlich von Pferden verrichtet wurden. Die Westerwälder Pferdezucht war weithin bekannt und bildete eine Haupteinnahmequelle der Bevölkerung; deshalb suchte man sie auch nach Kräften zu fördern und untersagte z. B. aufs strengste das Halten von Fahrkühen[5]); jeder, dessen Landbesitz es zuließ, war verpflichtet, wenigstens ein Pferd zu halten. 1610 wurden nach Heyn[5]) in 15 Ortschaften 252 Pferde gezählt, und im Jahre 1781 stellte eine Reihe von Gemeinden eigene Pferdehirten an. Noch 1800 wird von einem gewissen Amtmann Chelius berichtet, daß er allein 21 Pferde besaß, und ein landwirtschaftlicher Bericht aus dem Jahre 1817[6]) hält neben der Eifel und dem Hunsrück auch den Westerwald als für „die Zucht dauerhafter, tüchtiger Pferde wohl geeignet". Allmählich aber nahm die Pferdezucht und auch die später einsetzende Pferdehaltung ab, da die zunehmende Parzellierung beides nicht mehr als rentabel erscheinen ließ. 1880 zählte man in den oben erwähnten 15 Gemeinden nur noch 43 Pferde[7]); so fiel denn dem Rindvieh als weitere Aufgabe die Bewältigung der Feldarbeit zu, sodaß

[1]) Textor a. a. O. S. 15.
[2]) Riehl a. a. O. S. 275.
[3]) Vogel a. a. O. S. 463.
[4]) Keller a. a. O. S. 963.
[5]) Heyn I a. a. O. S. 231.
[6]) Heider a. a. O. S. 91.
[7]) Heyn I a. a. O. S. 231.

es nun zwei Funktionen zu erfüllen hatte, die mit einander vereinigt im allgemeinen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führen. Doch hier fand sich in dem kleinen und anspruchslosen, dabei flinken und kräftigen Westerwälder Rind, einer Naturrasse im wahrsten Sinne des Wortes, „hervorgegangen aus den natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Westerwaldes“ [1]) ein vollgültiger Ersatz. Bei einem Lebendgewicht von nur 12 Zentnern vermögen die Tiere ohne große Schwierigkeiten Lasten von 30—40 Zentnern fortzubewegen [2]), was selbst dem riesigen Simmentaler nicht möglich ist; während nun im allgemeinen die Milchergiebigkeit unter den Arbeitsleistungen zu leiden pflegt, ist dies hier kaum zu konstatieren; trotz des oft ungenügenden Futters und der vielfach recht mangelhaften Stallverhältnisse beträgt sie im jährlichen Durchschnitt das fünf- bis neunfache des Lebendgewichts [3]) und bleibt mit ihren höchsten Ergebnissen nicht weit hinter den Durchschnittsleistungen reiner Milchkühe zurück. Ein weiterer Vorteil ist der, daß die Milch über einen nicht unbedeutenden Fettgehalt verfügt, was für die Butterbereitung sehr wichtig ist; so erzählt Schulze-Rößler [4]) schon aus den neunziger Jahren, wo die Zucht noch nicht wieder auf einer solchen Höhe stand wie heute, von Bauern, denen eine einzige Kuh, da hier 7 Liter Milch zur Herstellung von einem Pfund Butter vollkommen genügen, wöchentlich 7 Pfund Butter liefere. Grade die Butter bildet einen Hauptabsatzartikel der Westerwälder Bauernwirtschaften, und Heyn [5]) berichtet, ebenfalls aus den neunziger Jahren, von Dörfern, die wöchentlich bis zu 500 Pfund Butter verkauften, wodurch sich die Bevölkerung eine ganz erhebliche Einnahmequelle

---

[1]) Landwirtschaftskammerbericht Wiesbaden S. 53.

[2]) Schulze-Rössler II, Betrachtungen eines Landwirts über den hohen Westerwald S. 7.

[3]) Landwirtschaftskammerbericht Wiesbaden S. 60.

[4]) Schulze-Rössler II a. a. O. S. 7.

[5]) Heyn I a. a. O. S. 223.

verschafft habe. Damals wie heute ziehen allwöchentlich Aufkäufer durchs Land, um die Butter zu sammeln und sie, nicht wie früher bis nach Köln, sondern jetzt ausschließlich im Siegerland[1]) abzusetzen. Eine Reihe von Molkereien haben sich ebenfalls gebildet[1]), aber alle privater Natur, der genossenschaftliche Gedanke hat sich hier auch in dieser Hinsicht nicht bewährt. Im Jahre 1897 trat zwar in Breitscheit eine Molkereigenossenschaft ins Leben, die dem Raiffeisenschen Verbande angehörte, sich aber im Jahre 1913 wieder auflösen mußte[2]); damals zählte sie 77 Mitglieder und ihre Aktiva beliefen sich auf 51 792 Mk., denen Verpflichtungen im Gesamtbetrage von 52 439 Mk. gegenüberstanden, sodaß sich ein Verlust von 647 Mk. ergab.

Die übergroße Betätigung des Erwerbssinnes, wie sie sich in der Butterbereitung äußert und zur Aufstellung von Zentrifugen in fast jedem Haushalt geführt hat, läßt sich jedoch mit einer rentablen Viehzucht insofern nicht gut vereinen, als infolgedessen die Tiere gerade in der Zeit des Wachstums, wo sie des kräftigsten Futters bedürfen, mit Magermilch aufgezogen werden müssen. Eine gute Ernährung aber ist ein Haupterfordernis für unsere Rasse, damit sie den Kampf gegen die sogen. moderne Zuchtrichtung mit Erfolg durchführen kann; die Anhänger der letzteren streben nämlich darnach, auf dem Westerwald die Kulturrassen, die hauptsächlich durch den Wucher hierher gebracht worden sind, weiter zu verbreiten. Solche wohl für die Ebene, keineswegs aber für Gebirgsgegenden geeigneten Schläge leiden hier infolge der rauhen Witterung häufig an Entzündung der Verdauungs- und Atmungsorgane, besonders der Schleimhäute; auch sind sie, nachdem sie den langen Winter über in den gleichmäßig und zwar hochtemperierten Fachwerkställen, die in den meisten Fällen aber den neuzeitlichen entschieden

[1]) Auskunft.

[2]) Jahresbericht Generalverband.

vorzuziehen sind [1]), haben stehen müssen, für den Weidegang im Frühjahr nicht genügend vorbereitet; die Frühjahrsluft [2]) ruft deshalb vielfach bei ihnen tuberkulöse Krankheitserscheinungen hervor, die besonders schädlich sind, weil das Fleisch dadurch ganz oder doch teilweise entwertet wird [3]). Tuberkulose überträgt sich aber auch zuweilen durch den Genuß von Milch auf den Menschen, bei dem sie dann den Keim zur Schwindsucht legt. Doch solchen Erwägungen waren früher die Viehverleiher nicht zugänglich und ist es auch heute noch ein großer Teil der bäuerlichen Bevölkerung nicht. Für sie gilt nur der Vorzug, den ja die Kulturrassen bisher unstreitig besessen haben, daß es nämlich fleischhaltigere Tiere sind, bei denen ein größerer Verdienst zu erwarten steht. Doch es hat sich heute schon gezeigt, daß das geringere Gewicht der Westerwälder Rasse keine mit ihr notwendiger Weise verbundene, nicht zu beseitigende Eigenschaft ist, daß es vielmehr durch gute Aufzucht und besonders hinreichende Winterfütterung, die vielfach noch recht minderwertig ist, beseitigt werden kann [4]). Die Zuchtvereine haben sich in dieser Hinsicht große Verdienste erworben und recht erfreuliche Resultate erzielt. So steht zu erwarten, daß die Westerwälder Rasse, unterstützt durch die Bestimmungen der Gemeindeordnung von 1829 [5]), welche Gelegenheit bietet, die von vielen Seiten angestrebte Aufstellung andersrassiger Bullen zu verhindern, als Siegerin aus dem Kampfe hervorgehen wird. Heute ist es gelungen, eine ganze Anzahl von Gemeinden gegen eine mindestens alle drei Jahre zu entrichtende Vergütung von 50 Mk. [5]) auf die Dauer von 12 Jahren zur Aufstellung von reinrassigen Westerwälder Bullen zu verpflichten.

Die Hauptbasis für eine Rindviehzucht aber bildet

---

[1]) Auskunft.

[2]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 14.

[3]) Schulze-Rössler II a. a. O. S. 8.

[4]) Landwirtschaftskammerbericht 1906/1910 S. 109.

[5]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis.

die gesicherte Futterbeschaffung, die hier durch die reichen Erträge der Wiesen und die umfangreichen Weideareale wenigstens größtenteils gewährleistet wird. Schon Textor[1]) erwähnt in seinem Bericht besonders „die vielen guten Weiden, die es hin und wieder in den Wiesengründen und Auen, auch in Wäldern und Hecken gibt". Die Weideflächen stammen aus der Zeit der radikalen Abholzung und umfassen insgesamt 16500 ha, von denen jedoch bisher nur 6000 bewirtschaftet werden und zwar extensiv, da auf ihnen nur ungefähr 11000 Stück Vieh weiden[1]). In den Gemeinden, die keine derartigen Weiden besaßen, sind mit der Zeit solche entstanden, die in der Regel 100 bis 200 ha umfassen[2]), nur wenige gibt es, die dieses Rückhaltes entbehren. Ein Rückhalt sind die Weiden tatsächlich, denn abgesehen von ihren Verdiensten um die Erhaltung des Bauernstandes stellen sie einen „zur Fundierung des Gemeindekredits"[3]) vortrefflich geeigneten Besitz dar, auch haben sie sich während der Futterknappheit des Jahres 1909 insofern als vorteilhaft erwiesen, als die Gemeinden, welche Viehweiden besaßen, nicht zu Einschränkungen des Viehbestandes zu greifen brauchten[4]). Zum größten Teil sind sie aus dem einstigen Almendebesitz entstanden und zählen so zu dem Gemeindegliedermögen[4]); dasselbe kann entweder den Gemeindeangehörigen in ihrer Gesamtheit[5]) oder aber auch nur einem Teil von ihnen nutzungsweise überlassen werden. Gewöhnlich ist ein für alle Glieder gleichbemessenes Einkaufsgeld und ein jährlich zu entrichtendes Auftriebsgeld vorgesehen, das sich für die ganze Weidezeit auf 1 bis 3 Mk. beläuft[6]). Nun ist aber die hierfür maß-

[1]) Niemeyer II, Zur Frage der Melioration der Viehweiden des Westerwaldes 1914, S. 190.

[2]) Schneider, Die Meliorierung von Oedland im hohen Westerwald 1915.

[3]) Roscher a. a. O. S. 355/65.

[4]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 40/38.

[5]) Stier-Somlo, Verwaltungsgesetze für Preußen, 1912, S. 767.

[6]) Schneider a. a. O.

gebende Landgemeindeordnung vom 4. August 1897[1]) insofern nicht anwendbar, als sie noch verschiedene Klassen von Gemeindeangehörigen kennt und für diese dann auch das Einkaufsgeld verschieden hoch bemißt. Infolgedessen ließ man die alten Zustände bestehen und nach einer vom Oberverwaltungsgericht für eine Gemeinde getroffene Spezialentscheidung ist an der Richtigkeit dieser Auffassung nicht mehr zu zweifeln. Eine andere Frage dagegen, welche zu entscheiden mehr Schwierigkeiten bereitet, ist die, ob die Weide stets für die Gesamtzahl der Tiere, welche die Gemeindeangehörigen auftreiben wollen, geöffnet werden muß oder nicht; es kann ja eine zu übermäßige Benutzung wie eine zu geringe eintreten und beides ist natürlich schädlich; um das Letztere zu vermeiden, haben sich s. Zt. einzelne Gemeinden in den Besitz von eigenem Vieh gesetzt. Nun hält man es sehr wohl für rechtlich durchführbar, die Weide, wenn das Futter auf ihr knapp wird, für einige Zeit zu schließen und zwar solange, bis sich der Graswuchs gebessert hat; desgleichen glaubt man berechtigt zu sein, die Zahl des aufgetriebenen Viehs nach oben hin zu beschränken, aber nicht nach unten.

7. Die Kleinviehhaltung.

Neben der Rindviehzucht hat sich dann auch eine starke Kleinviehhaltung ausgebreitet, die zum Teil schon in eine Kleinviehzucht übergegangen ist.

Schon im Jahre 1788 wurden die guten Schafherden des hohen Westerwaldes gelobt, auf denen die Gemeinden ihre Herden hielten, wenn sie es nicht vorgezogen hatten, die Flächen an auswärtige Metzger zu verpachten und auf diese Weise der Gemeindekasse Einnahmen zuzuführen[2]). Nach Textor[3]) kauften damals inländische Händler zu bestimmten Zeiten die Wolle auf, um sie im Lande, oder, wenn der Bedarf dort gedeckt war, den

[1]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 38.

[2]) Heyn I a. a. O. S. 232.

[3]) Textor a. a. O. S. 5/6.

Ueberschuß „in Welsch- oder ander Land“ abzusetzen. Doch die Schafzucht bestand im vergangenen Jahrhundert im Amte Marienberg nicht mehr und war im Amte Rennerod im Abnehmen begriffen; hier zählte man im Jahre 1840[1]) noch in 35 Haushaltungen 71 Widder, 8184 Mutterschafe, 1701 Hämmel und 1662 Lämmer. Heute besteht die Schafzucht auch dort nicht mehr, die überseeische Konkurrenz in Wolle, welche sie in unsern Tagen erst bei einem Bestande von 200 bis 300 Tieren rentabel werden läßt[2]), hat sie im Zusammenhang mit der zunehmenden Dichte der Bevölkerung und der Kultivierung von Oedländereien vernichtet. Es ist ja eine alte Wahrheit, daß „die Schafe der Kultur weichen“[3]) müssen.

Dagegen entwickelt sich heute die Schweinehaltung, die ja nicht in einem solchen Umfange betrieben werden muß und sich deshalb selbst für den kleinsten Betrieb eignet; sie läßt sich ohne bedeutende Kosten durchführen, da sich teure Anlagen erübrigen und der größte Teil des Futters außer in Kartoffeln in Abfällen besteht, die in der Wirtschaft sonst nicht verwendet werden können[4]). Dazu wachsen die Tiere außerordentlich schnell und besitzen eine beträchtliche Fähigkeit, sich zu vermehren[4]). Da sich nun auch der Basaltboden als so günstig erwies, daß eine Schweinezucht mit Nutzen betrieben werden konnte, lag der Gedanke nahe, die bisherige Schweinehaltung in eine solche umzuwandeln. Schwierigkeiten bereitete aber das notwendige, mit größeren Kosten verbundene Halten von Ebern und es bedurfte daher erst eines Eingreifens des landwirtschaftlichen Vereines, der sich um den hohen Westerwald überhaupt große Verdienste erworben hat; seitdem derselbe eine Reihe von Eberstationen errichtet hat, breitet sich die Schweinezucht zusehends aus; es läßt sich dies vor allem aus der immer

[1]) Heyn I a a O. S. 232.
[2]) Handbuch d. d. Wirtschaftskunde I S. 184.
[3]) Roscher a. a. O. S. 399.
[4]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 40 ff.

stärker werdenden Abnahme von Handelsschweinen erkennen[1]). Im Oberwesterwaldkreis vermehrte sich der Schweinebestand von 5882 Stück im Jahre 1892[2]) auf 7559 Stück im Jahre 1908[3]) und 9211 Stück im Jahre 1912[3]). Im Kreise Westerburg erhöhte sich die Zahl in derselben Zeit von 6488 auf 10710[2]). Der höchste Nutzen aber kann von einer solchen Zucht nur erzielt werden, „wenn neben der Ernährung auch für die Haltung und Pflege der Tiere gesorgt wird“[4]). Was dies anbetrifft, so muß hier besonders über die Stallverhältnisse geklagt werden[5]).

Aehnlich wie sich die Umwandlung von der Schweinehaltung in die Schweinezucht vollzog, wandelt sich auch allmählich die Ziegenhaltung in die Ziegenzucht um. Die Ziege, dieses anspruchslose Tier, eignet sich ja ganz besonders für den Kleinstellenbesitzer unserer Gebirgsgegenden und führt deshalb die Bezeichnung „die Kuh des kleinen Mannes“[6]) nicht mit Unrecht. Im Vergleich zur Kuh gibt sie, wenn wir das Lebendgewicht beider Tiere als Maßstab dazu nehmen, bedeutend mehr Milch und spielt schon deshalb bei der Frage der Ernährung und Gesunderhaltung[7]) der ärmeren Bevölkerung eine wesentliche Rolle; für sie bildet aber auch die Ziegenzucht, die ja das „Rückgrat einer einträglichen Ziegenhaltung“[8]) darstellt, einen nicht unbedeutenden Erwerbszweig. Die Ziegenzucht konnte jedoch einen beträchtlichen Umfang erst annehmen, nachdem die Bockhaltung gesetzlich geregelt war[9]). Dies erfolgte endlich durch das

---

[1]) Bericht des Kreissauschusses des Kreises Westerburg 1910 mit Angaben aus dem verflossenen 25jähr. Zeitraum 1886—1911.

[2]) Viehzählung 1908.

[3]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 40 ff.

[4]) David, Sozialismus und Landwirtschaft, I, 1903, S. 140.

[5]) Bericht Westerburg a. a. O.

[6]) Handbuch I S. 186.

[7]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis.

[8]) Heider a. a. O. S. 100.

[9]) Verwaltungsbericht Westerburg 1901.

Gesetz vom 12. Juli 1907 betr. die Verpflichtung der Gemeinden der Provinz Hessen-Nassau zur Haltung von Ziegenböcken. Nun entstanden eine Reihe von Bockhaltungsverbänden und auch verschiedene Ziegenzuchtvereine, deren Mitglieder sich ausschließlich aus kleinen Leuten[1]) zusammensetzen. Im Kreise Oberwesterwald hat sich allerdings der Ziegenbestand in der Zeit von 1892 bis 1913[2]) um 574 Stück vermindert, doch ist bei der zunehmenden Industrialisierung nicht anzunehmen, daß der in unser Gebiet fallende Teil davon betroffen wurde; im Kreise Westerburg ist in derselben Zeit eine Erhöhung der Zahl um 124 eingetreten.

Daneben findet sich dann noch die Geflügelhaltung, welche ja für alle bäuerlichen Betriebe stets solange von Vorteil ist, als sie in dem Umfange betrieben wird, daß die Tiere sich ihre Nahrung zum größten Teile selbst suchen können[3]) und sich so die Anschaffung teurer Futtermittel in größeren Mengen erübrigt. Die Zählung ergab im Jahre 1913[2]) im Oberwesterwaldkreis bei 4474 Haushaltungen 43776 Hühner und im Kreise Westerburg bei 5578 Haushaltungen 51226 Hühner.

8. Die Meliorationen.

Nun bemüht man sich schon seit längerer Zeit, hier die Landwirtschaft zu heben. Sachverständige Personen belehren die Bevölkerung durch Vorträge auf allen agrarischen Gebieten, wobei sie insbesondere solche Gegenstände berühren, die gerade für die betr. Gemeinde von Interesse sind; auch Demonstrationsversuche finden statt[4]). Um aber eine wirklich dauernde Besserung zu erzielen, wäre eine von Grund auf erfolgende Aenderung in den Produktionsbedingungen, soweit sie durch Menschenhand

[1]) Auskunft.
[2]) Viehzählung.
[3]) Handbuch I S. 187.
[4]) Jahresbericht Landwirtschaftskammer 1901/5 S. 57.

erfolgen kann, notwendig. Im ersten Augenblick könnte man dabei wohl an eine Aenderung des herrschenden Agrarrechts denken und an Stelle der Freiteilbarkeit die Gebundenheit einführen wollen. Gewiß stellt die bis zum Uebermaße getriebene freie Teilung einen Krebsschaden dar [1]), „welcher mit den schrecklichsten Verwüstungen droht", doch ist hier zu seiner Beseitigung die von Roscher empfohlene „herorische Kur" wohl nicht am Platze; dies zeigt schon die wenig günstige Aufnahme, die seiner Zeit ein Vorschlag Albrechts fand [2]). Er wollte nach wie vor einen Teil des Grund und Bodens dem freien Verkehr überlassen, einen anderen dagegen binden; hier sollte jedesmal soviel Land, in der Größe verschieden nach Lage und Bodenbeschaffenheit, immer aber genügend, um eine arbeitsame bäuerliche Familie, erforderlichen Falls unter Zuhilfenahme eines ständigen Nebenerwerbs, zu ernähren, ungeteilt vererbt werden; er plante, auf gesetzlichem Wege ein fakultatives Anerbenrecht einzuführen, hatte jedoch damit damals ebensowenig Erfolg, wie er auch heute haben würde. Die Freiteilbarkeit wurzelt eben zu tief in dem Rechtsempfinden der Bevölkerung, und so war das Einzige, wozu man sich bisher zu entschließen wagte, der Erlaß von Bestimmungen, welche eine allzu übermäßige Zerstückelung verhindern sollten. So warnte die Verordnung von 1502 [3]) davor, „daß man nicht einzelne Stücke ohne die höchste Not zum gemeinen Schaden zerteile" und die von 1701 untersagte die Erbteilung von Gütern unter einem bestimmten Mindestmaß, während eine weitere vom 5. Dember 1770 [4]) wieder anordnete „daß in das Künftige in den sämtlichen nassauischen Landen ein Acker oder Wiese, wenn sie einen Morgen oder weniger halten, ein Garten, der einen halben Morgen oder weniger groß ist und ein Krautland, welches einen

[1]) Roscher a. a. O. S. 608.
[2]) Sering I a. a. S. 111/12.
[3]) Becker a. a. O. S. 30/31.
[4]) Sering I a. a. O. S. 27.

Viertel Morgen oder weniger enthält, nicht weiter geteilt werden, sondern unzertrennet beisammen gehalten werden sollen". 1775[1]) setzte dann die Landwirtschaftsordnung eine Minimalparzelle für Ackerland fest, und auch heute hat man sich veranlaßt gesehen, zu diesem Mittel für Acker und Wiesen zu greifen. Das bedeutet ja einen Eingriff[2]) in die Freiteilbarkeit, aber auch den einzigen, den man seither gewagt hat. Gewiß hat man auch das hier wohl Nächstliegende, das Ackerland auf Kosten der in so überreichem Maße vorhandenen Weiden auszudehnen, in Erwägung gezogen. Doch mit Rücksicht auf die Bodenbeschaffenheit und auch auf das Klima wäre dies kaum zu empfehlen. Der Graswuchs ruht fast unmittelbar auf dem Basaltboden, so daß er sich nur selten in einigermaßen ertragreiches Ackerland umwandeln läßt und eben nur als Weide die höchsten Erträge liefert. Außerdem ist man schon in früheren Generationen, wo es möglich war, mit diesem Aushilfsmittel der jetzigen zuvorgekommen. Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts[3]) übergaben verschiedene Gemeinden einen Teil der Weideflächen allen ihren Kreiseingesessenen oder doch dem ärmeren Teile derselben; ob die Gründe hierfür in der Volksvermehrung zu suchen waren oder auf einem andern Gebiete, läßt sich nicht mehr feststellen. Wenn aber bei der jetzigen Verteilung nur für jeden Gemeindebürger eine besondere Weidefläche herauskommen würde, so ist es doch vorteilhafter, den ganzen Komplex zusammen zu lassen, da er auf diese Weise größeren Nutzen bringt und auch nicht in die allgemeine Bodenzersplitterung hereingezogen wird.

Wenn auch auf solche Weise keine Hilfe für die Westerwälder Landwirtschaft zu erwarten ist, so zeigte doch die Vergangenheit einen andern gangbaren Weg. Schon im verflossenen Jahrhundert bemühte sich der

[1]) Sering I, a. a. O. S. 27.

[2]) Fuchs Grundstücke. Zusammenlegung derselben S. 1218.

[3]) Zingel a. a. O. S. 66.

Landwirtschaftliche Verein[1]), die Wiesenkultur zu heben; zu diesem Zwecke setzte er alljährlich Prämien für die bestbewirtschafteten Wiesen aus. Ganz hat er ja sein Ziel nicht erreicht, die höchsten Erträge herauszuwirtschaften ist erst den Arbeiten unserer Zeit vorbehalten geblieben, doch waren die Heuernten von da ab stets recht zufriedenstellend; Heu wird seitdem bei günstiger Verkehrslage ausgeführt[2]). Im Jahre 1854[3]) bestimmte außerdem die Gemeindeordnung, daß Ackerbau und Viehzucht durch die Gemeindebehörden mit allen Kräften gefördert werden sollten; sie sah zu diesem Zwecke für bestimmte Tage Frohnarbeiten vor und wies die Gemeindekassen an, die nötigen Geldbeträge zur Verfügung zu stellen. Doch weder das eine noch das andere geschah, weil sich die Bevölkerung von solchem Beginnen keinen Erfolg versprach; würde aber trotzdem auf diese Weise eine Ertragssteigerung eintreten, so fürchtete man, daß sich damit auch die Steuern erhöhen würden, Grund genug, um solchen Bestrebungen keine Sympathie entgegenzubringen.

So fanden denn die Meliorationenarbeiten, die hier vor ungefähr 20 Jahren begannen[4]), noch einen weiten Wirkungskreis. Sie erstrecken sich, da mit ihrer Durchführung auch eine Intensivierung der bestehenden Rindviehzucht beabsichtigt ist[5]), auf Weiden, Wiesen und Ackerland; nur wenn so einer größeren Viehmenge das notwendige Winterfutter gesichert ist, kann ein Rückschlag als ausgeschlossen gelten.

Der Zweck der Meliorationen ist, eine Ertragssteigerung durch die Regelung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Das Wasser ist ja in mehrfacher Hinsicht unentbehrlich für das Wachstum der Pflanzen und muß in dem bekanntlich porösen Boden in bestimmter,

[1]) Vogel a. a. O. S. 443.
[2]) Auskunft.
[3]) Schulze-Rössler I, a. a. O. S. 39/40.
[4]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 36.
[5]) Niemeier II, a. a. O. S. 190.

aber je nach der Art der Pflanze[1]), des Bodens und der Jahreszeit verschiedener Menge vorhanden sein, um die höchsten Erträge zu gewährleisten. Ein weiterer unentbehrlicher Bestandteil ist die Luft, mit der ebenfalls ein Teil der Poren angefüllt sein muß. Wenn wir daher die in dem Boden enthaltenen Poren mit dessen Porosität, die mit Wasser angefüllten mit Wasserkapazität und die Luft enthaltenden mit Luftkapazität bezeichnen, so darf die Differenz zwischen Porosität und Wasserkapazität niemals gleich Null sein, weil wir sonst den Zustand der Ueberschwemmung hätten. Der Prozentsatz Luft, den eine Pflanze beansprucht, liegt vielmehr bei Getreide z. B. zwischen 10 und 20 und bei Wiesen zwischen 6 und 10 Prozent[2]); die letzteren bedürfen einer unterschiedlichen Bewässerung in den verschiedenen Jahreszeiten. Wenn im Sommer die Vegetation einsetzt, ist eine Befeuchtung notwendig, während der Monate in denen sie ruht eine düngende Berieselung; hierfür ist fast immer genügend Gebirgswasser vorhanden, das infolge der Abschwemmungen aus den Ortschaften und den gebesserten Feldern so dungreich ist[3]), daß eine Kali- und Stickstofflösung vollkommen und eine Phosphorsäurelösung zum Teil entbehrlich ist. Eine solche Bewässerung erspart auch, da sie den Boden durchlüftet, das sonst notwendige Eggen, nur muß bei ihr darauf gesehen werden, daß das benutzte Wasser wärmer ist als die Luft und der Boden, damit Eisbildungen unterbleiben.

Dieselbe Aufgabe ist bei den Weiden zu erfüllen, welche jedoch reichlicherer Wassermengen bedürfen; während die Wiesen z. B. in der Zeit von April bis Juli eine Wasserhöhe von 270 mm beanspruchen, was einer Wassermenge von 2700 cbm[4]) gleichkommt, sind für die Weiden in diesen Monaten 320 mm oder 3200 cbm nötig.

[1]) Niemeier I. Die wirtschaftl. Bedeutung der Meliorationen, 1913, S. 101/02.

[2]) Niemeier I, a. a. O. S. 106.

[3]) Niemeier II, a. a. O. S. 199.

[4]) Niemeier I, a. a. O. S. 106.

Wenn nun auch die Regenfälle ganz bedeutende sind, so bedarf es doch ihrer geregelten Verteilung. Außerdem müssen auf den Weiden die zahllosen, überall zerstreuten, mächtigen Basaltblöcke verschwinden, von denen Riehl[1]) meinte, sie sähen aus „als habe der Himmel in seinem Zorn Felsen gehagelt“; früher hielt man ihre Beseitigung für unmöglich, doch ist man heute auch dieser Aufgabe gewachsen. Wo die Blöcke nicht zu Bauzwecken an Ort und Stelle z. B. als Grundlage für Schutzhütten zu verwenden sind, werden sie, da ihr Abtransport zu schwierig und kostspielig sein würde, einfach an geeigneten Stellen in den Boden versenkt. Daneben muß die Fläche[2]) vielfach eingeebnet und die zahlreichen Maulwurfshügel, Sträucher und die an den sumpfigen Stellen wachsenden, vom Vieh gemiedenen Gräser, besonders das Borstengras, sowie das vorhandene Heidekraut und Moos müssen beseitigt werden. Da mit den Arbeiten auch die Einführung von künstlichem Dünger verbunden ist, zeigt sich das Moos, das sich überall rasch ausbreitet und die guten Gräser verdrängt[3]), noch insofern als nachteilig, als es den Dünger, der auf es fällt, gleich hart werden läßt, sodaß er seine Wirkung verliert. Grade um solche Düngemittel, die ja hier für den Ackerbau unentbehrlich sind, zur Anwendung bringen zu können, galt es vorerst, das Mißtrauen der Bevölkerung dagegen durch eine Reihe von Demonstrationsversuchen auszuschalten[3]); jedenfalls aber genügt eine einmalige Düngung nicht, dieselbe muß sich vielmehr, damit das Gelände nicht, wie es verschiedentlich geschehen ist, wieder in den alten Zustand verfällt, regelmäßig wiederholen; man stellt daher gewöhnlich gleich von Anfang an sogen. Düngungspläne für größere Zeiträume auf.

Da sich nun die Meliorationen auch auf das Ackerland erstrecken und dieses hier nicht in allzureichlichem

[1]) Riehl a. a. O. S. 193.

[2]) Schulze-Rössler II, a. a. O. S. 45.

[3]) Schulze-Rössler I, a. a. O. S. 19.

Maße vorhanden ist, hat man sich, wo es möglich war, allmählich veranlaßt gesehen, von dem veralteten System der offenen Gräben zu der Drainage überzugehen[1]). Die offenen Gräben weisen mancherlei Nachteile auf; wenn sie eine angemessene Tiefe haben sollen, muß dazu natürlich die Breite in einem entsprechenden Verhältnis stehen und es tritt die Gefahr ein, daß zuviel Boden der Benutzung entzogen wird; dabei sind die Gräben nicht frostfrei, sodaß, wenn die Wände eingefroren sind, das Wasser nicht durchdringen kann und so die Wirkung auf längere Zeit unterbunden wird; sie bilden außerdem den Sitz von Ungeziefer und Unkraut und hindern die Bewirtschaftung; zu Zeiten der Nässe und des Frostes aber zeigt der Boden das Bestreben sich auszudehnen, was er aber in diesem Falle nur nach oben tun kann; damit ist wieder der Nachteil verbunden, daß ihn bei veränderter Temperatur die eigene Schwere herabdrückt und verschließt. Ganz anders bei der Drainage; sie liegt in Deutschland gewöhnlich in einer Tiefe von 1,25 m, was in der Regel Frostfreiheit bedingt; sie hindert ferner die Bewirtschaftung nicht, nimmt keinen Boden an der Erdoberfläche weg und trägt auch etwaigen Ausdehnungsbestrebungen Rechnung. Die Gräben sind ja mit loser Erde angefüllt und lassen deshalb eine Erweiterung nach allen Seiten zu; dadurch wird der Boden dann später rissig, sodaß neue Nährstoffe eindringen können; sind die Pflanzen aber abgestorben, so finden Luft und Wasser ungehindert Eingang und machen den Boden allmählich durchlässig. So bildet denn die Drainage „die sicherste und rentabelste Melioration"; sie wirkt gewissermaßen wie eine „Tiefkultur", macht das Feld weit vorher als früher zur Bestellung reif und verlängert so die Vegetationszeit ganz erheblich[2]).

Was nun die Kosten anbetrifft, so sind sie im Vergleich zu den dadurch erzielten höheren Erträgen ganz

[1]) Niemeier I, a. a. O. S. 104/5.
[2]) Niemeier I, a. a. O. S. 106.

unerheblich. Niemeier berechnet sie auf 200 bis 300 Mk. pro ha[1]) und nimmt an, daß das Kapital leihweise beschafft und mit 4 % verzinst werden müsse; rechnet man dazu noch 2 % zur Tilgung der Schuld und 2 % zur Erhaltung der Anlage, so ergibt sich ein jährlicher Kostenaufwand von $300 \times 0{,}08 = 24$ Mk. Dem stehen — als Beispiel seien zwei Güter des Ostens und Südostens angeführt — Mehrerträge gegenüber[2]), die sich in Klee auf 100, Hafer 44, Roggen 73, Gerste 46 bezw. 48 und Kartoffeln 76 Prozent belaufen; bei Wiesen[1]) verursacht der Ausfall an Dung und Bestellungskosten pro ha eine Ersparnis von 30+10 also insgesamt 40 Mk.

Da nun keine Meliorationsgenossenschaften bestehen und auch den Gemeinden als den eigentlichen Trägern der Arbeiten ihrer ungünstigen Wirtschaftslage wegen die gesamten Kosten für eine solche Anlage nicht aufgebürdet werden können, hat der Staat, unter dessen Aufsicht sie deshalb ausgeführt wird, sich entschlossen, für jedes Projekt einen Zuschuß zu leisten. Er tut dies aus dem sogen. Westfonds[1]), und zwar in Höhe von einem Drittel der Gesamtkosten unter zwei Bedingungen[2]). Einmal muß der Bezirksverband ebenfalls ein Drittel beisteuern, sodaß die Gemeinde nur noch das restliche Drittel zu tragen hat; dies aber wußten sich die Gemeinden des Kreises Oberwesterwald durch eine kluge Waldpolitik zu verschaffen[2]). Sie[3]) ließen nämlich ihren bisherigen Waldbestand stärker durchforsten und ergänzten ihn durch Bewaldung neuer, für andere Kulturarten nicht geeigneter Flächen, der sogen. Oedländereien, wie sie bei den Meliorationen häufig ausgeschieden werden; es ist nämlich einer ihrer Nebenzwecke, auf solche Weise auch diese Strecken nutzbar zu machen und auf das Klima einzuwirken. Endlich ist es auch erst auf diese Weise möglich, zwischen

---

[1]) Niemeier II, a. a. O. S. 191/192.
[2]) Niemeier I, a. a. O. S. 105.
[3]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 36.

allen Kulturarten ein angemessenes Verhältnis herzustellen, denn die Melioration der Viehweiden kann sich nur soweit erstrecken, als es die gesteigerten Erträge von Acker und Wiesen zulassen. Die zweite Bedingung für die Gewährung des staatlichen Zuschusses, der übrigens nicht so reichlich wie im Osten fließt und oft die Zurückstellung von Meliorationsprojekten auf mehrere Jahre veranlaßt[1]), ist, daß die Konsolidation durchgeführt werden muß. Diese Konsolidation ist in einzelnen Ortschaften des ehemaligen Herzogtums Nassau schon im 18. Jahrhundert ausgeführt worden und durch die vier Institutionen vom 2. 5. 1830, die durch spätere preußische Gesetze und Verordnungen vom 2. 9. 1867, dann die G. T. O. für den Regierungsbezirk Wiesbaden vom 5. 4. 1869 und das Gesetz vom 22. 3. 1886 nur weiter ausgebaut wurden, geregelt. Sie[2]) darf nun nicht mit den sonstigen Zusammenlegungen verglichen werden, denn während die letzteren für jeden Einzelnen an Stelle seiner früher in verschiedenen Gewannen zerstreut liegenden Parzellen einen zusammenhängenden Geländekomplex schaffen wollen, bezweckt die Konsolidation nur eine Verringerung der zahllosen kleinen Stücke und die Anlage von Zugangswegen. „Bei der Konsolidation bleibt die Gemarkung in Parzellen zerlegt, eine Zusammenlegung findet grundsätzlich nur für die derselben Bodenklasse angehörigen, innerhalb eines Verteilungsbezirks liegenden Parzellen eines Besitzers statt; doch ist eine Normalparzelle aufgestellt, unter welche die Größe einer Parzelle nicht herabsinken darf[2])." Die Einleitung des Verfahrens bedarf einer qualifizierten Mehrheit, und wir haben schon gelegentlich der Wiederbewaldung gesehen, daß sich damals eine solche nirgendwo fand. Als Grund für diese Abneigung finden wir bei Heyn[3]) angegeben, daß schon zu Ende des 18. Jahrhunderts eine Konsolidation statt-

[1]) Niemeier II, a. a. O. S. 190.

[2]) Fuchs Grundstücke a. a. O. S. 1216 ff.

[3]) Heyn a. a. O. S. 230.

gefunden habe; er selbst aber glaubt ihn damals in den unverhältnismäßig hohen Kosten und in der langen Dauer des Verfahrens suchen zu müssen. Die Kosten, die auf Grund nassauischer Bestimmungen zu entrichten waren, sind durch ein Gesetz vom 21. 3. 1878[1]) herabgesetzt worden, ohne daß sich allerdings die daran geknüpfte Hoffnung auf vermehrte Anträge erfüllt hätte. Man hatte eben wieder, wie so oft, nicht das Uebel mit der Wurzel ausgerottet, die lange Dauer — noch die letzten Konsolidationsprojekte nahmen, wie Berichte über sie ergaben[2]), volle fünf Jahre in Anspruch — war geblieben. Nachdem aber heute die Zeit wesentlich verkürzt sein soll, spricht der Verwaltungsbericht des Oberwesterwaldkreises die Hoffnung aus, daß nun wohl Konsolidationsanträge in größerer Zahl einlaufen werden. Daß die Konsolidation große Vorteile mit sich bringt, wobei die Gemeinden auch bedenken müssen, daß ein großer Teil des verausgabten Geldes im Dorfe bleibt[3]), ist ja richtig; wie lange aber die Arbeiten unter den heutigen Umständen ihren Zweck erfüllen werden, ist eine andere Frage.

Was nun die Meliorationen angeht, so bildete auch der Mangel an Arbeitskräften ein Haupthindernis zu ihrer Durchführung; zeitweise erwog man die Heranziehung von Arbeitslosen aus den großen Städten[4]), doch ist man wieder davon abgekommen; einmal würde ihre Hin- und Rückbeförderung zu erhebliche Kosten verursachen, und dann möchte sich die einheimische Bevölkerung in den Zeiten der Arbeitslosigkeit das Geld am liebsten selbst verdienen. Augenblicklich hat man die Frage, scheinbar in zufriedenstellendster Weise, durch die Heranziehung von Kriegsgefangenen gelöst[5]).

Ohne den Meliorationsarbeiten ihren Zweck ab-

[1]) Fuchs Grundstücke a. a. O. S. 1216 ff.
[2]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis.
[3]) Jahresbericht der Landwirtschaftskammer a. a. O.
[4]) Niemeier II, a. a. O. S. 192.
[5]) Schneider a. a. O.

sprechen zu wollen, fragt es sich nun doch, ob sich der mit ihnen verbundene Plan[1]) einer Intensivierung der Rindviehzucht überhaupt realisieren läßt. Von fachkundiger Seite wurde sogar schon berechnet, daß dadurch die Fleischproduktion um jährlich eine halbe Million Mark erhöht werden könnte. Nun wäre aber eine solche Fleischvermehrung, volkswirtschaftlich betrachtet, keineswegs von Vorteil, da sie keine Fleischverbilligung nach sich ziehen würde. Es ist ja ganz natürlich, daß das Halten einer größeren Zahl von Vieh in zahllosen kleinen Wirtschaften mehr Aufwand an Kapital und Arbeit erfordert und daher verteuernd auf den Preis der Tiere wirkt, als wenn dieselbe in einer einzigen großen Wirtschaft aufgezogen wird[2]). Durch Tatsachen wird aber auch bewiesen, daß sich mit der verstärkten Parzellierung eine Abnahme des Rindviehbestandes verbindet. Das ergab die letzte Viehzählung in Bayern[3]) und auch in unserem Bezirke können wir dieselbe Erscheinung feststellen[4]). Während das Rindvieh im Kreise Oberwesterwald im Jahre 1892 noch 18996 und im Kreise Westerburg noch 21233 Stück zählte, fanden sich 1913 trotz der Vermehrung der Haushaltungen in ersterem nur noch 18864 und in letzterem 20795 Stück. Auch hier bewahrheitet sich also die alte Erfahrung wieder, die Roscher[5]) in die Worte zusammenfaßt: „Von einem gewissen Grade der Wirtschaftszerkleinerung an wird man die Pferde, auch wenn sie an sich die zweckmäßigsten Arbeitstiere wären, mit Ochsen vertauschen müssen, Ochsen wieder mit Kühen, das Zweigespann mit dem Einspänner; auch dieser wird bei weiterem Fortschreiten in der Richtung nicht mehr die gehörige Nahrung finden, zuletzt verwandeln sich alle Milchtiere in Ziegen, alle Fleischtiere in Schweine".

---

[1]) Niemeier II, a. a. O. S. 192.
[2]) Niemeier II, a. a. O. S. 190.
[3]) Schmelzle a. a. O. S. 419.
[4]) Viehzählung.
[5]) Roscher a. a. O. S. 235.

Diese als letzte vorgezeichnete Entwickelungsstufe scheint jetzt für den hohen Westerwald einzusetzen, und wenn auch ihr Fortschreiten durch das Vorhandensein der Viehweiden verlangsamt wird, so ist es doch nicht möglich, sie dadurch ganz auszuscheiden. Eine Intensivierung aber könnte vielleicht dadurch herbeigeführt werden, daß die Gemeinden sich in den Besitz größerer Viehherden setzten; doch ließe das dann einerseits die Frage nach hinreichender Winterfütterung und dann die weitere auftauchen, ob damit nicht ein zu großes Risiko für die Gemeindefinanzen verbunden wäre. Der Plan, durch die Meliorationsarbeiten wieder auf dem Westerwald das alte Weidegebiet zu begründen, scheint mir deshalb heute nicht mehr durchführbar und so paßt denn auch hierfür das Urteil, welches Hirsch einst grade über unseren Landstrich fällte[1]): „Hier wird zwar das eine oder das andere Mittel den Gebirgsbewohnern von Nutzen sein können, doch die Bemühungen werden im Ganzen einer Sysiphusarbeit gleichen, weil eine wiederholte Güterzertrümmerung die erreichten Verbesserungen immer wieder zu nichte machen wird."

Drittes Kapitel: Die Wanderungen.

Aus der Schilderung der agrarischen Verhältnisse des hohen Westerwaldes geht wohl zur Genüge hervor, daß die Landwirtschaft allein den Bewohner nicht zu ernähren vermag. Wo auch der Landbesitz eine genügende Menge von Nahrungsmitteln liefert, um das Leben fristen zu können, ist er doch für die volle Arbeitskraft des Besitzers zu gering; er umfaßt nur einen Teil derselben, „es rentiert sich nur die Menge der verwendbaren, nicht aber die Menge der vorhandenen"[2]). So muß denn, wenn der landwirtschaftliche Betrieb allein in Frage kommt, ein Teil der Arbeitskraft brach liegen und dies die wirtschaftliche Existenz gefährden. In früheren Zeiten griff

[1]) Sering II, a. a. O. S. 112.

[2]) Wolff a. a. O. S. 47/72.

man daher in solchen Notlagen, soweit nicht Seuchen wie Pest und Syphilis, oder Kriege die Bevölkerung dezimierten, zu einem damals scheinbar recht beliebten Aushilfsmittel, der Auswanderungspolitik. Wie in anderen Gebieten, so begünstigte auch hier die Regierung die Tätigkeit von Agenten, welche zur Auswanderung nach Amerika zu bewegen suchten, und in die 80er Jahre des verflossenen Jahrhunderts fällt der letzte größere Zug der Westerwälder über den Ozean. Im Anschluß daran suchten sich die Gemeinden dann gegen eine neue Uebervölkerung zu schützen, indem sie jeden Fremden nur unter wesentlich erschwerten Bedingungen aufnahmen. Von einer Seite machte man damals auch den Vorschlag[1]), gewissen Personen überhaupt die Genehmigung zur Heirat zu versagen, doch wurde er zum Glück nicht befolgt; hier wären sonst dieselben Zustände eingerissen, wie einst im Spessart[2]), wo nach der Erschwerung der Eheschließung die Personen, denen die Lizenz versagt wurde, einfach in freier Ehe lebten. Virchow[2]) glaubte dort s. Zt. jeden fünften Menschen als unehelich geboren ansprechen zu können, eine Vermutung, die durch die Kirchenbücher nur bestätigt wurde. Bald aber mußte der hohe Westerwald, der ja stets einen Teil seiner Bewohner abgab, zum zweiten Mal Menschen in großer Zahl hinaussenden; es geschah damals, als der industrielle Aufschwung einsetzte und damit die Arbeitsgelegenheit ständig zunahm. „Eine Völkerwanderung trat ein", sagt darüber Sering, „die an Umfang der bewegten Masse die vor anderhalb Jahrtausenden weitaus in den Schatten stellt"[3]). Die besseren und stetigeren Löhne[4]), als sie der karge heimatliche Boden zu gewähren vermochte und vor allem auch die Ungebundenheit des städtischen Lebens gegenüber der

[1]) Becker a. a. O. S. 76/77.
[2]) Wolff a. a. O. S. 25.
[3]) Sohnrey.
[4]) Sohnrey. Die soziale Revolution und die Flucht vom Lande S. 11.

Enge des dörflichen Zusammenseins, wo jeder gewissermaßen unter der Kontrolle des andern steht, verfehlen ihre Wirkung nicht. Es sind immer grade die agrarisch minderwertigeren Gebiete, die dabei eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen haben[1]) und es ist ja auch ganz natürlich, daß die benachbarten Industriegebiete sich zunächst mit den in ihrer Umgebung freien Arbeitskräften versehen, wenn sich heute ihre Anziehungskraft[2]) schon im industriearmen Osten des Reiches unangenehm bemerkbar macht. Die Abwanderung aber hielt sich damals auf dem Westerwald nicht mehr in den wünschenswerten Grenzen, sondern führte zeitweise so viele Menschen weg, daß die Gefahr einer allmählichen Entvölkerung immer näher rückte. Am auffallendsten zeigte sich dies im ehemaligen Amte Rennerod[3]); während hier im Jahre 1864 noch 15367 Einwohner wohnten, wurden 1877 nur noch 14539 und 1885 sogar nur noch 13657 gezählt; in der letzteren Angabe fehlt allerdings die Einwohnerzahl des inzwischen dem Oberlahnkreise zugeschriebenen Dorfes Rückershausen, durch dessen Zurechnung sich die Zahl um 106 also auf 13763 erhöht. In der Zeit von 1864 bis 1885 verloren beispielsweise die Gemeinden Elsoff 81 und Rehe 78 Personen; weiterhin läßt sich dann diese Erscheinung infolge der Kreisteilung nur für die beiden Kreise Oberwesterwald und Westerburg verfolgen. Während die Abwanderung im Oberwesterwaldkreise schon so weit zurückgegangen war, daß der entstehende Verlust durch das Mehr von Geburten reichlich gedeckt wurde, überstieg er im Kreise Westerburg noch in dem Jahrfünft 1891 bis 1895[4]) den Geburtenüberschuß um 17,2 %, und die Volkszählung von 1905 wies gegenüber der von 1900 im Oberwesterwaldkreis eine Zunahme von 1267 Personen

[1]) Sering II. Die Grundbesitzverteilung und die Abwanderung vom Lande.

[2]) Niemeier II, a. a. O. S. 193.

[3]) Beitrag zum Verwaltungsbericht Westerburg.

[4]) Sering II.

oder 5,20 % auf, im Kreise Westerburg dagegen eine Abnahme von 6 %[1]). Daß aber dieser Verlust nicht durch Ueberwiegen der Sterbefälle über die Geburten hervorgerufen wurde, ergibt die folgende standesamtliche Zusammenstellung[2]) für mehrere Ortschaften. Es wiesen auf die Gemeinden

	1886		1890		1895		1900		1905	
	*	†	*	†	*	†	*	†	*	†
Emmerichenhain	77	57	69	50	49	39	72	41	57	42
Hellenhahn	43	20	39	28	39	16	49	28	33	17
Rennerod	47	42	49	44	59	32	53	37	28	28

	1906		1907		1908		1909		1910	
	*	†	*	†	*	†	*	†	*	†
Emmerichenhain	69	39	63	43	74	37	64	31	73	35
Hellenhahn	38	18	46	21	43	13	48	18	31	18
Rennerod	50	25	40	27	53	20	59	32	48	27

Nun war aber auch die Lage der Zurückgebliebenen in den meisten Fällen keine glänzende, die Frage eines Nebenerwerbes wurde für sie die brennendste und ist es bis heute geblieben. So bildeten sich, da als Kleingewerbetreibende oder Tagelöhner in der Heimat nur eine beschränkte Zahl unterkommen kann, periodische Wanderungen aus. Als Glaser, Maurer, Schreiner und auch als Industriearbeiter gehen die arbeitsfähigen Männer und Jünglinge, in der Regel zu Beginn der Woche, weg, um an deren Ende wieder nach Hause zurückzukehren und dort den Sonntag zu verbringen. Gar mancher aber, besonders von den jüngeren Kräften, bleibt dann dauernd der alten Heimat fern. Doch anfangs konnte die benachbarte Industrie nicht alle aufnehmen, die sich ihr anboten, und auch heute muß sie, während der zeitweise eintretenden ungünstigen Konjunkturen noch ihre Zuflucht zur Arbeiterentlassung nehmen. Dann aber wird der Westerwälder zum sogen. Landgänger[3]), einer Art Hausierer. Diese

[1]) Jahresbericht der Landwirtschaftskammer 1901—05 a. a. O. S. 146.
[2]) Bericht a. a. O. S. 5.
[3]) Plenge a. a. O. S. 81 ff.

Hausierertum ist nicht zu verwechseln mit der Tätigkeit des sog. Nothausierers, der gewissermaßen zum Proletariat des Hausierhandels zählend, die engere Umgebung der Heimat durchstreift, wo ihn jedermann, da er seine Notlage kennt, unterstüzt. Der eigentliche Landgänger zog noch vor 10 und 20 Jahren weit über die Grenzen seiner Heimat, oft sogar über die des Reiches hinaus; aber er wanderte nicht planlos umher, sondern hatte seine feste Kundschaft, die mit der Deckung des Bedarfes auf ihn wartete, ein Beweis, daß seine Waren nicht schlechter, sondern ebenso preiswert waren wie die in den kleinen Detailgeschäften feilgebotenen. Gehandelt wurde gewöhnlich mit Sachen, die keine besondere Branchekenntnis erforderten, wie Wachstuchen, Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Papier- und Muschelgegenständen, Hirschgeweihen, Fensterleder, Putzpulver, Schirmen und seltener auch mit Schuhen. Am beliebtesten war der Besuch von Arbeiterorten in entwickelten Industriegegenden, denn hier findet sich die nötige kaufkräftige Bevölkerung. Dabei zog der Händler selten allein umher, gewöhnlich führte er angeworbene jüngere männliche und weibliche Kräfte mit sich, die von ihm außer der Entschädigung für die Kost noch eine feste Vergütung von 200 bis 300 Mk., je nach ihrer Geschicklichkeit im Verkaufen, bezogen. Die Höhe der Tageseinnahme war von mancherlei Zufälligkeiten abhängig und richtete sich auch nach den Waren, die feilgeboten wurden; bei gutem Geschäftsgang bezifferte sie sich auf 30 bis 40 Mk., und die gesamte Saisoneinnahme wurde bei einem Schirmhändler auf 2000 bis 3000, bei einem Wollwarenhändler auf 3000 bis 4000 Mk. veranschlagt. Setzte dann der Winter ein, so kehrte der Landgänger in die Heimat zurück, denn jetzt wurden die Spesen höher und es ließ sich dann am billigsten zu Hause leben, wo Frau und Kinder oder auch der zurückgebliebene Nachbar die Feldarbeit verrichtet hatten, Um diese Zeit wurde der Westerwald eine belebte Gegend; die Reisenden aus den großen Städten kamen hierher, um abzurechnen

und neue Bestellungen entgegenzunehmen, denn auf Abruf und Abrechnung wurden die Geschäfte abgeschlossen; befand sich aber der Händler in wirtschaftlich günstigen Verhältnissen, so zahlte er wohl auch gleich, um in den Genuß den Skontos zu kommen.

Bei den Bewohnern des hohen Westerwaldes war dieser Hausierhandel ein geachtetes Geschäft und ist es auch bis heute geblieben, doch fällt dieses Urteil gänzlich aus dem Rahmen des von der Allgemeinheit über eine derartige Tätigkeit gefällten; es ist daher nicht zu verwundern, daß er von mancher Seite angegriffen wurde. Der Beitrag zum Verwaltungsbericht des Kreises Westerburg[1]) stellt z. B. seinen ökonomischen Vorteilen gar mancherlei Nachteile wie Spiel, Trunk und andere Laster gegenüber, die viele Gemeinden, in denen sich die erwachsenen Einwohner dem Hausierhandel ergaben, sittlich und finanziell dem Ruin nahe gebracht haben sollen. Auch eine Eingabe für den Bau der sog. Westerwaldquerbahn[2]) bekämpft diese Art Nebenerwerb, die, lediglich auf Täuschung berechnet, wenn ihr nicht Einhalt geboten werde, schließlich die ganze Bevölkerung sittlich ruinieren müsse; weiter klagt ein von Frankenstein[3]) veröffentlichter Bericht darüber, daß auch bei der Jugend, die solchem Gewerbe huldige, oft traurige Erfahrungen gemacht würden und daß die Gefahr des Eindringens sozialistischer Ideen in die für solche Strömungen sonst wenig empfängliche Landbevölkerung bestehe. Hier müsse sich, meint er, die Königliche Regierung berufen fühlen, einzugreifen. Dabei tritt er nicht für eine völlige Beseitigung des Hausierhandels, sondern nur für die Bekämpfung seiner Schäden ein, empfiehlt aber ein Mittel, über dessen Zweckmäßigkeit mich zu äußern ich hier unterlassen möchte. Die gemieteten jugendlichen Arbeitskräfte sollen nämlich nach ihrer Rückkehr in vertraulicher Weise darüber

[1]) Beiträge zum Verwaltungsbericht d. Kreises Westerburg 1891 S. 8.
[2]) Plenge a. a. O. S. 105.
[3]) Frankenstein a. a. O. S. 28.

ausgefragt werden, ob sich ihre Arbeitgeber auch den Bestimmungen gemäß verhalten haben, und diesen soll dann, wenn sich das Gegenteil herausstellt, die Konzession entzogen werden. Für eine Bekämpfung der Schäden tritt auch Plenge ein, der s. Zt. eine Untersuchung über die Westerwälder Landgängerei anstellte; er zeigt auch [1]), daß sich grade in den Dörfern, deren Einwohner sich vorwiegend aus Hausierern zusammensetzten, die wirtschaftlichen Zustände gebessert haben. Zwar weist die Tätigkeit, die vorwiegend in katholischen Gemeinden ausgeübt wird, mancherlei Schäden auf, aber dieselben haben sich auch, als der Handel mehr an Frauen und Mädchen überging, die ja gewöhnlich im Verkaufen geschickter sind wie der Mann, nicht als so wesentlich erwiesen; insbesondere überstiegen die sittlichen Verfehlungen der weiblichen Kräfte keineswegs die der im Dienstbotengewerbe Beschäftigten. Die Landgängerei war eben damals durch die Wirtschaftslage auf dem hohen Westerwald bedingt; nicht Faulheit trieb die Bevölkerung dazu, denn die damit verbundenen Anstrengungen sind nach Urteilen von Kennern derartige, daß ihnen nicht jeder gewachsen ist. Die Kinder lieferten außerdem den Verdienst an die Eltern ab, die ihn zur Kräftigung der Wirtschaft, zum Abtragen von Schulden, zum Erwerb von Land, zum Hinterlegen von Spargeldern und zum Bestreiten der zum Haushalt nötigen Ausgaben verwandten [2]).

Heute ist der Hausierhandel allerdings beträchtlich zurückgegangen; einerseits sind durch ein Gesetz des Jahres 1896 der Beschäftigung Jugendlicher engere Schranken gezogen und dann hat auch die vermehrte Arbeitsgelegenheit in der Umgebung und die infolge der zunehmenden Erschließung des Westerwaldes durch Bahnen dort geschaffene Verdienstmöglichkeit ihm Abbruch getan. Nur noch einige alte, in ihrem Beruf ergraute Personen, die

[1]) Plenge a. a. O. S. 213.

[2]) Beiträge a. a. O.

sich nicht mehr nach einer neuen Beschäftigung umsehen wollen, huldigen der Landgängerei[1]).

Viertes Kapitel: Die Industrialisierung.

1. Der Versuch, Hausindustrie zu erwecken.

Es setzt auch hier heute die Industrialisierung ein, von der, wenn damit auch nicht allen Gebieten, deren Landwirtschaft zu gering ist, um die Bewohner ausschließlich zu ernähren, geholfen werden kann, für den hohen Westerwald doch bessere Zeiten zu erwarten sind. Zwar griff man zuerst fehl, indem man „das angeborene technische Genie, das den Gebirgsbewohner gegenüber dem Flachlandbauern auszeichnet“[2]), benutzend, sich, wie in den meisten deutschen Mittelgebirgen, bemühte, Hausindustrie zu begründen. In den 50er Jahren[3]) gingen solche Bestrebungen von dem nassauischen Gewerbeverein und später, in den 80er Jahren nochmals von den Landräten aus. Damit griff man dann „zu dem traurigsten Auskunftsmittel, welches heutzutage dem kleinbäuerlichen Gebirgsbewohner geboten werden kann; traurig deshalb, weil es ihn ganz an die Scholle fesselt, die ihn nicht mehr zu ernähren vermag und zum schlechtest bezahlten Lohnarbeiter herabdrückt, der noch dazu das Risiko des Absatzes seiner Produkte zu tragen hat“[4]). Holzwarenfabrikation, Blechwarenfabrikation[3]), Strohflechten, Nähen, Sticken, Spitzenklöppeln und vor allem Leinenweberei wurden betrieben; da nun diese Tätigkeit sich als besonders vorteilhaft für solche Gebiete erweist, die über die notwendigen Rohstoffe verfügen[5]), der Flachs aber hier sehr gut gedeiht[6]), entstanden umfangreiche Flachsfelder; das nötige Kapital wurde durch

---

[1]) Heimatbuch a. a. O. S. 240.
[2]) Riehl a. a. O. S. 265/66.
[3]) Plenge a. a. O. S. 48.
[4]) Sering I, a. a. O. S. 109.
[5]) Grunzel. System der Industriepolitik 1905, S. 28.
[6]) Heyn I, a. a. O. S. 235.

Ausgabe von Flachsanteilscheinen aufgebracht[1]), die aber meines Wissens nie eine zufriedenstellende Verzinsung abwarfen. Das ganze Projekt scheiterte bald, weil, wie Plenge[2]) meint, nicht für den nötigen Absatz gesorgt war, doch wird wohl auch das Fehlen von Bahnen mitgesprochen haben, die das Fortschaffen der Erzeugnisse erleichtert hätten. — Heute besteht eigentliche Hausindustrie hier nicht mehr, höchstens wird noch innerhalb einzelner Gemeinden für den lokalen Bedarf gearbeitet[3]). Es ist auch nur zu begrüßen, daß die hausindustrielle Tätigkeit keinen dauernden Eingang gefunden hat; obwohl es einer Begründung dieser Behauptung heute im allgemeinen nicht mehr bedarf, so sind wir doch in der Lage, uns gerade für den hiesigen Bezirk an Hand der Schilderungen des sich landwirtschaftlich in ähnlichen Verhältnissen befindenden hohen Taunus das Bild auszumalen, das sich uns dann geboten haben würde. Schnapper-Arndt[4]) schreibt hierüber: „so dastehend vor den schaffenden Kindergruppen, kann man sich in Träumereien à la Gulliver verlieren und wähnen, daß man in diesen Kleinen eigentlich die wirklich erwachsenen Arbeiter vor sich habe. Die wenigen unter ihnen sitzenden Erwachsenen ragen wie Riesen empor; bis man sich wieder besinnt und um so schärfer das Unnatürliche des gebotenen Schauspiels empfindet".

2. Die geologische Beschaffenheit des Gebietes.

Eine andere Art der Industrialisierung musste einsetzen, und diese bestand auch nicht in der Fabrikindustrie, die Hirsch einst[5]) als den Rettungsanker ansah, von der er aber meinte, daß noch viele Menschenalter vergehen könnten, bis sie sich hier entfalte, weil Gewerbe und Industrie sich vorläufig nicht auf hohen Gebirgen nieder-

[1]) Auskunft.
[2]) Plenge a. a. O. S. 48.
[3]) Auskunft.
[4]) Susnitzki a. a. O. S. 160.
[5]) Sering I, a. a. O. S. 112.

ließen. Dabei wird man sich auch nicht verhehlen können, daß doch gerade die Fabrikindustrie, wenn sich die ursprünglichen Arbeitsräume als zu klein erweisen, leicht wieder in hausindustrielle Beschäftigung ausartet, wie wir es ja in nicht allzugroßer Entfernung vom hohen Westerwald feststellen können[1]). Die Industrie, welche hier die gegebene ist und sich heute auszubreiten beginnt, unterstützt durch ein allerdings noch ungenügendes Eisenbahnnetz, und durch die auf Grund der Meliorationsarbeiten geschaffene Möglichkeit der Ansiedelung einer größeren Menschenmenge findet ihren Grund in den vorhandenen Bodenschätzen, die es auszubeuten gilt; ihretwegen verspricht schon Riehl[2]) unserm Bezirk, der bisher keine industrielle Geschichte aufzuweisen habe, eine industrielle Zukunft und begründet dies damit, „daß hier die Bodenschätze nicht nesterweise liegen wie auf der Rhön, sondern in großen Massen und Gruppen beisammen, und weil sie eine harte, mager lohnende Betriebsamkeit, dem Charakter von Land und Leuten entsprechend, voraussetzen".

Wir müssen daher vorerst die geologische Beschaffenheit unseres Territoriums kurz schildern. Die Zusammenstellung der Mineralien und Gesteine ist dabei einer amtlichen Statistik[3]) aus den siebziger Jahren entnommen; nach ihr folgen aufeinander

1. rote Tone mit Eisensteinlagern,
2. weiße plastische Tone, in den oberen Lagen sandig,
3. Basalt und Basaltkonglomerate,
4. untere flötzleere Schichten,
5. Solbasalt,
6. bituminöser Schiefer und Braunkohle,
7. Sandsteine, Ton, Quarzsand, Walkererde,
8. Dachbasalt.

---

[1]) Siehe Arndt. Die Heimarbeit im rhein.-main. Wirtschaftsgebiet 1909, S. 232, 327.

[2]) Riehl a. a. O. S. 268.

[3]) Statistik II, a. a. O. S. 37/40.

Ueber diesen Lagen finden sich dann die neueren Schichten des Dilluviums und des Alluviums, bestehend aus Lehm, Sand und Geröll.

3. Die einstige Eisenindustrie.

Zum Alluvium zählen auch die Torfablagerungen, von denen vor allen die bei Weißenburg und Löhnfeld zu erwähnen sind und der vielfach in Verbindung mit ihnen auftretende Raseneisenstein. Die sonstigen Eisenerze des Westerwaldes[1]) finden sich hauptsächlich in der devonischen Formation und führen ihren Ursprung auf die chemischen Wirkungen des devonischen Kalkes zurück, denen dieser im Laufe der Zeit ausgesetzt war. In den Kalkstein sind die zur Bildung von Erzlagerstätten nötigen Substanzen aus den Gerüsten von Korallen und den Schalen der Konchylien übergegangen, haben sich dann später unter Zurücklassung unlöslicher Substanzen wie Tone und Beauxite infolge des Einflusses „kohlensaurer und humussaurer Wasser“ gelöst und in verschiedener Weise ausgeschieden. Wo der hohe Westerwald solche Erzvorkommen aufzuweisen hat, hat man größtenteils schon früher versucht, sie auszubeuten, aber mit gegenüber unserer Zeit nur unvollkommenen Hilfsmitteln. Aus dem Beginn des 18. Jahrhunderts sind uns einzelne Berichte erhalten; nach ihnen gewann man in der Nähe der Ortschaften Bölsberg und Enspel[2]) vorzüglichen Glaskopf[3]) d. h. nieren- oder traubenförmiges Erz mit feinfaserigem Gefüge. Aus den bei Enspel gewonnenen Erzen sollen 35 bis 50 Prozent erbracht worden sein[4]). Den Bölsberger Stein suchte man auf einer Eisenhütte in der Nähe Marienbergs zu verhütten; es war die einzige, die bisher auf dem hohen Westerwald bestanden hat und ihr Vorhandensein scheint nur von kurzer Dauer gewesen zu sein,

[1]) Westerwaldführer S. 20, Dr. Behlen: Geolog. Skizze.
[2]) Heyn I, a. a. O. S. 241.
[3]) Wedding. Grundriss der Eisenhüttenkunde 1901, S. 35.
[4]) Vogel a. a. O. S. 241.

Entstehen und Vergehen waren bei ihr „fast eins“. Auf die früher bestehenden Grubenbetriebe weist auch der Bericht Stiffts[1]) hin, in dem er von einem Bergbau auf Silber, Blei und Kupfer erzählt, der hier seit Jahrhunderten, vor allem in der Gemeinde Niederrosbach, bestanden haben soll; später berichtet dann Riehl[2]) von „einer verkümmerten Westerwälder Eisenindustrie“, die bis auf die „neueste Zeit großenteils in den Händen von Ausländern, Engländern und Franzosen“ lag „und“, so fügt er hinzu, „der arme Westerwälder mußte in fremdem Solde taglöhnern auf seinem eignen Gebiet“. Doch heute liegen die Westerwälder Gruben still, die Achsfrachten sind zu hoch, da das Eisenbahnnetz noch nicht genügend ausgebildet ist. Nur in den Jahren 1906 und 1907[3]) wurde aus den bergrechtlich verliehenen Grubenfeldern der Gemarkung Rehe 537,400 t im Werte von 5727,— Mk. gefördert und eine Abart des Braun-Eisensteins, der Ocker, wurde seit 1897 bis vor kurzem in der genannten Gemarkung und in der von Homberg gewonnen; er dient als Farbstoff und gab immer nur wenigen Personen, durchschnittlich einer oder zweien, Beschäftigung.

4. Die Tonindustrie.

Die Tone[4]) wurden im ehemaligen Herzogtum Nassau bergrechtlich verliehen, doch sind sie, seitdem auch hier am 25. Juni 1895 das preußische Berggesetz eingeführt wurde, frei. Der sog. rote Ton, der zuweilen auch eine gelbliche Färbung annimmt, hat ebenso wie der in der 7. Schicht vorkommende weniger industrielle Bedeutung; der letztere wurde früher zu Tuchfabrikationen benutzt[5]). Wertvoller schon ist die sog. weiße Tonschicht, die nicht immer gerade weiß zu sein braucht, sondern auch gelblich-

[1]) Stifft a. a. O. S. 18.
[2]) Riehl a. a. O. S. 263/264.
[3]) Bericht Westerburg a. a. O. S. 43/44.
[4]) Bericht Westerburg a. a. O. S. 42.
[5]) Statistik a. a. O. II.

weiß, blauweiß oder sogar schwarz erscheinen kann, je nachdem, aus welcher Verwitterung sie entstanden ist. Das Maß der Verwendbarkeit solcher Tone hängt ab von ihrer Plastizität, und da dieselbe durch untermengte Basalt- oder Braunkohlenteilchen stark beeinträchtigt wird, so gilt allgemein der Satz[1]), daß die Tone an Reinheit zunehmen, je weiter sie von den Braunkohlen- oder Basaltlagerstätten entfernt sind; meist eignen sich die Vorkommen noch nicht einmal zur Herstellung von Töpferwaren. Eine Ausnahme bildet ein wirklich abbauwürdiges Vorkommen, das sich am Rande des hohen Westerwaldes[2]) von Norden nach Süden bis Breitscheid und von dort wieder nach Nordosten und Südwesten zieht. Hier bestanden früher zahlreiche nur unbedeutende Betriebe, die den unmittelbar unter dem Rasen liegenden Ton vermittels kleiner, mit Reifen ausgezimmerter Schächte abbauten und zur Herstellung von Haushaltungsgegenständen verwandten; die Teufe erreichte gewöhnlich nur wenige Meter, da sich in den Löchern gar bald das Regenwasser staute und ein weiteres Arbeiten unmöglich machte; 1900 fanden sich noch 15 solcher kleinen Betriebe vor. In demselben Jahre aber trat eine Aenderung ein; die Westerwälder Tonindustriegenossenschaft übernahm die Lager von der Gemeinde gegen eine Entrichtung von 5,— Mk. für jeden Doppellader rohe oder gebrannte Ware und beutet sie seitdem aus. Die Tongewinnung wird jetzt in größerem Maßstabe und bergtechnisch betrieben. Das Material zeichnet sich durch sein hochbasisches Verhalten aus und eignet sich zur Herstellung feuerfester Produkte; auf einer 6 km langen Drahtseilbahn wird es nach der Station Niederdresselndorf der Bahn Deutz—Gießen zum Versand gebracht. Wie groß die Gesamtmächtigkeit der Lagerstätte ist, wurde bisher noch nicht festgestellt; die Untersuchung eines kleinen 400 zu 200 m umfassenden Bezirkes

---

[1]) Geologische Erläuterung Rennerod S. 4.

[2]) Freise, Zeitschrift für prakt. Geologie Berlin 1908, S. 163/165.

ergab, daß hier ungefähr 800000 cbm anstehen. Daraus aber einen Schluß auf das gesamte Vorkommen zu ziehen, ist schon deshalb nicht möglich, weil es zu sehr wechselt; in nur geringer Entfernung von einander wurde der Kalk an einer Stelle schon nach 11, an der andern erst nach 31 m erreicht.

5. Der Braunkohlenbau.

Es folgen nun vielfach, vor allem in den Gemarkungen Lautzenbrücken, Marienberg, Löhnberg, Stahlhofen und Stockhausen sog. flötzleere Schichten; sie enthalten in der Hauptsache rauhen, sandigen, verschiedenfarbigen Ton, der als aus dem Basalt entstanden angenommen werden kann. An ihn schließt sich der Solbasalt, in dessen Besprechung später eingetreten werden soll, und daran die Braunkohle. Um ihr Entstehen zu erklären, müssen wir uns in das Miocaen, eine Epoche der tertiären Zeit jenes „Zeitalters der Revolutionen“ [1]), zurückdenken. Das Land war damals flach und überragte das Meeresniveau nur um ein geringes; Flußtäler gab es nicht, wie auch keine Flüsse vorhanden waren; Süßwasserseen bedeckten die Fläche, an deren Rändern in sumpfigem Gelände, dem herrschenden subtropischen Klima entsprechend, immergrüne Pflanzen wuchsen, vor allem Koniferen. Auf der Seeoberfläche schwammen dazu, wie wir es heute noch bei den großen Strömen der neuen Welt beobachten können, dichte Polster von Pflanzenresten, auf denen wieder Moose und kleinere Pflanzen neben riesigen Bäumen wuchsen [2]). Teils vermöge der eigenen Schwere, teils infolge auf sie fallender vulkanischer Gesteine sanken die Pflanzenmassen unter, um mit dem Zurücktreten des Wassers durch die nachfolgenden Erdschichten bedeckt und zusammengepreßt zu werden. Auf solche Weise entstand auch die hiesige Braunkohle, die hier also

[1]) Lindemann, Die Erde I, Stuttgart 1912, S. 14.

[2]) Westerwaldführer a. a. O. S. 20, Dr. Behlen.

autochtonen Ursprungs ist und lange Zeit für den Westerwald eine bedeutende Rolle gespielt hat. Im Jahre 1586 wurde sie zum ersten Male im Breitscheider Wäldchen entdeckt und auch abgebaut[1]), wie lange ist nicht mehr festzustellen, da darüber jegliche Nachricht fehlt. 1651[2]) entstanden Braunkohlenbergwerke bei Höhn und Schönberg, die aber auch bald wieder stillgelegt wurden. Als dann der Waldbestand immer mehr schwand, kam die Kohle eher zur Geltung und ihre Benutzung wurde vom Landesherrn zu mancherlei Zwecken, entweder in Verbindung mit Holzbrand oder auch ohne den letzteren, sodaß das Holz nur noch zum Anzünden benutzt werden durfte, angeordnet. Die Verordnung von 1756 besagte z. B., daß zum Branntweinbrennen nur soviel Holz benutzt werden dürfe, als zum Anzünden notwendig sei; doch scheint diese Vorschrift ganz erklärlicher Weise, da Holz damals noch billiger und bequemer zu haben war, und die Braunkohle auch nur eine geringe Heizkraft besitzt, nicht befolgt worden zu sein[3]). Infolgedessen drohte eine neue Bestimmung von 1758[3]) im Falle des Nichtbefolgens der Vorschrift von 1756 mit dem Entziehen der Konzession. Von 1756 ab mußte auch jeder Einwohner der Aemter Marienberg und Rennerod, „wer es auch sei", zur Ofenfeuerung neben dem Brennholz Braunkohle benutzen. Die Untertanen besaßen dabei anfangs die Erlaubnis, die vorhandenen Kohlenschätze auszubeuten; als aber im Jahre 1718 ein weiteres Flötz bei Höhn entdeckt wurde, untersagte es ihnen der Landesherr auf Rat seiner Sachverständigen; man hielt nämlich damals die Braunkohle nur für eine die Steinkohle überdeckende Schicht. Diese Annahme erwies sich zwar als irrig und der Grubenbetrieb ging wieder in die Hände der Bewohner über, doch nicht lange; bald sah sich der Landesherr genötigt, wiederum die Verwaltung zu übernehmen, weil, wie es hieß, die

[1]) Becher a. a. O. S. 48/49.
[2]) Heyn a. a. O. S. 243.
[3]) Heimatbuch a. a. O. S. 140.

Untertanen es an der nötigen Ordnung und Regelmäßigkeit, Vorsicht und Sparsamkeit fehlen ließen[1]). 1768[2]) kamen dann alle Gruben zum Erliegen, doch versprach die fürstliche Regierung zu Dillenburg jedem, der sie wieder in Betrieb setzen werde, taxfreie Belehnung und unentgeltliche Unterweisung. Der Bau wurde auch später wieder aufgenommen und in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts belief sich die Belegschaft auf 400 Mann, um dann allmählich, zeitweise steigend, abzunehmen. (Tabelle.)

Wie man schon früher auf Schwierigkeiten stieß, die, wenn sie auch nicht unüberwindlich waren, doch das Material erheblich verteuerten, so auch heute noch. Von durch Selbstentzündung entstandenen Grubenbränden, die erst nach Monaten gelöscht werden konnten, wollen wir dabei ganz absehen, da jeder Kohlenbergbau mit solchen Zufälligkeiten zu rechnen hat. Trotzdem es sich aber um das Produkt einer noch verhältnismäßig jungen Erdepoche handelt, das an anderen Stellen vielfach im Tagebau gewonnen werden kann, sind hier Stollen und Schächte nötig. Die Lagerung der Flötze läßt sich dabei nicht ohne weiteres auf Grund von Berechnungen oder durch Bohrungen bestimmen[3]), da die Braunkohle hier meist weniger in geschlossenen Massen auftritt; dazu hindern die außerordentlich starken Wasser in vielen Fällen das Abteufen eines Schachtes; gerade sie haben ja auch 1651[4]) das Einstellen des Grubenbetriebes bei Höhn und Schönberg veranlaßt. Die Stollenanlage ist daher hier gewöhnlich die Einleitung des Bergbaues, und da sich die Niveauverhältnisse des Materials rasch ändern, besteht die Gefahr, daß sie zu hoch oder zu tief angesetzt wird. Wo aber Schächte abgeteuft werden können, erreichen sie vielfach eine nicht unbedeutende Tiefe, so der Schacht Anna der Zeche bei Bach eine solche

[1]) Becher a. a. O. S. 48/49.
[2]) Heyn I, a. a. O. S. 245.
[3]) Odenheimer, Berg- u. Hüttenwesen im Herzogtum Nassau I, 1865.
[4]) Heyn I, a. a. O. S. 243.

von 92 m[1]). Dabei sind nicht alle Flötze abbauwürdig, gewöhnlich stößt man zwischen Braunkohlen und Ton noch auf kleine Kohlen- oder Tonstreifen von nur geringer Mächtigkeit; die mächtigsten Flötze finden sich in der Gegend von Marienberg.

Ein weiteres Hindernis für das Aufblühen der Braunkohlenindustrie ist die geringe Verwendbarkeit des Materials. Zu Hausbrandzwecken ist die Kohle ja, wo noch die für den Gebrauch eingerichteten Oefen vorhanden sind, wegen ihrer Billigkeit und längeren Brenndauer[2]) der Steinkohle unbedingt vorzuziehen, doch fehlt es daneben an dem nötigen Massenabsatz, den sonst gerade dieses Brennmaterial wegen seiner mannigfachen industriellen Verwendung findet. Wenn nun ein großer Teil der Versuche, auch für die hiesige Kohle ein größeres Absatzgebiet zu gewinnen, fehlschlug, so ist dies vor allem auf ihre chemische Zusammensetzung zurückzuführen. Wir haben es hier mit der sogen. Lignitkohle zu tun[3]), mit ihrer deutlich erkennbaren oder auch versteckten Holzstruktur; platt gedrückte Baumstämme von mehreren Metern Länge und noch gut erhalten, sind in den Hauptflötzen gefunden worden. Die Untersuchung des Materials ergab in den Fundorten[4])

	Kohlenstoff	Wasserstoff	Sauer- u. Stickstoff	Asche	Hygroskop. Wasser
Alexandria	70,26	6,4	21,4	1,3	48,5
Segen Gottes	68,66	6,0	24,0	1,4	48,1
Neue Hoffnung	66,7	5,6	26,0	1,0	?
Nassau	62,1	5,2	26,9	5,8	37,7
Viktoria	65,7	5,4	27,3	1,5	33,5
Wilhelmszeche	56,7	6,7	27,4	11,3	?

Zuerst beabsichtigte man auf der Haigerer Hütte die Kohle in verkoktem Zustande entweder in Verbindung mit der Holzkohle oder auch ohne dieselbe zur Gewinnung

[1]) Geologische Erläuterungen Marienberg, S. 24.
[2]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis a. a. O.
[3]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis.
[4]) Geologische Erläuterungen Marienberg, S. 6.

von Roheisen zu verwenden[1]). Es gelang in beiden Fällen nicht; zu große Mengen Schlacken blieben zurück, ein Beweis dafür, daß die Erze nicht genügend ausgereichert wurden, und das Eisen selbst wollte nicht fließen; es erwies sich auch als zäh und das aus ihm geschmiedete Stabeisen war brüchig. Zudem stellte sich das Brennmaterial selbst zu teuer; zwei Wagen Buchenholz wären billiger gewesen als ein Wagen Braunkohlen Damals verwandte man die Braunkohlenasche zur Düngung der Wiesen, was für die letzteren sehr vorteilhaft gewesen sein soll, aber heute nicht mehr zur Anwendung kommt. Im Jahre 1882[2]) wollte man sodann aus der Kohle Essig gewinnen, um ihn zur Bleizuckerfabrikation zu verwenden; zu diesem Zweck entstand eine Fabrik, die aber im folgenden Jahre schon wieder eingegangen war. Als ebenso undurchführbar erwies sich der Schweelprozeß zur Gewinnung des Braunkohlenteers; aus letzterem wird vor allem das wegen seiner Feuerbeständigkeit zur Imprägnierung von Grubenholz geeignete Paraffin gewonnen. Wenn diese Bestrebung von Erfolg gekrönt gewesen wäre, hätte wohl der Westerwälder Kohlenbergbau einer rosigeren Zukunft entgegensehen können. Paraffin hätte aller Voraussicht nach im Siegerland mit seinem ausgedehnten Grubenbau ein großes Absatzgebiet bekommen, da heute dieser Industriezweig ja auf solche Hilfsmittel direkt angewiesen ist, um dem Holz eine längere Lebensdauer zu verleihen und die Tanne und die Fichte gleich haltbar zu machen wie die Eiche[3]). Je älter die Bergwerke werden, desto mehr Holz brauchen sie, und Holz ist auch für die neuerschlossenen Gruben unentbehrlich; die Holzfrage ist eben für den deutschen Bergbau eine „Notfrage". Zwar hat man es mit Ersatzmitteln versucht, mit Eisen, Mauerwerk, Beton, doch immer zeigte es sich bald, daß es ohne Holz nicht ging. Dabei reichen die einheimischen Bestände

[1]) Becher a. a. O. S. 69/70.

[2]) Heyn I, a. a. O. S. 246.

[3]) Braunkohle Nr. 13, 1909, S. 738.

heute nicht mehr aus und wir sind auf die Einfuhr, vornehmlich aus Oesterreich-Ungarn und den ungeheuren Wäldern des europäischen Rußland, angewiesen; aus beiden Ländern belief sich die Grubenholzeinfuhr[1])

1909 auf 336940 t im Werte von M. 7584000,—
1910 „ 266632 t „ „ „ M. 5823000,—
1911 „ 282329 t „ „ „ M. 6801000,—
1912 „ 271353 t „ „ „ M. 7077000,—

In Remsdorf[2]) i. S. wurden 1883 zweimal Schweelversuche mit Westerwälder Kohlen aus verschiedenen Schächten der Grube Nassau angestellt, wobei dann aus 1 hl Stückkohle im Höchstfalle 270 g wasserfreier Teer und aus derselben Menge Brockenkohle 572 g gewonnen werden konnten. Unter den heutigen Verhältnissen aber gilt eine Schweelerei nicht mehr als rentabel, wenn aus einer solchen Kohlenmenge nicht mindestens 4 kg Teer zu erbringen sind. Infolgedessen ist dazu unsere mit Holzteilen durchsetzte Braunkohle überhaupt nicht mehr zu verwenden, sondern nur die keine pflanzlichen Bestandteile mehr aufweisende, sich lediglich aus Kohlenwasserstoffverbindungen zusammensetzende Schweelkohle, die zum Unterschied von unserer Varietät, der Flammkohle, auch als Pyropissit bezeichnet wird; diese Schweelkohle, entstanden aus harzreicheren Gewächsen, besitzt ein leichteres spezifisches Gewicht als der Lignit und hat im Gegensatz zu ihm, der nur des Verbrennens fähig ist, den weiteren Vorzug, bei größerem Erhitzen zu schmelzen[3]).

Nun wäre es für die Westerwälder Betriebe von Vorteil gewesen, wenn man dem Produkt durch Brikettierung eine handlichere Form hätte geben können; dadurch würde sich auch die Heizkraft nicht unbedeutend erhöht haben. Gerade dieser Prozeß[4]) verleiht dem Material vor dem Steinkohlenbrikett eine Reihe wirtschaftlicher

[1]) Reichsstatistik.
[2]) Geologische Erläuterungen Marienberg S. 16.
[3]) Handbuch II, a. a. O. S. 58.
[4]) Handbuch II, a. a. O. S. 65/66.

und hygienischer Vorteile[1]) und macht es dem rheinischen Braunkohlenbau erst möglich, unmittelbar vor den Toren der Steinkohlenlagerstätten einen so beträchtlichen Umfang anzunehmen. Auf dem hohen Westerwald aber war auch das Brikettierungsverfahren wieder nicht anzuwenden, weil die Herstellung der Briketts ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Wasserstoff und dem hygroskopischen Wasser voraussetzt, damit das Produkt ohne Bindemittel und ohne zu zerbröckeln hergestellt werden kann. Die Haltbarkeit solcher Briketts steht dabei im umgekehrten Verhältnis zu der vorhandenen Menge Kohlenwasserstoff; dieselbe muß mindestens 4—6 % betragen, darf aber 13—14 % nicht übersteigen, während sich der Wassergehalt, um die Haltbarkeit nicht zu gefährden, am besten zwischen 16 und 20 % hält. Abweichungen von diesen Sätzen, wie sie unsere Kohle aufweist, liefern unbrauchbare Erzeugnisse. Gelungen dagegen ist in den letzten Jahren ein Versuch, den Lignit in Verbindung mit der Ruhrkohle zur Gasfeuerung zu verwenden. Leuchtgas ist allerdings aus diesem Gemisch nicht zu erzielen, sondern nur Heizgas[2]) für keramische und chemische Industrien und zum Antrieb von Kraftmaschinen. Natürlich ist der Mischung, deren Verbrauch auch keine die Gestehungskosten verteuernde Aenderung der maschinellen Einrichtungen voraussetzt, dort eine Grenze gezogen, wo einmal die Koksausbeute geringer und dann das Gas weniger gut ausfällt als bei Verwendung reiner Steinkohlen. In dieser Richtung angestellte Versuche haben ergeben, daß mit dem Verhältnis 81,75 : 18,25 zwischen Steinkohle und Braunkohle das Höchstmaß erreicht ist[3]); hier ergibt sich zu Gunsten des Gemisches noch eine Ersparnis von 21,45 Mk. für jede 10000 T. Für Gasanstalten ist diese Gebrauchsmöglichkeit von besonderem Wert, weil gerade sie in den letzten Jahren zeitweise über Steinkohlenmangel zu klagen

[1]) W. Hamers. Der Braunkohlenbau in der Kölner Bucht, S. 87 ff.
[2]) Braunkohle 1908, S. 729.
[3]) Braunkohle 1908, S. 729 ff

hatten, dem auch durch die Einfuhr englischer Kohle nicht gänzlich abgeholfen werden konnte.

Wenn sich nun so der Braunkohle des Westerwaldes die Möglichkeit, ein weiteres Absatzgebiet zu finden, eröffnete, an das man vor allem die Hoffnung auf Erhöhung der bisher absolut nicht zufriedenstellenden Löhne — 1890 soll ein Arbeiter pro Schicht 1,50 bis 1,80 Mk. verdient haben [1]), während sich der Durchschnittslohn in den Jahren 1892 bis 1906 auf Mk. 2,72 belief — knüpfte, so sah man sich doch getäuscht. Wie allgemein hier, so waren auch für die Braunkohle die Frachtsätze, die letzten Endes die Rentabilität einer Industrie bedingen, zu hoch. Ein Gesuch [2]) um ihre Verbilligung aber, sie sollte sich, da eine weitere Herabsetzung der Gestehungskosten unmöglich war, auf einen Umkreis von 100 km erstrecken, wurde von der Eisenbahnverwaltung mit Rücksicht auf andere Gebiete, in denen gleichfalls Braunkohlenbau betrieben wird, abschlägig beschieden. So sah sich denn der Fiskus, um ein Einstellen der in seinem Besitz befindlichen Bergwerke zu verhüten, genötigt, sie an private Unternehmer zu verpachten. Jedenfalls erscheint ein Stillegen nicht als wünschenswert, da dadurch doch ein, wenn auch nur geringer Bruchteil der Bevölkerung brotlos würde, für den bisher in der Heimat keine anderweitige Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Ob allerdings dem Braunkohlenbau des hohen Westerwaldes unter veränderten Umständen, die ihn den Wettbewerb mit Braunkohlenbriketts aufnehmen ließen und das Zahlen besserer Löhne gestatteten, noch eine bedeutende Zukunft versprochen werden kann, läßt sich, da bisher noch Unkenntnis über die Menge des vorhandenen Materials besteht, nicht sagen [3]).

6. Die Basaltindustrie.

Unmittelbar das Liegende der Braunkohlenflötze bildet nun aber, wenn sich keine jüngeren aus Ton, Quarzsand

[1]) Heyn a. a. O. S. 246.

[2]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 50.

[3]) Geologische Erläuterungen Marienberg S. 8/9.

und Walkererde bestehenden Schichten dazwischen schieben, eine blaugraue Masse von blasiger oder körniger Struktur und außerordentlicher Festigkeit; sie findet sich aber auch als ihr Hangendes[1]), wie eine Durchsenkung der Schichten in mehreren Bergwerken, so auch auf Nassau, Eintracht, Viktoria und Alexandria ergab. Es ist dies basaltisches Gestein; während der Eruptionen der Tertiärzeit, die „dem üppigen Pflanzenleben in den Braunkohlensümpfen mancherorts ein jähes Ende" bereiteten, drang es an die Oberfläche und findet sich hier in Decken, Kuppen und als Findlingsgestein. Die Findlinge weisen vielfach Kugelform auf, während in den Decken und Kuppen nur Platten- oder Säulenbasalt zu finden ist. Letzterer setzt sich aus fünf- bis sechskantigen Pfeilern zusammen, die oft senkrecht bis zu 20 m in die Höhe steigen, dabei aber häufig an mehreren Stellen gebrochen sind. Mit solchem Gestein drangen wohl auch vulkanische Sande und Schlamme empor, woraus dann im Laufe der Zeit die Basaltkonglomerate entstanden sind, erdige, nicht zusammenhängende Massen, in denen sich zwar Basaltblöcke von bedeutender Größe finden, die aber auch so ihren basaltischen Ursprung noch erkennen lassen. Mit der Ausbeutung dieser Lager scheint sich auf dem hohen Westerwald ein Industriezweig zu entwickeln, der berufen ist, hier auf lange Zeit hinaus die Kleinbauernfrage zu lösen. Dabei handelt es sich nicht nur um das Brechen des Gesteins, sondern auch um dessen weitere Verarbeitung; letztere muß an Ort und Stelle vor sich gehen, da wir es mit einem Gewichtsverlust- oder Grobmaterial[2]) zu tun haben, einem Material, das durch die Bearbeitung an Gewicht verliert; es geht nicht vollkommen in das neue Erzeugnis über, sondern hinterläßt Abfälle, ohne welche es dann bedeutend billiger an seinen Bestimmungsort gelangen kann. Bei solchen Materialien[3]) muß „notwendig der Produktions-

[1]) Geologische Erläuterungen Marienberg S. 8/9.
[2]) Geologische Erläuterungen Rennerod S. 4.
[3]) Weber. Ueber den Standort der Industrien S. 69/51.

platz in irgend einer Beziehung zum Lager orientiert sein", er kann sogar, wie hier, bis an dasselbe herangezogen werden. So ist es denn möglich, einen der wichtigsten „generellen Standortsfaktoren"[1]) für eine Industrie, die Transportkosten, um ein beträchtliches zu reduzieren, freilich wie wir bald erkennen werden, noch lange nicht in genügender Weise. Diese Bearbeitung bietet auch einer größeren Anzahl von Arbeitern, die sonst nach auswärts wandern und fern von der Familie ihr Brot verdienen müßten, Beschäftigung, und zwar lohnende Beschäftigung; die Bezahlung ist ja je nach der dem Einzelnen aufgetragenen Arbeit eine verschiedene, doch kann man 50 Pfg. pro Mann und Arbeitsstunde als die durchschnittliche annehmen[2]). Diese Löhne sind jedenfalls höher[3]) als die in den benachbarten Bruchgebieten gezahlten. Der Oberwesterwaldkreis hat auch schon früh die Bedeutung der Steinindustrie für seine Eingesessenen erkannt und bemüht sich daher, dem Nachwuchs seiner Bevölkerung, der später hier Verdienst suchen will, die Möglichkeit zum Aufrücken in höhere, besser entlohnte Stellen zu geben; in der Marienberger Gewerbeschule ist eine besondere Klasse für „Lernanfänger in die Steinindustrie" errichtet, in der die Besucher außer dem Unterricht in den allgemeinen Fächern auch in theoretischer und praktischer Hinsicht für ihren späteren Beruf vorgebildet werden. Endlich aber sind die bestehenden Basaltbrüche für die einzelnen Gemeinden von nicht zu unterschätzender Bedeutung und die Erschließung neuer wird deshalb von dieser Seite sehr gern gesehen. Die kleinen Gemeinden sind ja in der Regel wenig kapitalkräftig und müssen, um ihre Pflichten zu erfüllen, Umlagen erheben, die nicht selten 200, 250 und 300 Prozent übersteigen. Wo Wald vorhanden ist, bildete bisher die Jagdpacht im allgemeinen ihre Haupteinnahme; von der Fischerei hatten sie bisher

[1]) Weber I, a. a. O. S. 64/62.
[2]) Auskunft.
[3]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis S. 50.

keinen nennenswerten Nutzen, sondern nur Lasten; schon in ihrem eigenen Interesse waren sie verpflichtet, das Bachbett in Ordnung zu halten, während die Pacht als Erlös aus einem alten landesherrlichen Regal dem Fiskus zufiel. Zwar[1]) tauchte in letzter Zeit mehrmals der Gedanke auf, dieses Vorrecht abzulösen, doch konnten sich beide Parteien nicht über die Ablösungssumme einigen; während die Gemeinden bereit waren, den wirklichen Wert zu kapitalisieren, verlangte der Staat dies von dem Liebhaberwert. Bisher ist in einem konkreten Falle[2]) von den Gerichten zu Gunsten des Gemeindevorschlages entschieden worden. Nun befinden sich die Basaltvorkommen in einer Gemarkung in der Regel im Besitze der Gemeinden und müssen, wenn ihre Erschließung beabsichtigt ist, von diesen pachtweise erworben werden; die Verpächterin bezieht dann gewöhnlich außer der festgesetzten Pacht noch eine gewisse Summe für Haldenmiete und stets einen angemessenen Prozentsatz des für die abgesetzten Gesteinsmengen erzielten Erlöses, sodaß die Einnahme sich vielfach jährlich auf mehrere tausend Mark beläuft. Daher ist es nicht zuviel gesagt, wenn Gräfe[3]) im Reichstag äußerte, daß es eine Anzahl von Gemeinden gäbe, „die mit der Steinindustrie stehen und fallen".

Was nun die Verwendung der Gesteinsmaterialien anbelangt, so ist diese, wegen des geringen Gehaltes der Produkte an leicht in Verwitterung übergehendem Feldspat, eine recht mannigfache; aus dem Säulenbasalt entstehen, abgesehen von seiner Benutzung zur Ausmauerung von Rollen in den Bergwerken, je nach seinem Umfang schwere oder leichte Senksteine; sie dienen zum Bau von inländischen Hafenanlagen, sind jedoch auch in anderen Küstenländern wie Holland, Belgien und England sehr gesucht[4]); außerdem benutzt man sie noch als Grenz- und

[1]) Auskunft.
[2]) Jahresbericht der Landwirtschaftskammer, a. a. O.
[3]) Reichstagsbericht 1. April 1911.
[4]) Eingabe 1911.

Abweisstein[1]). Aus den festen Basaltkonglomeraten entstehen Werksteine, und aus dem Plattenbasalt sowie den Findlingsblöcken werden, je nachdem sich ihre Form dazu eignet, als umfangreichstes Erzeugnis die Wasserbausteine, als hochwertigstes aber, weil sich in ihm die meiste Arbeitskraft verkörpert, die Großpflastersteine hergestellt; das Kleinpflaster[2]) stellt sich schon nicht so teuer und wird als billiges Pflaster für Landstraßen gebraucht. Dann folgen Gesteinsmaterialien von geringerem Umfang, die gegenüber dem Großpflaster die Stelle von Abfallprodukten einnehmen; durchschnittlich 10—15 cm umfassen[3]) die meist aus minderwertigem Material hergestellten Packlagesteine, die Grundlage der Decken beim Neubau von Straßen; von 4—7 cm haben wir dann Grobschrot und von 5—3 cm Feinschrot, die beide vornehmlich zum Bewerfen von Kunststraßen, sowie neuerdings auch in größerem Umfange zur Unterbettung von Schienen dienen. Noch bis vor wenigen Jahren[4]) verwandte ein großer Teil der rheinischen Staatseisenbahnen für seine Bahngleise, wie noch heute die Kleinbahnen, Kies; es geschah aus Gründen der Billigkeit, ohne dabei aber genügend zu berücksichtigen, daß solche Materialien viel häufiger erneuert werden müssen; den Uebergang zum basaltischen Gestein erzwang dann die allmählich zunehmende Belastung und die größer werdende Schnelligkeit[5]) der Verkehrsmittel, für die ein widerstandsfähigerer Untergrund geschaffen werden mußte; kleiner noch als Schrot sind die beiden Splittarten, der 2—3 cm große Grobsplitt[6]) und der Feinsplitt von 1—2 cm Umfang; aus ihnen werden künstliche Steine hergestellt, neben Beton das in den letzten Jahren als eine Erfindung der rheinischen Brüche[5])

[1]) Geologische Erläuterungen Rennerod S. 9.
[2]) Handelskammerbericht Limburg S. 30.
[3]) Handbuch II, a. a. O. S. 182.
[4]) Eingabe 1911.
[5]) Zeitschrift für die Steinbruchsberufsgenossenschaft 1911, S. 209.
[6]) Handbuch a. a. O. S. 182.

in den Handel gebrachte Basaltin; es besitzt Plattenform und hat, wegen seiner Biegfestigkeit besonders geschätzt, schon auf ungefähr 150 Bahnhöfen Verwendung gefunden[1]). Gesteinsmaterialien von noch geringerem Umfang sind Gruß und Sand. Schotter, Splitt, Gruß und Sand werden in den sogen. Schotterwerken hergestellt, die aber nur in unmittelbarer Nähe der Bahn errichtet werden können, damit die Produkte, bei denen ihres geringen Wertes wegen jede verteuernde Vorfracht nach Möglichkeit ausgeschaltet werden muß, sofort in den Wagen gestürzt werden können; dabei ist Bahnanschluß in den meisten Fällen vorhanden, nur einige Brüche, die bis zur nächsten Bahnstelle eine Achsfracht von 20 Mk. zu tragen haben[2]), glauben darauf verzichten zu können.

Nach der Statistik Sektion 5 der Steinbruchsberufsgenossenschaft, der die Betriebe des hohen Westerwaldes angehören, sind in den letzten Jahren folgende Löhne gezahlt worden[3])

1905	Mk. 19761471	1906	22753350	+	2991379
1907	25361969	1908	23392801	—	1969168
1909	22779904	1910	24570758	+	1790854
1911	27218948	1912	28069156	+	1850208

Daraus ist zu ersehen, daß auch die Basaltindustrie in eine jener Krisen, die unser Wirtschaftsleben zuweilen heimsuchen, verwickelt war, und zwar im Jahre 1908, wo die Löhne um 1969168 Mk. sanken, und im Jahre 1910 noch nicht wieder die alte Höhe erreicht hatten. Um nun solche Störung, wenigstens soweit sie durch Streitigkeiten zwischen einzelnen Werken des heimischen Bezirks hervorgerufen werden können, nach Möglichkeit auszuschalten und daneben auch für die gesamte Westerwälder Basaltindustrie durch gemeinsames Vorgehen günstigere Produktionsbedingungen zu erlangen, haben sich die Brüche zu einem Verband zusammengeschlossen; in ihm

[1]) Zeitschrift für die Steinbruchsberufsgenossenschaft, 1911, S. 209.
[2]) Auskunft.
[3]) Zeitschrift f. d. St. a. a. O., 1907, 1909, 1911 und 1913.

richtet sich [1]) die Zahl der einem jeden Mitglied zustehenden Stimmen, was besonders bemerkenswert ist, nach der Höhe der im vergangenen Jahre nachgewiesenermaßen gezahlten Löhne; auf jede angefangenen 25000 Mk. entfällt bis zum Höchstbetrage von 100000 Mk. eine Stimme, von da ab bis 500000 Mk. auf jede begonnenen 500000 Mk. eine weitere; von 500000 Mk. bis zu 1 Million ist nur für jede angefangenen 75000 Mk. noch eine Zusatzstimme zu erlangen und darüber hinaus für je 100000 Mk.

Aber nicht die innere Konkurrenz galt es im Jahre 1908 zu bekämpfen, sondern zwei äußere, die schwedische und die rheinische, die zu verdrängen bis heute noch nicht gelungen ist. Wenden wir uns nun zuerst der schwedischen Bruchindustrie zu; sie ist in allen generellen Standortsfaktoren, die sich aus Transportkosten, Arbeitskosten und Grundrente zusammensetzen [2]), besser orientiert als jede deutsche. Eine bessere Orientierung aber bedeutet „Kostenvorteile“ [2]), bedeutet ein Arbeiten unter günstigeren Bedingungen, eine Ueberlegenheit im Konkurrenzkampf; dies wird auch der Grund dazu gewesen sein, daß sich eine Reihe deutscher Firmen dieser Art direkt in Schweden niedergelassen hat [3]). Die Grundrente ist dort insofern vorteilhafter, als die Bodenpreise sich niedriger stellen und es keiner umfangreichen Haldenfläche bedarf, um nicht zu verwendende Abfälle aufzuspeichern [4]); dieselben können in den meisten Fällen unmittelbar ins Meer gestürzt werden. Auch sind die Arbeitslöhne nicht so hoch wie bei uns und vor allem die sozialen Lasten geringer; hinzu tritt noch eine Minderung der Gestehungskosten dadurch, daß jedes vorerst zu beseitigende Deckgebirge fehlt. Endlich sind auch die auf beiden Seiten zu tragenden Frachten allzu verschieden; während für Deutschland hauptsächlich der Eisenbahntransport in Frage kommt, vermag sein Konkurrenzland

[1]) Satzungen § 16.
[2]) Weber I, a. a. O. S. 18/24.
[3]) Reichstagsbericht 1911, S. 6069.
[4]) Zeitschrift f. d. St. a. a. O. 1911, S. 96.

die Produkte vom Ursprungsort bis zur Konsumtionsstätte fast durchweg auf dem für längere Strecken erheblich billigeren[1]) Wasserwege zu befördern. Am klarsten tritt der Unterschied dann zu Tage, wenn wir die bei der Lieferung nach ein und derselben deutschen Stadt, etwa Stuttgart, entstehenden Unkosten beider Konkurrenten gegenüberstellen; dieselben belaufen sich von Schweden aus einschließlich der Umladung in Mannheim nur auf 3,— Mk. mehr, als für dieselbe Menge von dem Orte Kamberg in Baden. Dieser Unterschied aber wird durch die Preispolitik Schwedens wieder ausgeglichen; seine Preise sind für Lieferungen nach Deutschland nicht überall gleich, sondern es sind Kampfpreise; die näher gelegenen Städte wie Hamburg, Bremen und Lübeck müssen ihre Pflastersteine teurer bezahlen wie das Binnenland, wobei aber trotzdem die Forderungen noch immer so niedrig gesetzt sind, daß das deutsche Fabrikat ausgeschaltet wird; so ermöglichen es die deutschen Abnehmer der fremden Industrie erst, die unsere erfolgreich zu bekämpfen und bis tief hinein nach Bayern und Baden den Markt zu beherrschen. In Norddeutschland wurden beispielsweise für den cbm schwedischer Pflastersteine 71 Mk. gefordert zu einer Zeit, in der man für die gleiche Menge und die gleiche Qualität in Frankfurt am Main nur 50 Mk. verlangte[2]). Wenn sich nun im allgemeinen, wo die Lebenshaltung eine teurere wird und die Lasten steigen, auch in der Industrie eine Tendenz zur Preiserhöhung bemerkbar zu machen pflegt, ist sie doch hier ausgeschlossen, da Schweden tonangebend ist und die Preise seiner Erzeugnisse nicht nur nicht steigen, sondern sogar ständig fallen; 1888[3]) zahlte man für von dort bezogenes Material frei Berlin 15,35 Mk., 1911 dagegen nur noch 8,— Mk., und für erstklassiges Magdeburger Format 7,42 Mk. gegen 12,— Mk. in früheren Jahren. Dabei ist es natürlich

[1]) Ulrich I, Staffeltarife und Wasserstraßen, 1894, S. 60.
[2]) Zeitschrift f. d. St., a. a. O. 1911, S. 54.
[3]) Reichstagsbericht a. a. O. 1911, S. 60/88.

nicht zu verwundern, daß eine Reihe deutscher Städte, es seien nur Remscheid, Linden, Schleswig und Groß-Lichterfelde[1]) erwähnt, eben beeinflußt durch die geringeren Kosten, fremdes Material vorziehen und dessen Benutzung beim Ausschreiben von Pflasterungen ausdrücklich vorsehen. Wenig erfreulich ist auch die Feststellung, daß deutsche Staatsbehörden solchen Erwägungen zugänglich waren und z. B. für die Docks in Kiel fremdes Material bevorzugten[2]). Auf den festen Absatz Schwedens in Deutschland ist es auch zurückzuführen, daß in dem wirtschaftlich so ungünstigen Jahre 1907/1908, in dem die gleichartigen deutschen Werke[3]) höchstens 75 Prozent ihrer Erzeugnisse abzusetzen vermochten, die schwedische Lieferung nur um 7 Prozent zurückging; von diesem kleinen Rückschlag hat sie sich dann aber schnell erholt und die Einfuhr schwedischer Pflastersteine ist von da ab ständig gestiegen; sie belief sich im Jahre 1910[4]) auf 4284760, 1911 auf 4685806 und 1912 auf 4993664 t mit einem Wert von 4307000, 7732000 und 8429000 Mk. Demgegenüber betrug in der fraglichen Zeit die Gesamtpflastersteineinfuhr nach Deutschland — es waren an ihr noch Belgien, Dänemark, Norwegen und Oesterreich-Ungarn beteiligt — nur 5132482, 5425886 und 5615967 t.

Nun hatte man die deutschen Steinbrüche im Jahre 1902 durch einen Tarif, der auf alle Pflastersteine einen Zoll in Höhe von 40 Mk. für jede 10000 kg[5]) vorsah, zu schützen gewußt; der Handelsvertrag mit Belgien veranlaßte später seine Ermäßigung auf die Hälfte, bis dann im Jahre 1906 der Zollschutz gegen Schweden gänzlich fallen mußte. Seine Wirkung war keine schlechte gewesen, wie wir schon daraus ersehen können, daß in den vier Monaten des Jahres 1906, in denen er noch bestand,

---

[1]) Zeitschrift f. d. St., a. a. O. 1913, S. 19, 46, 192.
[2]) Reichstagsbericht a. a. O. 1911, 146. Sitzung (Stresemann).
[3]) Zeitschrift f. d. St., a. a. O. S. 78.
[4]) Reichsstatistik.
[5]) Reichstagsbericht 1911, S. 6070.

die Einfuhr Schwedens in dem fraglichen Artikel um 70% [1]) geringer war als nach seiner Beseitigung. Nun versuchte man diesen Schutz 1906 und, da sich die Anstrengungen damals als vergeblich erwiesen hatten, besonders im Jahre 1911, als der schwedische Handelsvertrag wiederum abgelaufen war, zurückzuerlangen. Aus allen Gegenden des Reiches [2]) liefen Klagen über die schwedische Konkurrenz ein, deren sich die deutschen Brüche nicht zu erwehren vermochten, Klagen, die, da sie von Norden und Süden sowohl wie aus dem Westen kamen, vermuten ließen, daß der Notschrei nicht unbegründet war; die Notwendigkeit aber, die Basaltindustrie wenn eben möglich zu unterstützen, tritt am klarsten zu Tage, wenn wir uns vor Augen halten, daß gerade sie wegen der Vorkommen ihrer Rohmaterialien vor allem dazu berufen zu sein scheint, den landwirtschaftlich weniger begnadeten Gebieten des deutschen Reiches den notwendigen Nebenerwerb zu gewähren. Von der Eifel [3]) über den Westerwald und das bergische Land zur Pfalz und zum Odenwald über den Vogelsberg und die Gebirge in Sachsen bis hinab nach Schlesien erstrecken sich die Lagerstätten. Nun war, als man merkte, auf welche Schwierigkeiten die Wiedereinführung des Zolles stoßen würde, von einem solchen in der früheren Höhe keine Rede mehr; man erstrebte nur entsprechend dem Vertrag mit Belgien auch gegenüber Schweden einen solchen von 20 Mk., angeblich, um das in schwedischen Brüchen investierte deutsche Kapital durch Unterbindung der Einfuhr nicht zu schädigen, sondern nur für den Wettbewerb beider Gesteine möglichst gleiche Bedingungen zu schaffen. So hoffte man wohl trotz der Konkurrenz der besser orientierten fremden Industrie auch der gleichartigen deutschen innerhalb des eigenen Landes einen optimalen Platz zu schaffen [4]); der

[1]) Reichstagsbericht 1911, S. 5400.
[2]) Reichstagsbericht 1911, S. 6069.
[3]) Reichstagsbericht 1911, S. 6079.
[4]) Weber II. Die Standortslehre u. die Handelspolitik, a. a. O., S. 686.

durch den Zoll bewirkte einseitige Preisaufschlag sollte eine Annäherung der Kostenkompressionen hervorrufen. Theoretisch ließ sich dies ja ausdenken, ob es aber auch in Wirklichkeit so gekommen wäre, scheint mir angesichts der Preispolitik Schwedens zweifelhaft. Außerdem wurde noch vorgeschlagen, die Einfuhr von Pflastersteinen zu kontingentieren [1]), doch war dies ohne erhebliche Schwierigkeiten nicht möglich, weil Oesterreich-Ungarn in seinem Handelsvertrag die freie Einfuhr von 350000 Dz. zugesichert war und dies Schweden insofern zu gute kam, als es zu den meist begünstigten Ländern zählt.

Nun darf man aber bei dem Abschluß von Handelsverträgen nicht einseitig vorgehen und einzelne Interessen, die Wünsche eines einzigen Industriezweiges allein berücksichtigen; es muß vielmehr erwogen werden, wodurch der größere Nachteil entsteht, durch Gewähren des Zolles oder durch sein Versagen; lediglich danach ist zu handeln, die Interessen der Gesamtheit sind denen Einzelner unbedingt vorzuziehen. Hier standen nun den Bestrebungen der Pflastersteinindustrie die einer Menge anderer Erwerbszweige gegenüber, denen daran lag, daß der erstrebte Zoll vermieden werde. „Fragen Sie den größten Teil des Ostens", meinte Kämpf [1]), „fragen Sie die großen Städte, fragen Sie die Reedereien, ja fragen Sie vielleicht auch die Landwirtschaft, wie sie dazu steht. Die Landwirtschaft exportiert Getreide in Mengen nach Skandinavien und Rückfrachten bekommt man in Pflastersteinen." Damit sind gleich verschiedene Gegner des Zolles angeführt; weshalb die Landwirtschaft zu ihnen gehört, ist schon klargelegt; die Städte aber gehen allmählich doch immer mehr dazu über, an Stelle der Pflastersteine Asphalt zu setzen und je teurer die Steine werden, desto schneller wird sich diese Wendung vollziehen. Einer solchen Ansicht huldigte auch die Regierung [2]) in ihrem Bericht über

[1]) Reichstagsbericht 1911, S. 6077.
[2]) Zeitschrift f. d. St., a. a. O. 1911, S. 132.

das Für und Wider des Zolles und glaubte durch Versagen des letzteren die Interessen der sonst brotlos werdenden Pflasterer am besten vertreten zu haben. Was nun endlich die Reedereien anbetrifft, so ist es hauptsächlich die Segelschiffahrt, die hier in Betracht kommt; sie befindet sich ohnehin schon in einer wenig beneidenswerten Lage. Am meisten aber wird doch die schwedische Drohung, für den Fall, daß die Steinmaterialien geschützt werden sollten, mit einem Ausfuhrzoll auf Eisenerze zu antworten, gewirkt haben. Wir sind heute nicht nur das am meisten Eisen produzierende Land des Kontinents[1]), sondern auch bisher das an Eisenerzen reichste; der Erzgrubenverband[2]) erklärte damals, daß der deutsche Bergbau sehr wohl, was Qualität als auch Quantität anbelange, wohl in der Lage sei, den Inlandsbedarf zu decken. Unter den jetzigen Verhältnissen ist es aber nicht möglich, alle Lagerstätten auszubeuten und uns so wenigstens in dieser Hinsicht vom Auslande unabhängig zu machen. Vor allem liegt dies daran, daß Deutschland noch nicht in genügender Weise kanalisiert ist, um die Verbindung von Erzen und Kohlen in wünschenswertem Maße zu ermöglichen und daß, wohl deshalb, die Eisenbahnfrachten bei uns noch zu hoch sind. Im Jahre 1911 wurde z. B. darüber geklagt, daß Erztransporte aus dem Gießener Bezirk einem Frachtsatz von 1,25 Pfg. für die t unterlagen, während die gleiche Menge französischer Minette für einen Pfg. befördert wurde[3]). So müssen wir denn heute fast aus der ganzen Welt[4]) unsern Eisenstein beziehen und gerade Schweden ist bisher einer unserer Hauptlieferanten; die spanischen Erze sind ja durchaus gleichwertig, was in den Lagern den Steinindustrie den Anlaß zu der Behauptung gab, Deutschland könne in ihnen vollen Ersatz[5]) für die

[1]) Reichstagsbericht 1911, S. 6088.
[2]) Reichstagsbericht 1911, S. 6079.
[3]) Reichstagsbericht 1911, S. 7346.
[4]) Reichsstatistik.
[5]) Zeitschrift f. d. St., a. a. O. 1911, S. 143/44.

schwedischen finden. Gewiß werden auch diese Erze in vollem Umfang in Deutschland verhüttet, und zwar wandert fast die gesamte spanische Einfuhr in den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk[1]), aber abgesehen davon, daß die Lager, soweit sie sich in der Nähe des Meeres befinden, bald erschöpft sein werden, kommt ihr Eisenstein auch für Deutschland bisher weniger in Frage, weil er phosphorfrei resp. phosphorarm ist und so eher für das englische Verhüttungsverfahren taugt; im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk wurden aus ihm 1908 nur ca. 24,02 % aller Roheisensorten erblasen. Die eigene Förderung des Ruhrkohlenbezirkes ist aber nur gering und vermag nicht einal ½ % des Bedarfs zu decken, 21 liefert dann noch der Deutsch-Luxemburger Minettebezirk und 10—11 % das Lahn-, Dill- und Sieggebiet. Dieser Rheinisch-Westfälische Bezirk ist daher heute der deutsche Hauptabnehmer für schwedische Erze; er bezieht sie aus den nordbottnischen oder lappländischen Lagerstätten von Kiruna und Gellivare. Mit diesen Bergwerken und der Gransberggesellschaft hat nun der schwedische Staat einen bis 1932 laufenden Vertrag abgeschlossen, durch den ihm bis zum genannten Jahre das Erwerbsrecht, von dem er dann, wie es scheint, Gebrauch machen wird, zusteht; auch besitzt er das Recht, die Art und Menge der Produktion zu bestimmen und hat sogar der Gransberggesellschaft die Ausfuhr der sogen. A-Erze — es sind dies die gehaltreichsten — verboten. Damit war in Deutschland die Frage aufgerollt, ob Schweden sich vielleicht entschließen werde, seine Erze im eignen Lande vollständig zu verhütten, doch wird dies vor der Hand nicht zu befürchten sein. Einmal sind die klimatischen Verhältnisse zu ungünstig[2]), was schon daraus hervorgeht, daß einer der zwei Häfen, die nur für die Ausfuhr in Frage kommen, volle vier bis fünf Monate im Jahr[3]) unzugänglich ist, der andere aber knapp 650 Schiffsladungen

[1]) Stahl und Eisen, 1911, Nr. 12, S. 486 ff.

[2]) Gothein. Der deutsche Außenhandel 1901, S. 263.

[3]) Zeitschrift f. d. St., a. a. O. 1911.

zu fassen vermag; der Transport zu ihnen ist dazu noch durch die Leistungsfähigkeit einer einzigen Bahn, der Ofotenbahn, auf der er sich vollziehen muß, beschränkt, sodaß nach den eigenen Angaben der schwedischen Regierung vorläufig die Ausfuhr mit 5 Millionen t kontingentiert ist. Dabei darf ferner nicht vergessen werden, daß es doch zu riskant wäre, lediglich auf Grund des Außenhandels eine umfangreiche Industrie zu begründen; zuerst muß ein genügender Inlandkonsum vorhanden sein, der aber bei der geringen Bevölkerungsdichte Schwedens kaum zu erwarten ist. Hinzu tritt noch der Mangel an Kokskohlen[1]); ein elektrisches Reduktionsverfahren, das ihn beseitigen sollte, scheint bisher noch nicht über die Laboratoriumsversuche herausgekommen zu sein. Wenn nun endlich von Seiten der Pflastersteininteressenten eingeworfen wird, die Eisenindustrie werde durch die Einführung eines schwedischen Ausfuhrzolles schon aus dem Grunde nicht leiden[2]), weil die deutschen Firmen mit ihren Lieferanten ja langfristige Lieferungsverträge abgeschlossen hätten, so ist dem doch entgegenzuhalten, daß Voraussetzung für die Geltung der Verträge[3]) unter gewissen Bedingungen das Fehlen eines Ausfuhrzolles ist; die Frage des Ausfuhrzolles ist, zumal da auch gerade der schwedischen Erze wegen innerhalb des deutschen Reiches, jegliches Materialprinzip, wie es z. B. Grunzel in die Worte faßt „Das Eisen geht zur Kohle“[4]) scheinbar gänzlich außer Acht lassend, schon verschiedene Hochofenwerke in der Nähe des Meeres entstanden sind, und zwar in Emden, Lübeck, an der Weser und bei Stettin[5]), garnicht so nebensächlich, wie sie die Gegenpartei hinstellen möchte. Zwar meint Krupp[3]), daß „die Eisenindustrie vorläufig mit Ruhe der Entwickelung der Dinge entgegensehen“ kann, fügt aber auch

[1]) Zeitschrift f. d. Steinindustrie, a. a. O. 1911, S. 3.
[2]) Zeitschrift f. d. Steinindustrie, a. a. O. 1911, S. 133, 237.
[3]) Stahl und Eisen, 1911, Nr. 12, S. 486 ff.
[4]) Grunzel I, a. a. O. S. 102.
[5]) Reichstagsbericht 1911, S 1370.

hinzu, daß die Werke gut daran tun werden, umfassende Vorbereitungen zu treffen, um sich nötigenfalls von dem schwedischen Bezug unabhängig zu machen. Wenn so auch die Eisenerzfrage heute, nach der Erledigung des Handelsvertrages, nicht mehr so brennend ist, so war sie es doch damals. Man konnte von unparteiischem Standpunkt aus daher der Regierung nur beistimmen, wenn sie durch ihren Vertreter äußern ließ, daß der Eisenindustrie in erster Linie ihr Bezug von Erzen sichergestellt werden müsse[1]). „Am Eisen entscheidet sich unsere Zukunft. Die wirtschaftlichen Entscheidungsschlachten der modernen Völker werden nicht in Porzellan und Holz, nicht in Fleisch und Getreide, nicht in Wolle und Baumwolle, sondern in Eisen geschlagen“[2]).

Doch diese Pflastersteinkalamität war für die Westerwälder Brüche nicht das einzige, was deren Notlage hervorrief. Wenn Pflastersteine auch noch in beschränktem Umfange, allerdings mit sich ständig minderndem Nutzen — die Preise für Großpflaster fielen von 155 Mk. im Jahre 1907 auf 145 Mk. im Jahre 1908, 130 1909 und 1910 128 Mk.[3]) — abzusetzen waren, so hatten sie doch dazu die Kosten für die Abfallprodukte zu tragen, die, wie auch Senksteine, nicht mehr befördert werden konnten; Abfälle aber entstehen bei der Herstellung von Pflastersteinen in größerem Maßstabe, da zu ihnen nur durchschnittlich $^1/_{10}$ des gebrochenen Materials benutzt werden kann. Alles andere, für das die Umgebung im Höchstfalle mit $^1/_{20}$ aufnahmefähig ist, und das besser orientierte Brüche, wie z. B. die rheinischen, wegen der nur geringen Vorfracht bis zur Wasserstraße zu Wasserbausteinen oder Schotter verarbeiten können, mußte hier, weil die hohen Transportkosten einen Gewinn nicht zuließen, auf die Halden gestürzt werden; aus wertvollem Material ent-

[1]) Reichstagsbericht 1910, S. 1469.
[2]) Naumann. Neudeutsche Wirtschaftspolitik, 3. Aufl. 1913, S. 96.
[3]) Eingabe 1911.

standen so umfangreiche Schutthalden, dem Unternehmer Zins- und Mietverlust verursachend, den Gemeinden, die davon keine Abgaben bezogen, sowie den Arbeitern ebenfalls nachteilig. Welchen Umfang diese aufgespeicherten Gesteine annahmen, geht daraus hervor, daß bei acht der größten Werke des Westerwaldes allein im ersten Halbjahr 1911, wie eine Umfrage ergab, ungefähr 370000 t Abfall entstanden waren. Die Ungunst der Transportverhältnisse aber erhellt daraus, daß der Kleinschlag nach Cöln vom hohen Westerwald aus rund 28,— Mk. Fracht erforderte, von den rheinischen Brüchen dagegen nur 15,— Mk. Der Verdienst beläuft sich dabei also bei dem für beide Teile gleichen Verkaufspreis von 45 Mk. frei Köln auf der einen Seite auf 30, auf der andern aber nur auf 17,— Mk. Da nun die Arbeitsbedingungen hier im großen Ganzen die gleichen sind, so gaben die Transportkostenzuschläge den Ausschlag; sie bewirkten, daß die als Aktiengesellschaft gegründeten Brüche des hohen Westerwaldes damals das investierte Kapital durchschnittlich mit nur 2 % verzinsen konnten. Auf der andern Seite aber mußte sich die Industrie für die Verluste nach Möglichkeit schadlos halten und so ist es nicht zu verwundern, wenn es zu Betriebseinschränkungen und Lohnkürzungen kam; diese aber sind gewöhnlich nur eine Vorstufe der Arbeiterentlassung, zu der man dann auch bald greifen mußte; allein in den Brüchen bei Marienberg wurde damals 95 Mann gekündigt.

Unter den obwaltenden Umständen tauchte ernsthaft die Frage auf, ob es nicht besser sei, während des Winters den Betrieb überhaupt ganz einzustellen[1]), eine Frage, welche auch heute wieder brennend geworden ist durch eine Maßnahme der Eisenbahnverwaltung, die darauf hinausläuft, den Wagenmangel zu beseitigen. Der Wagenmangel ist ja von jeher ein Schmerzenskind der Industrie; die Eisenbahnverwaltung vermag die angeforderte Zahl

[1]) Reichstagsbericht 1913, S. 6082.

Wagen nicht zu stellen und der betreffende Industriezweig kann sein täglich produziertes Quantum nicht absetzen. Daß eine solche Erscheinung manchmal Zustände recht ernsthaften Charakters hervorrufen kann, zeigte sich noch im Jahre 1907[1]) im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Die Arbeiter wurden kurz vor der Einfahrt wieder nach Hause geschickt, Feierschichten wurden eingelegt und der Lohn entsprechend verkürzt. Dadurch entstand eine derartige Unruhe in der Belegschaft, daß es nur eines kleinen Anstoßes bedurft hätte, um die Leute zu unüberlegten Schritten, wie schon im Jahre vorher, hinzureißen. Man wußte sich nicht anders zu helfen, als ohne Rücksicht auf Mehrkosten und Wertminderung, die ein längeres Lagern mit sich bringen muß, einen erheblichen Prozentsatz der Förderung aufzustapeln. In der Steinindustrie äußert sich der Wagenmangel ähnlich. In den Sommermonaten kommt er ja weniger zur Geltung[2]), aber kaum hat der Winter begonnen, so setzt er mit aller Schärfe ein. Allein in den Monaten Oktober und November 1912 betrug der Ausfall der zu stellenden Wagen 38 %. Den Werken war es nun unmöglich, ihren Verpflichtungen nachzukommen, und sie mußten, da die Abnehmer auf Lieferung drängten, die wegen Nichtinnehaltung des Vertrages festgesetzte Konventionalstrafe zahlen. Daneben aber bringt gerade das Abladen und Aufbauen der Steine um so empfindlichere Verluste mit sich, als sie hauptsächlich in Löhnen bestehen. Die Eisenbahnverwaltung versprach zwar, diesem Uebelstande tunlichst abzuhelfen, doch der Weg, den sie einschlug, war wohl für sie selbst ein bequemer, wenig zufriedenstellend aber für die Industrie, der geholfen werden sollte. Plötzlich stellte sie nämlich[3]), um solchen Verkehrsstockungen vorzubeugen, ihren Bezug an Gesteinsmaterialien vollständig ein und veranlaßte die übrigen Haupt-Abnehmer, dasselbe zu tun. Abgesehen davon,

[1]) Volkswirtschaftl. Chronik 1907, S. 258.
[2]) Handelskammerbericht Limburg 1912, S. 32.
[3]) Handelskammerbericht Siegen 1912, S. 38.

daß eine solche Maßregel schon deshalb eine durchaus unzweckmäßige ist, weil von ihr nur ein einzelner, ohnehin notleidender Industriezweig betroffen wird, würde sie auch bei längerer Dauer nur zur Betriebseinstellung während des Winters führen. Damit aber wäre gerade ein Hauptvorteil der hiesigen Basaltindustrie, während der Wintermonate, wo sich den Dauerndbeschäftigten noch die Saisonarbeiter zugesellen, Erwerbsgelegenheit zu bieten, ausgeschaltet. Nur ein kontinuierlicher Betrieb, auf den die Steinindustrie wie jede andere halten muß, kann für alle Zukunft dem Zug nach auswärts entgegenwirken. Der Wagenmangel muß daher, so schwer es auch sein mag, möglichst bald, und zwar tunlichst unter Vermeidung jeglicher Einseitigkeit behoben werden. Nicht minder wichtig ist es aber, günstigere Transportbedingungen für alle Produkte der Steinindustrie zu schaffen, denn wenn auch von sachverständiger Seite mehrfach betont wurde[1]), daß das Westerwälder Gestein dem schwedischen Granit teils vollkommen gleichwertig, teils sogar überlegen sei, so kommt doch ein solch kleiner Unterschied in der Qualität für Massenprodukte weniger in Betracht; hier sind die Transportkosten, besonders im Kampfe gegen die rheinische Industrie, wo Qualität und Arbeitsbedingungen annähernd die gleichen sind, allein ausschlaggebend. Die Frachtverhältnisse aber günstiger zu gestalten, war um so dringender nötig, als der Zoll ja in unerreichbare Ferne rückte und eine Industrie, die solchen Schutzes dringend bedarf, ihn aber entbehren muß, allein schon dieserhalb bald dem Untergange geweiht sein kann. Weshalb ist denn die einst so bedeutende Eisenindustrie des Fichtelgebirges, die von all den verschiedenen Landesherrn, weil diese ihren Wert erkannt hatten, gehegt und gepflegt wurde, zu Grunde gegangen? Nur, weil, nachdem das Gebiet mit Kommunikationsmitteln umzogen war, Reisende aus anderen deutschen Gegenden, insbesondere

[1]) Reichstagsbericht 1911, S. 6079.

dem Siegerland, das damals noch als Ausland galt, in das Absatzgebiet eindringen und die Waren zu billigeren Preisen anbieten konnten. Hier half auch der anfängliche Widerstand der Bevölkerung, die die Konkurrenzware als „Schund“ bezeichnete, nicht. Der billigere Preis gab schließlich doch den Ausschlag und nun war die Katastrophe nicht mehr abzuwenden. Die Hämmer wurden stillgestellt „die Hochöfen fielen ein, die Bauern führten die Steine weg und von den staatlichen Werken wurden anfangs der sechziger Jahre die schönen Gebäude für billiges Geld versteigert. So endete“, sagt der Bericht, „die Eisengewinnung in einer Gegend, in welcher sie lange viel Segen gebracht hat“ [1]). Der Steinindustrie des Westerwaldes hätte man bald ein ähnliches Grablied singen können, wenn nicht von Seiten der Eisenbahnverwaltung Hilfe gekommen wäre; eine andere war ja nicht mehr möglich, da man die Gestehungskosten schon auf ein Minimum reduziert hatte. Die Eisenbahndirektionen sind nämlich in der Lage, auf Antrag niedrigere Frachtsätze in Form der sogen. Ausnahmetarife zu gewähren, die, einem Bilde „der Vielgestaltigkeit unseres wirtschaftlichen Lebens“ [2]) entsprechend, in großer Zahl bestehen. „Sie sind“, äußerte sich der Minister der öffentlichen Arbeiten am 30. Okt. 1884 [3]) „zu einem großen Teil zur Schonung bestehender Verhältnisse von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung aus älteren Tarifen übernommen oder doch durch abweichende Tarifbildung konkurrierender Bahnen und Wasserstraßen veranlaßt. Außerdem sind neue Ausnahmetarife in solchen Fällen bewilligt worden, in denen wirtschaftliche Interessen des Reiches, des Landes oder einzelner Landesteile eine Ausnahme von der regelmäßigen Tarifpolitik erforderlich machten.“ Der Vorteil solcher Tarife, bei deren Gewährung große Vorsicht walten muß,

[1]) Stahl und Eisen, 1908, S. 1246 ff.

[2]) Ritter. Eine deutsche Eisenbahngemeinschaft? Conrads Jahrbücher, 3. Folge, 46. Bd., 1913, S. 337.

[3]) Elsaß.

damit dadurch nicht andere gleichartige Industrien geschädigt werden, liegt darin, daß sie gewissermaßen eine Korrektur der geographischen Lage darstellen, Produktions- und Konsumtionsort einander näher rücken, den Weg entsprechend den sinkenden Transportkosten verkürzen [1]). Dabei setzt sich aber die Eisenbahnverwaltung durchaus nicht in Nachteil, denn ihre Selbstkosten verringern sich mit zunehmender Entfernung [2]), und da die Absatzfähigkeit eines Gutes [3]) im quadratischen Verhältnis mit der Transportfähigkeit wächst, erhöhen sich dann auch ihre Transporte. Von diesen Ausnahmetarifen, für deren Beliebtheit und Unentbehrlichkeit schon die Feststellung Ulrichs [3]) aus dem Jahre 1894 spricht, wonach auf den preußischen Staatsbahnen — die Preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft bestand damals noch nicht — die Hälfte aller Transporte nach ihnen liefen, wurden der Basaltindustrie die als 5 und 5i bezeichneten gewährt. Unstreitig war dies ein Vorteil, wenn auch die hochwertigen Pflastersteine dadurch billiger tarifiert sind, als geringwertigere Erzeugnisse wie z. B. die Wasserbausteine [4]); gerade die letzteren sind nämlich für die Rentabilität der Westerwälder Brüche von besonderer Bedeutung, da von ihnen sehr viele abfallen, deren Verarbeitung zu Schotter viel zu teuer wird; eine geringe Frachtermäßigung haben sie ja auch erfahren, aber keine den Absatz im großen möglich machende. Diese Ausnahmetarife haben aber auch den Nachteil, daß sie sofort höhere Frachtsätze vorsehen, wenn das Gut für das Ausland bestimmt ist — so kostet ein 10 t-Transport von Westerburg zum Rheinhafen Oberlahnstein 22 Mk. wenn er für das Inland bestimmt ist, dagegen 29 Mk. wenn er über die Grenze geht —[5]), obwohl es doch sinngemäß

[1]) Weber I, a. a. O. S. 36/37.

[2]) Ulrich II. Staatseisenbahnen, Staatswasserstraßen und die deutsche Wirtschaftspolitik, 1898, S. 5.

[3]) Schönberg v. Handbuch d. polit. Oekonomie, 4. Aufl., Bd. 1, S. 553.

[4]) Ulrich II, a. a. O. S. 42.

[5]) Handelskammerbericht Limburg 1913, S. 32.

wäre, gerade die Ausfuhr, wenn einem genügenden Absatz im Inlande Schwierigkeiten entgegenstehen, zu erleichtern; schließlich ist doch die Basaltindustrie für einen großen Teil ihrer Erzeugnisse darauf angewiesen. Greifen wir nur den Kleinschlag heraus; die Hauptabnehmer hierfür sind die Eisenbahnverwaltungen; die meisten Schienenwege aber sind angelegt und auch beschottert, der Bedarf zu ihrer Unterhaltung ist nicht groß und der Absatz nimmt ab; als Ersatz muß die Ausfuhr eintreten, die ja gewöhnlich das Ventil für ungünstige inländische Konjunkturen zu sein pflegt. Um aber billig exportieren zu können, muß zuerst der Wasserweg mit einer möglichst geringen Vorfracht zu erreichen sein, und so gilt es denn, für die Westerwälder Basaltprodukte die kürzeste Bahnverbindung mit dem nächsten Rheinhafen herzustellen.

[1]) Handelskammerbericht Limburg 1911, S. 33.

Zweiter Abschnitt:
Die Erſchließung des hohen Weſterwaldes durch neue Bahnlinien.

Erſtes Kapitel: Die früheren Bahnprojekte.

Einst war der hohe Westerwald eine verkehrsreiche Gegend, über die sich die Haupthandelsstraßen zogen. Vorbei an Kirburg, Hof, Salzburg und Driedorf[1]), der mit einem Packhaus versehenen, durch Burgen geschützten Hauptumschlagstation, lief die Straße von Köln nach Herborn und weiter nach Leipzig; Neukirch und Emmerichenhain bildeten Zollschranken auf dem Wege von Siegen nach Mainz, von dem in Driedorf ein weiterer nach Frankfurt abzweigte. Lange Frachtzüge bewegten sich zu Zeiten der großen Messen hierher, doch allmählich fand der Handel bessere Wege, und als dann die Bahnen das Gebiet ringsum durchzogen, ward es hier gänzlich leer. Eingedenk der alten Zeiten bildete sich dann im Jahre 1862[2]) ein Eisenbahnkomitee zum Bau einer Main—Lahn—Siegbahn. Von Hattersheim war sie über Limburg, dann weiter über den Westerwald zu der seit 1866 bestehenden Strecke Deutz—Gießen projektiert; doch das Komitee vermochte das erforderliche Baukapital nicht zusammenzubringen und trat deshalb, von den lokalen Behörden unterstützt, an den Staat mit der Bitte um umfassende Unterstützung heran; diese mußte aber versagt werden, weil der Plan zu großzügig war; nur zum Bau der kleinen Strecke Limburg—Hadamar zeigte sich die Staatsregierung bereit und diese wurde dann auch durch das Gesetz vom

[1]) Heyn I, a. a. O. S. 248/49.

[2]) Drucksachen des preuß. Abgeordnetenhauses 1880/81, Aktenstück 75.

17. Februar 1868 genehmigt. Im Jahre 1872 gelang es dann der privaten Hessischen Ludwigsbahngesellschaft, begünstigt von der hessischen Regierung, zwei Konzessionen zu erlangen, die eine Bahn Frankfurt—Kamberg—Eschhofen—Limburg—Hadamar—Hachenburg—Troisdorf in Aussicht nahmen; von Hachenburg aus war noch eine Abzweigung vorgesehen, die in Wissen die Deutz—Gießener Bahn erreichen sollte; die Baufrist war auf 2 bezw. 3 Jahre festgesetzt.

Demgegenüber berichtet Heyn[1]) von einem etwas anders verlaufenden Projekt der Hessischen Ludwigsbahngesellschaft aus den siebziger Jahren; nach ihm sollte von der heute hinter Hachenburg liegenden Station Hattert eine Verbindungsbahn nach der an der Deutz—Gießener Strecke gelegenen Station Burbach führen.

Damm- und Tunnelbauten legen noch heute davon Zeugnis ab, daß der Bau der den beiden Plänen gemeinsamen Hauptstrecke in Angriff genommen wurde, ohne allerdings beendet worden zu sein. Heyn[1]) gibt an, daß die Ludwigsbahngesellschaft, wohl eine zu geringe Rentabilität ihrer Linie befürchtend, unter Zahlung einer Konventionalstrafe in Höhe von 600000,— Mk. von dem Bau der Strecke abgesehen habe. Diese Vermutung ist insofern nicht unbegründet, als eine private Gesellschaft ja vor allem auf eine angemessene Verzinsung des investierten Kapitals bedacht sein muß, während dieses Moment bei einer Staatsbahn mehr in den Hintergrund tritt; anzunehmen ist aber, daß die Gesellschaft sich schon bei dem Entwurf des Projektes über die Frage der Verzinsung in genügender Weise orientiert hatte. Annehmbarer scheint mir daher Plenges[2]) Erklärung zu sein, der den Grund für die Einstellung des Baues in der preußischen Eisenbahnpolitik sucht; diese mag tatsächlich die Ludwigsbahngesellschaft in ihrem Entschluß bestärkt haben, da zwischen ihr und den Preußischen Staatsbahnen ein heftiger Konkurrenzkampf

[1]) Heyn I, a. a. O. S. 256.

[2]) Plenge a. a. S. 41.

ausgebrochen war, der erst 1885[1]) mit einer vertraglichen Bindung endete, welche die Vorläuferin des im Jahre 1896[2]) die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft begründenden Vertrages darstellt; durch letzteren ist dann die Ludwigsbahn, die je zur Hälfte über preußisches und hessisches Gebiet führte, ganz verschwunden, beide Staaten kauften sie auf[3]). Nach dem amtlichen Bericht[4]) aber wird die Nichtdurchführung des ersten Projektes mit der finanziell äußerst mißlichen Lage der Gesellschaft begründet; deshalb sah sie sich außer Stande, den Bau innerhalb der festgesetzten Frist auszuführen und stellte den Antrag, entweder den Zeitpunkt solange hinauszuschieben, bis es ihr durch Emission von Aktien möglich geworden sei, sich das notwendige Kapital zu beschaffen, oder aber die Konzession vom 4. Dezember 1873 ab für verfallen zu erklären. Diesen Antrag wiederholte sie später und erklärte sich, gestützt auf den Beschluß ihrer Generalversammlung, falls sie von der Konzession entbunden würde, dazu bereit, gewissermaßen als Reugeld 800000 Mk. zu den Kosten derjenigen Bahn „von untergeordneter Bedeutung“ beizutragen, welche die Preußische Eisenbahnverwaltung von Hadamar aus an Stelle der einst vorgesehenen Vollbahn bauen werde. Nachdem die Regierung die gesamten Verhältnisse einer Prüfung unterzogen hatte, entschloß sie sich, dieses Anerbieten anzunehmen. So schwand denn eins der großzügigsten Projekte früherer Zeiten, doch nicht für immer; heute hat wieder eine lebhafte Bewegung zu seiner Verwirklichung eingesetzt, da man der Ansicht ist, daß auf Grund des jetzigen Verkehrsumfanges, wie auch aus strategischen Gründen eine direkte, stets benutzbare Verbindung zwischen den beiden Handelszentren Köln und Frankfurt oder besser gesagt zwischen Nord- und Süddeutschland, unentbehrlich ist. Die bisher

[1]) Conrad. Volkswirtschaftspolitik 1912, S. 508.
[2]) Conrad a. a. O. S. 508.
[3]) Ritter a. a. O. S. 724.
[4]) Drucksachen a. a. O. 1880/81, Nr. 75.

bestehenden Linien sind alle den Wirkungen des Hochwassers zu sehr ausgesetzt. Noch im Jahre 1909[1]) wurden hier große Verkehrsstockungen hervorgerufen. Auf der rechtsrheinischen Strecke war in Oberlahnstein die Eisenbahnbrücke eingestürzt, sodaß der Verkehr, vor allem nach Bayern, eine Umleitung erfahren mußte. Gerade auf dieser Linie, die s. Zt. von der rheinischen Eisenbahngesellschaft erworben wurde, hat die Eisenbahnverwaltung schon mehrmals recht unliebsame Ueberraschungen erlebt; 1882[1]) sah sie sich z. B. durch Hochwasser veranlaßt, einen großen Teil wasserfrei zu legen und zu Beginn dieses Jahrhunderts ergoß sich ein Schlammstrom von den Höhen bei Ehrenbreitstein über die Gleise, deren Benutzung für längere Zeit unmöglich machend. Das Unglück wäre vollständig gewesen, wenn ebenfalls auf der linksrheinischen Strecke der Verkehr unterbunden worden wäre; schon einmal wurde dort durch den aus seinen Ufern getretenen Brohlbach der Bahndamm zerstört und ein zweites Mal war bei Runkel ein Bergsturz eingetreten. Die dritte Verbindung mit Frankfurt von Köln-Deutz über Gießen war nämlich 1909 schon durch den Einsturz der Eisenbahnbrücken bei Merten und Herchen gestört. Wenn man sich nun heute damit abfinden wollte, daß die neugeschaffene Bahn Linz-Seifen hier Ersatz zu bieten vermöge, so muß demgegenüber doch betont werden, daß hier eine größere Zahnradstrecke eingelegt wurde, auf der nur ganz kurze Züge mit geringer Belastung und Geschwindigkeit verkehren können.

Die Hessische Ludwigsbahn hatte nun, um wieder zu ihr zurückzukehren, ihre finanzielle Unterstützung nur für den Bau einer Westerwaldbahn „von untergeordneter Bedeutung“ zugesagt und die Regierung war auf diesen Vorschlag eingegangen. Es wäre daher vorerst notwendig, diesen Bahnbegriff, der seit 1862[2]) anfangs vereinzelt,

[1]) Kölnische Zeitung 1909, Nr. 200.
[2]) Handbuch a. a. O., Bd. IV, S. 189.

später aber immer häufiger auftaucht, zu erklären. Unsere Eisenbahnen teilen wir ein[1]) in Haupt-, Klein- und Nebenbahnen. Die Hauptbahnen werden im direkten Interesse des gesamten Landes und nicht zuletzt auch des Staates gebaut, der daher die gesamten, bei ihrer Anlage entstehenden Kosten trägt; Kleinbahnen legen meist die örtlichen Verbände an, weil sie einem nur ganz lokalen Verkehr dienen sollen; zeitweise geben Staat oder Provinz zu ihnen Zuschüsse, der erstere jedoch meist nur, wenn eine derartige Entwickelung des Verkehrs zu erwarten ist, daß die Kleinbahn später dem Nebenbahnnetz eingefügt werden kann. In diesen Nebenbahnen, auch Lokalbahnen genannt, haben wir die seitens der Ludwigsbahngesellschaft erwähnten Bahnen „von untergeordneter Bedeutung"; sie sind leichter als die Hauptbahnen gebaut und dienen in erster Linie dazu, von der Natur stiefmütterlich behandelte Landesteile zu erschließen; sie ermöglichen auch den Transport vorhandener Massengüter oder doch einen solchen auf weitere Entfernungen als bisher, denn auf ebenem Schienenwege leistet die gleiche Krafteinheit zwölf mal so viel als auf der Straße und ist zudem noch billiger; die Kraft eines Pferdes transportiert für 1,— Mk. $8^1/_2$ t, wo die Dampfkraft 225 t befördert[2]). — Der Nebenbahnbegriff wurde nun erst im Jahre 1879/80 festgelegt[3]). Damals brachte die Regierung eine Vorlage ein, in der sie, nachdem die Vollbahnen im wesentlichen vorhanden seien, „die Schaffung eines Netzes von Lokalbahnen, die, an die Hauptbahnen anschließend, die Aufgabe haben, die seitwärts der letzteren gelegenen Landesteile dem Verkehr zu erschließen und dadurch die Hauptbahnen sowohl ertragsbringender als auch nutzbarer für den Verkehr und die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes zu gestalten," als die nächste zu erfüllende Aufgabe bezeichnete; „je mehr das Hauptbahnnetz seinem

[1]) Verhandlungen des preuß. Abgeordnetenhauses 1994, S. 5566.
[2]) Grunzel II. System der Verkehrspolitik, 1908, S. 67/68.
[3]) Drucksachen a. a. O. 1879/80, Anlage Nr. 6, S. 260.

Abschlusse entgegengeht", sagte sie, „umsomehr tritt das Bedürfnis in den Vordergrund, auch die seitwärts der Hauptbahnen gelegenen Landesteile, die minder volkreichen Städte, die verkehrsärmeren Gegenden dem Verkehr zu erschließen". Damals nun dienten solche Bahnen noch lediglich dem lokalen Verkehr und man war sich von vornherein darüber klar, daß das spekulative Kapital ihre Anlage weniger als die der Hauptbahnen befruchten werde; die Verzinsung mußte ja notwendiger Weise durchweg eine geringere sein. Es galt deshalb für diesen Ausfall Ersatz zu schaffen, und so schritt die Regierung dazu, die Anlieger, die doch den weitaus größten Nutzen hatten, also Gemeinden und Kreise, mit Beiträgen zu belasten. So ist es noch bis heute geblieben. Je nach ihrer Leistungsfähigkeit müssen die Interessenten z. B. Bahnhöfe bauen, Zufahrtsstraßen anlegen, vor allem aber den zeitweise oder ständig zum Bau der Bahn erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung stellen; in welcher Weise dies geschieht, ob sie denselben erwerben und dem Staat übergeben oder eine von letzterem dafür ausgesetzte Pauschalsumme zahlen, bleibt ihrem freien Ermessen anheimgestellt; nur in den seltensten Fällen kann auf finanzielle Unterstützung durch den Staat, die dann baukilometerweise erfolgt, gerechnet werden. Gerade diese Bedingung, den Grund und Boden unentgeltlich zu stellen, ging aus der durch praktische Erfahrungen des öfteren bestätigten Erwägung hervor, daß der Staat bei solchen Erwerbungen immer höhere Preise, sei es nun bei freiem Verkauf oder bei Abschätzung durch Sachverständige, zahlen muß, als sie gewöhnlich bei freiem Verkehr in Grund und Boden üblich sind. Sodann soll dadurch die Spekulation möglichst ausgeschaltet werden, die ja hier umso eher einsetzen kann, als sich die Trace, durch lokale Verhältnisse bestimmt, in den meisten Fällen im voraus vermuten läßt.

Nun haben sich auch diese Nebenbahnen mit der Zeit entwickelt und zwar ganz anders, als man anfangs

voraussehen konnte. Die ehemals gewählte Bezeichnung paßt deshalb für sie heute nur noch insofern, als dadurch ihre Stellung im allgemeinen Verkehrsnetz bezeichnet wird[1]), während sie wirtschaftlich von nicht zu unterschätzender Bedeutung geworden sind. In mancherlei Hinsicht hat man dem auch mehr und mehr bei ihrer Anlage Rechnung getragen; zuerst wurden die Nebenbahnen von der Straße entfernt und die Bahnübergänge entweder beseitigt oder doch bewacht[2]), die Frage ob Schmal- oder Normalspur ist heute längst zu Gunsten der letzteren gelöst worden, obwohl die erstere anfangs nicht wenig Anhänger zählte; das Spitzbahnensystem, nach dem man früher, wahrscheinlich infolge mangelhafter Entwickelung der Technik, die es nicht gestattete, erhebliche Hindernisse zu überwinden, die Nebenbahnen nur an einem Endpunkte in das Verkehrsnetz einmünden ließ, während der andere frei ins Gelände ragte, ist nur noch ein Notbehelf; auch werden die Strecken jetzt gewöhnlich von Knotenpunkt zu Knotenpunkt gelegt und dadurch ihre Angliederung an das Hauptbahnnetz erleichtert; wenn letztere auch verschiedentlich erfolgt, so bietet sie doch des öfteren, besonders bei den alten Bahnen, noch mancherlei Schwierigkeiten, vor allem finanzieller Art; manchem von den dieserhalb einlaufenden Anträgen muß daher die Genehmigung wegen der entstehenden Kosten versagt werden[3]). Die Tragfähigkeit des Schienenweges selbst und die der Kunstbauten ist nämlich meist zu gering, um einen gesteigerten Verkehr bewältigen zu können; auch ist die Leistungsfähigkeit von Maschinen und Wagen nicht groß genug; die Bahnhöfe sind einer vermehrten Inanspruchnahme nicht gewachsen und zu bedeutende Krümmungen lassen eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit nicht ratsam erscheinen[4]); dazu kommt noch die in früheren Jahren

[1]) Handbuch a. a. O. S. 180.
[2]) Verhandlungen a. a. O. 4. V. 06 (Macco).
[3]) Verhandlungen 1904, S. 5570.
[4]) Grunzel II, a. a. O. S. 85.

so übergroße Verwendung der Tunnels, welche der Einführung eines zweiten Gleises Schwierigkeiten bereitet. Deshalb haben wir es im allgemeinen wohl mit einer Einrichtung zu tun, die mit zur Alimentation der Vollbahnen dienen, von wenigen Ausnahmen jüngerer Zeiten aber abgesehen, diese nicht ersetzen kann. Doch das heute vorherrschende Prinzip, Anfangs- und Endstation möglichst nur in Knotenpunkte zu legen, bringt einerseits ein gewisses Maß von Großzügigkeit in die bisher lediglich auf Grund jahrelanger Agitation zu erreichenden und lediglich lokalen Interessen Rechnung tragenden Nebenbahnanlagen, als auch erwirbt sie den Nebenbahnen, soweit dadurch Abkürzungslinien entstehen, einen größeren Kreis von Interessenten. Die preußische Tarifpolitik tarifiert nämlich die Güter[1]), sofern nicht ein bestimmter Weg ausdrücklich vorgeschrieben ist, nach der kürzesten, zur Empfangsstation führenden Strecke, ganz gleich, ob dieselbe für größere Güterzüge fahrbar ist, oder ob die Güter einen Umweg machen müssen. Vor mehreren Jahren beabsichtigte man allerdings, hier eine Aenderung eintreten zu lassen, und wenn dies geschehen wäre, dann würde sich auch das Interesse für Nebenbahnen merklich in ein solches für leistungsfähigere Güterbahnen, also für Hauptstrecken, umgewandelt haben.

Heute lastet auf so mancher Nebenbahn[1]) der große deutsche, auf einer sogar der internationale Kohlenverkehr, und es mußte natürlich unter den gegen früher gänzlich veränderten Umständen die Frage auftauchen, ob die Belastung der Anlieger, wie sie seit 1879 bestand, noch gerechtfertigt sei. Der Beschluß darüber war gefaßt worden zu einer Zeit, wo noch der Kampf „um die Freiheit der Schiene“[2]) oder deren Verstaatlichung tobte und der Staat mit der Begründung von eigenen Eisenbahnen einen Schritt ins Ungewisse tat, von dem er nicht wußte, ob er Gewinn oder Verlust bringen werde; damals ließ

[1]) Verhandlungen a. a. O. 4. V. 06, Macco.

[2]) Grunzel II, a. a. O. S. 77.

er sich lediglich von wirtschaftlichen Momenten leiten, während[1]) heute, nachdem sich der Versuch als durchaus rentabel erwiesen hat, längst finanzielle an deren Stelle getreten sind. So wurde denn auch in der Session von 1904/5 im Landtag ein Antrag eingebracht[2]), der die Verzinsung und Amortisation der Anliegerbeiträge bezweckte, wenn der Reinertrag einer Nebenbahn 5 % übersteige. Die Budgetkommission, in der schon des öfteren die Entlastung der Interessenten erwogen worden war, stand diesem Vorschlag äußerst sympathisch gegenüber, doch stieß die Verwirklichung auf mancherlei Hindernisse. Einmal wären die ärmeren Gemeinden, denen gerade geholfen werden sollte, dabei doch leer ausgegangen, weil nur wenige und zwar nur die durch die reichsten Bezirke führenden Bahnen eine solche Verzinsung aufzuweisen hatten. Ferner mußte auch erwogen werden, ob die durch die notwendigen Rentabilitätsberechnungen entstehenden Kosten, die von der Regierung auf 10 Millionen geschätzt wurden, zu dem erzielten Resultat wirklich in einem angemessenen Verhältnis stehen würden. Selbst wenn man annehmen konnte, daß die von der Regierung angesetzte Summe zu hoch gegriffen wäre und sich bei alljährlicher Wiederholung derselben Arbeit beträchtlich erniedrigen mußte, waren doch die Erfahrungen Sachsens in dieser Hinsicht recht ungünstige; hier hatte man s. Zt. solche Abrechnungen eingeführt, gab sie aber in Uebereinstimmung mit dem sächsischen Landtag bald wieder wegen der unverhältnismäßig hohen Kosten auf. Daneben bietet auch die Berechnung des Reinertrages einer einzelnen Linie[3]) insofern Schwierigkeiten, als das gesamte Bahnnetz einheitlich verwaltet wird und sich mit Sicherheit deshalb nur die Gesamtrentabilität feststellen läßt. Wenn dem nun entgegengehalten wurde[4]), daß doch z. B. Landwirt-

[1]) Verhandlungen a. a. O. 16. VI. 04, Macco.
[2]) Drucksachen a. a. O. 04/05, Nr. 103.
[3]) Verhandlungen a. a. O. 1904, S. 5566.
[4]) Verhandlungen a. a. O. 1904, S. 5991.

schaft und Industrie ebenfalls für einzelne ihrer Wirtschaftszweige Rentabilitätsberechnungen aufstellen müßten und daß dabei dann, was auch hier geschehen könne, die allgemeinen Wirtschaftskosten einfach schätzungsweise einbezogen würden, so wäre dies hier doch kaum durchzuführen. Eine vollkommen einwandfreie Rechnung muß vorliegen, die aber weder an Hand der verkauften Fahrkarten, da der hierfür gezahlte Preis sich auf der ganzen Strecke vom Anfangs- bis Endpunkt der Fahrt „kilometert“ [1]), noch an Hand der verfrachteten Güter gewonnen werden kann; die letzteren können ja außerdem mit gleichem Rechte der Station des Konsumenten wie der des Produzenten gutgeschrieben werden. Eine genaue Feststellung ist aber unbedingt erforderlich, denn „es handelt sich hier um eine Gesetzesvorschrift, die erlassen werden soll, und wenn diese erlassen wird, dann ist ein Rechtsanspruch da, und wenn ein Rechtsanspruch vorliegt, meine Herren“, begründete der Eisenbahnminister seine ablehnende Stellung diesem Antrage gegenüber, „können wir nicht überschlägliche Berechnungen machen, die nicht durchaus fundiert sind, die nicht wenn der Rechtsanspruch eingeklagt wird, auch vollgültigen Beweis vor dem Richter haben“ [2]). Außerdem würde die Einnahme und damit die Verzinsung keine stets gleiche, sondern eine stark wechselnde sein; verschiedene Gründe, wie u. a. auch der der Wirtschaftlichkeit, können es als geboten erscheinen lassen, den bisherigen Verkehr über eine andere Strecke zu leiten, sodaß die alte nicht mehr die frühere Rentabilität abwirft.

Zweites Kapitel: Das bisherige Eisenbahnnetz.

Mit solchen Nebenbahnen „sicherlich einen der ärmsten, wenn nicht den ärmsten Landesteil“ [3]) zu überziehen, fühlte sich die Regierung schon aus dem Grunde veranlaßt, um

[1]) Verhandlungen a. a. O. 1904, S. 5571.
[2]) Verhandlungen a. a. O. 1904, S. 5994.
[3]) Verhandlungen a. a. O. 1880/81, S. 833.

dadurch von ihm Zustände fernzuhalten, die später — man hatte dafür in Oberschlesien ein warnendes Beispiel[1]) — zu ernster Besorgnis Anlaß geben und dem Lande erhöhte Lasten aufbürden konnten. Nun war ja der Westerwald aus dem Grunde leichter zu erschließen[2]), weil er ringsum von Eisenbahnlinien eingeschlossen war, von denen man nur einzelne Punkte zu verbinden brauchte. Wenn dabei aber mancher die Hoffnung hegte, die preußische Regierung werde wenigstens mit Nebenbahnen den Spuren der Ludwigsbahngesellschaft folgen, so sah er sich darin bitter getäuscht. Vorerst kam hier das Spitzbahnsystem zur Anwendung; man beschloß 1880[3]) einerseits den Bau der Bahn Hadamar—Westerburg, andererseits den einer solchen von Altenkirchen nach Hachenburg. „Aus Zweckmäßigkeitsgründen" sah man damals vom Ausbau der Zwischenstrecke Westerburg—Hachenburg, die über den Kamm des Westerwaldes hätte geführt werden müssen, ab; er sollte von der Verkehrsentwickelung der beiden neugeschaffenen Gleisteile abhängig gemacht werden. Eine befriedigende Verzinsung des Anlagekapitals glaubte die Regierung zwar nicht in Aussicht stellen zu können, dagegen neigte sie zu der Ansicht, daß sich infolge der in reichem Maße vorhandenen Bodenschätze bald ein reger Verkehr entwickeln werde, geeignet, die wirtschaftliche Lage des bisher gänzlich abgeschlossenen Gebietes zu heben; dieselbe war augenblicklich allerdings noch derart, daß die maßgebenden Stellen die Unmöglichkeit einsahen, den Adjazenten die volle Last des Grundstückserwerbs aufzubürden, und sich infolgedessen entschlossen, mit einem Drittel derselben die Regierung zu belasten. Bald aber zeigte sich, daß die beiden kurzen, nicht zusammenhängenden Strecken durchaus ungenügend waren, daß sie durch eine direkte Verbindungslinie Hachenburg—Westerburg zu einer einzigen

[1]) Verhandlungen a. a. O. 1880/81, S. 831.
[2]) Verhandlungen a. a. O. 1880/81, S. 828.
[3]) Drucksachen a. a. O. 1880, Anlage 75.

verschmolzen werden mußten. Dadurch wurde erst der wirklich ärmste Teil des Westerwaldes, der hohe Westerwald, der bisher über überhaupt keine Bahnstation verfügte, dem großen Verkehr näher gebracht. Ein Gesetz von 1882[1]) genehmigte denn auch den Bau dieser 21,5 km langen Strecke, deren Anlagekosten auf 2226000 Mk. veranschlagt wurden; 130000 Mk. von ihnen entfielen auf die Grunderwerbskosten und die Regierung erklärte sich bereit, hierzu einen Zuschuß von 65000 Mk., also der Hälfte, zu leisten. Der hohe Westerwald erhielt auf diese Weise vier Bahnstationen: Korb, Erbach, Rotzenhahn und Langenhahn, die auch für lange Zeit die einzigen geblieben sind. Im folgenden Jahre wurde nur noch von Altenkirchen aus der Anschluß dieser Linie an die Bahn Deutz—Gießen in deren Station Au durch den Bau einer weiteren Nebenbahn Altenkirchen—Au hergestellt. In den Westerwald hineinragend, den hohen Westerwald aber nicht erreichend, besteht daneben noch eine Stichbahn, ausgehend von Betzdorf, einem Knotenpunkt der Linie Deutz—Gießen, und endend in Daaden als Kopfstation; an ihr hatte sich eine umfangreiche Bergbau- und Hüttenindustrie entwickelt, die aber heute teils schon erlegen, teils im Erliegen begriffen ist; die Gründe hierfür sind mannigfacher Art und der Umstand, daß die Hütten, wie die meisten im Siegerlande, als Familienhütten entstanden, mit der neuzeitlichen Entwickelung, die ihre Industrie an anderen Orten genommen hat, nicht gleichen Schritt hielten, wird wohl auch nicht ohne Einfluß darauf gewesen sein. Nun waren schon früher Pläne entworfen worden, auf Grund deren der hohe Westerwald weiter mit Bahnen überzogen werden sollte; insbesondere wurde seit den sechziger Jahren lebhaft für eine Verbindung zwischen der Bahn Deutz—Gießen und der Westerwaldbahn durch eine sogen. Westerwaldquerbahn agitiert. Sie sollte einerseits den besseren Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse ermöglichen und neue Arbeitsgelegenheit schaffen, darüber hinaus aber

[1]) Drucksachen a. a. O. 1882, I, 22.

der Bevölkerung das Erreichen ihrer auswärtigen Arbeitsgebiete erleichtern. Die ersten Verhandlungen hierüber wurden in Driedorf schon im Jahre 1874[1]) gepflogen, aber erst im Jahre 1898[2]) sah eine Eingabe der Regierung den Bau einer solchen Bahn vor. Man genehmigte damals die Fortführung der schon beschlossenen Strecke Weidenhausen—Niederwalgern—Herborn über Herborn hinaus bis zu einem Punkte der alten Linie Limburg—Altenkirchen, etwa bis Langenhahn; die Länge war auf 49,3 km berechnet und für die Sicherstellung der notwendigen Betriebsmittel bewilligte der Landtag die Summe von 7343000 Mk.; die Eisenbahnverwaltung stellte den Adjazenten anheim, entweder den Grund und Boden unentgeltlich herzugeben oder aber sich durch Zahlung einer unverzinslichen und nicht zurückzahlbaren Pauschalsumme von 480000 Mk. von dieser Verpflichtung zu befreien, wobei Gemeinden und Kreise das letztere wählten. Infolge des ausgesprochen bergischen Geländes war es nicht möglich, die ursprüngliche Linienführung beizubehalten; ihre Aenderung brachte[3]) „eine Vermehrung der zu bewegenden Erdmasse mit sich, wozu auch noch eine Steigerung der Löhne und der Preise für Baumaterialien“ kam. Wenn nun auch überallda, wo es, ohne „die Wirtschaftlichkeit der Bauausführung und Betriebsführung“ zu beeinträchtigen, geschehen konnte, gespart wurde, so reichte doch der vorgesehene Betrag nicht aus; noch 887000 Mk. mußten nachbewilligt werden. Am 16. Juli 1910[4]) wurde die Strecke von Herborn nach Westerburg, der Kreisstadt des Kreises gleichen Namens, dem Verkehr übergeben. Das Gesetz vom 6. Juli 1905 hatte die Weiterführung über Westerburg hinaus um 26,30 km bis Montabaur genehmigt und am 1. Juni 1910 wurde auch diese Linie in Betrieb genommen. Von der zwischen Herborn und

[1]) Becker a. a. O. S. 37.
[2]) Drucksachen a. a. O. 1898, Anlage III, Nr. 116.
[3]) Drucksachen a. a. O., A. zu 216, 1907/08.
[4]) Jahresbericht Landwirtschaftskammer a. a. O. 1910, S. 195.

Westerburg gelegenen Station Fehl-Ritzhausen führte nun seit 1907 noch eine Abzweigung nach Marienberg, der Kreisstadt des Kreises Oberwesterwald; später wurde sie dann bis Erbach, einem Punkte der alten Westerwaldbahn, der sich allmählich zu einem der Hauptzentren der Basaltindustrie entwickelt hat, weitergeführt; die Kosten für den Grunderwerb betrugen dabei 165000 Mk.[1]), wovon der Bezirksverband 55000 Mk. übernahm. Außerdem ist in den letzten Jahren die Genehmigung zu einer Strecke, die von Haiger, einer Station der Deutz—Gießener Bahn, nach Gusternhain führen soll, erteilt worden. Alle die bisher bestehenden Westerwaldbahnen zählen zu den bestrentierenden Nebenbahnen Deutschlands[2]).

Drittes Kapitel: Die heutigen Bahnprojekte.

Wenn nun der hohe Westerwald durch die Westerwaldquerbahn auch eine Reihe weiterer Stationen erhalten hat, so genügen diese doch nicht, wie überhaupt Stationen allein nicht genügen; es müssen vielmehr die notwendigen Verbindungen nach den Richtungen hergestellt werden, nach denen das Gebiet wirklich drängt, und innerhalb der Bahngebiete selbst muß dann tunlichst neue Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. „Die landwirtschaftliche Lage der Bevölkerung", sagt Hirsch von hier[3]), „kann, abgesehen von landwirtschaftlich-technischen Verbesserungen, von Fortschritten des ländlichen Genossenschaftswesens, nur dadurch gehoben werden, daß ihr stets der Nebenerwerb, dessen sie zur Ergänzung des Verdienstes aus ihrem kleinen Ackergut bedarf, erhalten und in erweitertem Maße durch Ausbildung der Verkehrswege und Verkehrsmittel zugänglich gemacht wird". Dabei können wir uns an die alten Vorschläge halten, die Tilenius schon im Jahre 1880[4]) im Preußischen Abgeordnetenhause, allerdings

[1]) Bericht Oberwesterwaldkreis S. 24.
[2]) Handelskammerbericht Limburg 1913, S. 6.
[3]) Sering II, a. a. O. S. 112.
[4]) Verhandlungen a. a. O. 1880, S. 828.

erfolglos, befürwortete: eine Verbindung mit dem Rhein und eine solche mit dem Siegerland.

a. Die Verbindung mit dem Rhein.

Was nun die Verbindung mit dem Rhein anbelangt, so bestand schon seit dem 9. Juni 1873 ein konzessioniertes Projekt der Rheinischen Eisenbahngesellschaft[1]), auf Grund dessen eine Bahn von Bendorf bezw. Engers nach Montabaur gebaut werden sollte. Von dort aus sollte sie nach Limburg weiterführen, um so eine Verbindung mit der Lahnbahn herzustellen. Auch eine Abzweigung nach Altenkirchen war vorgesehen. Dadurch aber, daß der Staat alsbald den Bahnbesitz der Gesellschaft käuflich erwarb, wurde die Konzession hinfällig. Als dann in den neunziger Jahren der Bahnbau Herborn—Langenhahn zur Sprache kam[2]), war die Königliche Regierung ursprünglich geneigt, diese Linie bis Selters weiterzuführen; sie gab aber die Absicht wieder auf, als nicht Langenhahn, sondern Westerburg als Endpunkt gewählt wurde, und es trat nun eine Fortführung nach Montabaur an ihre Stelle. Die schon vermessene Strecke von Langenhahn, oder unter den heutigen Verhältnissen besser von Erbach nach Selters, bildet nun einen Teil eines neueren Projektes; von Selters, einer Station der jetzigen Altenkirchen—Siershahner Linie, soll dann die Bahn bis Neuwied weiterlaufen. Nun bestehen, wie ja gewöhnlich bei solchen Projekten, über die Trace verschiedene Meinungen; u. a. ist auch ein Streit darüber entstanden, ob die Bahn vom Westerwald aus in Selters oder in Siershahn auslaufen soll, ein Streit, der m. E. zu Gunsten von Selters enden wird. Siershahn macht zwar geltend, daß die Bahn nur bis dorthin geführt zu werden brauche, um dann in der schon bestehenden Strecke Siershahn—Engers ihre Fortsetzung zu finden, doch ist dabei auch zu beachten, daß es dann unumgänglich nötig sein würde, den schon so lange vergeblich angestrebten

[1]) Drucksachen a. a. O. 1880/81, Nr. 75, S. 1316.

[2]) Eingabe zum Bau einer Bahn Erbach—Selters—Neuwied, 20. Januar 1908

zweigleisigen Ausbau der benannten Linie durchzuführen. Da aber die zahlreichen nur für ein Gleise berechneten Tunnel dann erweitert werden müssen und noch sonstige kostenverteuernde Schwierigkeiten entgegenstehen, sodaß der Ausbau auf 8 Millionen[1]) veranschlagt wurde, ferner starke Zweifel in die weitere Ausdehnungsfähigkeit des Bahnhofs Siershahn gesetzt werden, findet dieses Projekt nur wenig Sympathie, umsomehr, als durch seine Verwirklichung nicht „ein einziges Dorf, auch nicht ein einziges Grubenfeld“ neu erschlossen werden kann; es würde nur einen Rückfall in die alte Nebenbahnpolitik bedeuten, die sich ja fast ausschließlich auf lokale Interessen stützte. Auch der Einwand, daß eine zweigleisige Strecke Siershahn—Engers den rechtsrheinischen Verkehr entlasten werde, kann[2]), nachdem die Abkürzungslinie Weidenau—Dillenburg in diesem Jahre fertiggestellt wurde, nicht mehr als stichhaltig angesehen werden. Jedenfalls verdient demgegenüber doch Erbach—Selters—Neuwied, wodurch eine neue Gegend erschlossen wird, die bisher noch völlig ohne Bahn ist, den Vorzug, umsomehr, als durch sie auch auf bedeutend billigere Weise die Strecke Siershahn—Engers, wenn sie tatsächlich überlastet ist, entlastet werden kann. Daß nun als Ausgangspunkt vom hohen Westerwald Erbach gewählt wurde, hat darin seinen Grund, daß die genannte Station einerseits durch die Verlängerung der Bahn Fehl—Ritzhausen—Marienberg Knotenpunkt geworden ist, daß sie andererseits aber auch der günstigst gelegene Ort ist, um den erstrebten Zweck zu erfüllen. Für uns kommt es ja vor allem darauf an, daß durch den neuen Schienenweg die Basaltindustrie aus ihrer prekären Lage befreit wird, und Erbach ist als Ausgangspunkt dazu besonders geeignet, weil auf diese Weise die bisher am entferntesten gelegenen Westerwälder Brüche bei Hintermühlen, Rotzenhahn, Erbach, Marienberg

[1]) Verhandlungen a. a. O., 1908, S. 4889.
[2]) Verhandlungen a. a. O., 1908, S. 4593.

und Fehlritzhausen, die nach den Angaben aus dem Jahre 1911[1]) damals annähernd 1600 Arbeiter beschäftigten und pro Tag 3000 t verladen konnten, am ersten berücksichtigt werden, andererseits aber, auch die nun am weitesten entfernten Brüche noch einen erheblichen Frachtvorsprung gegen früher aufzuweisen haben. Gerade Erbach—Selters—Neuwied wird nach ihrer Fertigstellung die kürzeste Linie zum Rhein bilden, wie sich aus der Zusammenstellung der Entfernungen ergibt. Wenn ein Basalttransport heute von hier aus die Wasserstraße erreichen soll, so können als Endstationen nur Köln-Deutz, Linz, Bendorf oder Lahnstein in Betracht kommen; von Erbach beträgt aber bis Köln-Deutz die Entfernung[2]) über Altenkirchen—Au 101,3 km, bis Linz über Altenkirchen-Seifen 64,7 km, bis Bendorf über Altenkirchen 87,3 km, bis Lahnstein über Limburg 84,4 km; auch die Verfrachtung nach Neuwied würde heute über Seifen—Wiedmühle mit 86,6 km gegen Erbach—Selters—Neuwied mit 45,2 km, welche Länge bei entsprechender Gestaltung der Trace noch um 1 km reduziert werden kann, zu teuer ausfallen. Demgegenüber würde ebenfalls ein s. Zt. aufgetauchtes Projekt Erbach—Seifen—Neuwied mit 52,3 km zurückstehen müssen. Was aber die Verfrachtung von Basalt auf der neuen Linie anbetrifft, so können wir die auf den Stationen Erbach, Langenhahn und Marienberg angegebenen Mengen dafür als Maßstab nehmen. Es wurden verfrachtet in

	Erbach	Langenhahn	Marienberg
1907	193443	53768	23932
1908	230826	70267	47738
1909	264812	69072	48687 t[3]).

Natürlich würden an der Bahn noch zahlreiche neue Brüche entstehen, für deren Materialgüte schon der Umstand spricht, daß ein Trachytbruch dort, annähernd 7 km von

---

[1]) Anlage 1 zur Eingabe der Basaltindustrie von 1911.
[2]) Karten.
[3]) Akten betr. den Bahnbau Daaden—Fehl-Ritzhausen.

der nächsten Bahnstation entfernt, mit einer Belegschaft von 180 Mann bestehen kann[1]).

Nun könnten diesem Projekt gegenüber aber noch verschiedene Einwände geltend gemacht werden, so z. B. der, daß sich die Basaltindustrie weiterhin mit einer größeren Zahl von Ausnahmetarifen helfen könnte, wie sie auch bisher damit ausgekommen sei. Tatsächlich hat man auch versucht, umfassendere Frachtermäßigungen zu erlangen, doch die Gesuche wurden abschläglich beschieden. „Für billige Tarifierung der Pflastersteine" hieß es, „sei in erster Linie die Absicht der Regierung, der deutschen Steinindustrie für die ihr durch den Wegfall des Zolles aus dem Handelsvertrag mit Schweden erwachsenden Nachteile einen Ausweg zu schaffen, maßgebend gewesen. Ein zwingendes wirtschaftliches Bedürfnis nach weiteren Frachtermäßigungen ließe sich aus der Gesamtlage der Steinindustrie des Westerwaldes nicht herleiten"[2]). Weiter kann entgegengehalten werden, daß ja der Rhein nicht gerade die Wasserstraße zu sein brauche, die es zu erreichen gelte, es könne ja auch die Lahn berücksichtigt werden, die heute zum Teil wieder schiffbar sei, und zwar beispielsweise durch Weiterführung der Strecke Westerburg—Montabaur über Montabaur hinaus bis Ems[3]). Nun ist ja tatsächlich die Lahn heute bis Ems wieder schiffbar gemacht, nachdem die Kanalisation, von der Textor aus dem Jahre 1712 erzählt[4]), daß sie von einem Niederländer Heinrich Wesel ausgeführt sei, im Laufe der Zeit versandet war. Seit dem 1. April 1914 verkehrt hier wieder ein mit einem Zuschuß der Staatsregierung erbautes Probeschiff, das eine Tragfähigkeit von 150 t und einen Tiefgang von 1,50 m aufweist; es kann allerdings nur im Mittelwasser vorwärts kommen und seiner Länge ist durch die bestehenden Lahnschleusen mit 32,6 m eine Grenze

[1]) Handelskammerbericht Limburg, 1913, S. 6.

[2]) Handelskammerbericht Limburg, 1913, S. 32.

[3]) Denkschrift betr. den Bau einer normalspurigen Eisenbahn von Montabaur nach Ems.

[4]) Textor a. a. O. S. 7.

gezogen[1]); rheinaufwärts besitzt es eine Geschwindigkeit von $4^1/_2$, lahnaufwärts $3^1/_2$ und rheinabwärts 21 km in der Stunde und hat bis Kriegsbeginn in 69 Tagen dreizehn Reisen zurückgelegt; von Ems brachte es talwärts bis Wesseling 2000 t Erze des Emser Blei- und Silberbergwerks und einmal Kohlen zu Berg[2]). Wenn solche Erfolge auch für später zu großen Hoffnungen berechtigten, so sind sie für die Basaltindustrie doch weniger von Bedeutung, einmal, weil die Arbeiten und Versuche noch lange Zeit in Anspruch nehmen werden, und zudem, weil Rhein und Lahn, was Schiffahrt anbelangt, garnicht mit einander verglichen werden können. Der geringe Tiefgang der Lahnschiffe wirkt natürlich auch auf ihre Transportfähigkeit; was auf dem Rhein beispielsweise auf vier Kähnen verfrachtet werden kann, muß auf der Lahn vielleicht in deren acht verladen werden, und dies hat einerseits, falls der Lahnverkehr überhaupt Schlepper zuläßt, den Nachteil, daß er durch zwei Schleppdampfer, statt auf dem Rhein durch einen bewältigt werden muß; zudem erhöhen sich auch die Kosten für das Personal, denn jeder Lastkahn, ob groß oder klein, benötigt drei Mann Besatzung, sodaß den 12 Personen im ersten Falle 24 im andern gegenüberstehen würden; alle diese Momente aber machen die mühsam errungene Frachtverbilligung wieder zu nichte[3]).

Es besteht außerdem noch ein weiteres Projekt, die genannte Bahn von Montabaur aus an den Rhein und zwar bis Vallendar oder Bendorf zu führen[4]); da aber dann die Wasserstraße erst nach 73,2 bezw. 74,2 km erreicht werden kann, ist auch demgegenüber Erbach—Selters—Neuwied vorzuziehen; es bleibt eben die für den hohen Westerwald zu erstrebende Strecke, und über die wirtschaftlichen Verhältnisse des von ihr durchlaufenen Gebietes gibt die anschließende Tabelle nähere Auskunft;

[1]) Handelskammerbericht Limburg, 1913, S. 34.
[2]) Handelskammerbericht Limburg, 1914, Punkt IV.
[3]) Auskunft.
[4]) Denkschriften Moschenheim—Vallendar u. Montabaur—Bendorf.

Gemeinde	Einwohnerzahl	Ackerland	Reinertrag	Wiesen	Reinertrag	Weiden	Reinertrag	Holzungen	Reinertrag	Oedland	Reinertrag	Insgesamt	Reinertrag
		ha ar qm	Tlr. $^1/_{100}$	ha ar qm	Tlr. $^1/_{100}$	ha ar qm	Tlr. $^1/_{100}$	ha ar qm	Tlr. $^1/_{100}$	ha ar qm	Tlr. $^1/_{100}$	ha ar qm	Tlr. $^1/_{100}$
Erbach	314[1]	71 67 10	559 80	37 19 15	375 14	21 13 18	26 18	45 03 43	108 42			186 47 01	1104 93
Rotzenhahn	194[1]	60 67 26	190 51	65 77 97	259 37	34 92 44	13 67	70 93 63	114 45			247 71 70	603 53
Dreifelden	152[1]	97 61 52	277 12	204 87 30	541 77	54 49 22	54 95	127 37 14	467 76			510 74 98	1350 61
Wolferlingen	353[1]	219 32 24	847 31	123 59 20	566 42	65 54 37	93 85	360 69 00	939 20	2 26 41	- 49	722 01 67	2498 61
Freilingen	404[1]	108 74 29	561 21	45 61 93	333 67	29 79 59	27 39	153 96 63	603 03			367 60 11	1561 35
Maxsain	754[1]	355 64 27	2485 87	150 99 14	1242 24	10 84 45	12 76	595 57 26	2332 63	1 92 21	75	1184 87 78	6163 53
Selters	165[1]	289 66 57	2866 48	119 02 74	1123 53	17 53 54	34 34	380 26 58	1890 66	32 64	- 13	870 68 28	6066 63
Nordhofen	281[1]	147 29 09	1467 64	46 14 94	350 22	5 78 88	15 99	155 43 69	599 92	1 62 63	64	386 59 25	2506 34
Breitenau	305[1]	160 80 84	1115 20	54 67 41	691 00	14 48 27	24 14	340 86 66	1403 84	69 22	-	603 59 04	3259 32
Weidenhahn	391[1]	166 31 70	941 30	49 63 92	319 92	28 11 62	55 06	49 26 92	175 90			324 53 11	1509 40
Kausen	195[2]	88 07 45	361 29	31 55 77	214 49	1 27 28	1 00	168 96 49	527 74	14 84	— 06	306 06 26	1117 99
Großmaischeid	889[2]	369 58 79	1783 33	103 25 05	691 09	10 38 11	14 92	685 83 84	1651 16	51 74	— 34	1249 72 63	4234 41
Isenburg	534[2]	103 30 63	320 68	14 21 85	116 68	- 71 05	— 67	241 49 65	383 30	14 58	06	403 08 68	966 71
Heimbach	2254[2]	Gesamtfläche 1362 ha 48 ar 33 qm, Reinertrag 15437 Tlr. 24 $^1/_{100}$										1393 57 75	15437 24
Weiß	1648[2]	241 99 43	4202 81	27 98 16	449 65	— 51 50	— 40	331 08 04	1063 31			665 51 77	6523 09
Gladbach	1262[2]	600 10 37	8829 48	21 64 11	298 05	4 33 78	6 57	195 19 67	453 68			901 15 59	10440 86
Heddesdorf	1900[2]	661 91 86	1141 17	25 64 59	415 28	2 44 66	2 32	4 90 38	20 35	2 65 01	1 21	863 54 45	11736 07
Neuwied		71 17 22	2040 64	2 26 13	28 34	— — —	— —	— 72 17	4 52	— 17 85	— 14	250 54 24	3283 34

[1]) Nassauisches Kommunal-Hand- und Adreßbuch. [2]) Auskunft des Kgl. Landratsamtes Neuwied.

hinzugefügt werden muß nur noch, daß die nassauischen Angaben dem Stande des Katasters vom Jahre 1876[1]) und die rheinischen dem von 1884 entsprechen. Aber der Bahnbau allein wird nicht die weitgehendste Hilfe gewähren; die Eisenbahndirektion Elberfeld, die mit der Prüfung der Frachtfrage für die deutsche Steinindustrie betraut war, äußerte sich zwar auf Grund von Untersuchungen dahin, daß hier nicht durch Ermäßigung der Frachten, sondern nur auf zollpolitischem Wege geholfen werden könne[2]), doch sie hatte da wohl mehr die ausländische Konkurrenz und nicht die im Inlande im Auge; als Hilfe gegen die letztere ist die Frachtermäßigung durchaus unentbehrlich; sie muß sich auf alle Produkte der Steinindustrie erstrecken, und einer unserer billigsten Tarife, ein Hafentarif, muß gewährt werden. Dabei ist aber vorgesehen, daß die Transporte, wie schon der Name sagt, in einem Hafen enden. Wenn nun auch Neuwied bisher kein Hafen ist, so wird diese Schwierigkeit doch dadurch behoben, daß sich die Stadt bereit erklärt hat, sofort nach Genehmigung des Bahnbaues mit der Anlage eines neuzeitlichen Rheinhafens zu beginnen[3]).

So wäre dann der Basaltindustrie die weitgehendste Hilfe gewährt, und wenn ihr auch dadurch keine ausreichenden Existenzmöglichkeiten geschaffen sein sollten, was aber nicht zu erwarten steht, dann ist es unter den heutigen Umständen eben nicht möglich, für sie auf dem hohen Westerwald einen optimalen Platz zu begründen und sie muß sich entweder mit dem bisherigen geringen Gewinn begnügen oder aber ihre Betriebe einstellen.

b. Die Verbindung mit dem Siegerland.

Wir kommen nun zu der zweiten Seite des Erschließungsproblems, der Schaffung einer direkten Verbindung mit dem Siegerland; dorthin, wo ein großer Teil

[1]) Katasterauszüge.

[2]) Reichstagsbericht 1911, S. 6090.

[3]) Eingabe.

der Bevölkerung in Arbeit steht und sein Brot verdient, wo sich ein Absatzgebiet für die geringen Erzeugnisse der heimischen Landwirtschaft findet, zieht es schon seit Jahrhunderten den Bewohner unseres Gebietes. „Der Westerwälder des Südabhanges", erzählt Riehl[1]), „wohnt noch im Guldenlande, rechnet aber trotzdem nach Talern; seine Flüßchen und Bäche ziehen nach Süden ins Lahngebiet, aber er folgt nicht diesem natürlichen Zuge; eine Meile südwärts ins Tal hinab ist ihm weiter als drei Meilen nordwärts über den Kamm des Gebirges; nach Norden zieht ihn sein ganzes Interesse" fährt er fort, „und aus den gewerbfleißigen Tälern der Ruhr und der Sieg strömt ihm des industrielle Leben zurück". Kein Wunder, daß schon früh diesem Drang der Bevölkerung Rechnung tragend, Bahnprojekte aufgetaucht sind; zwei von ihnen haben sich bis in die heutige Zeit erhalten, wo sie sich noch lebhaft bekämpfen. Der erste Entwurf[2]) sah eine direkte Verbindung zwischen Burbach, der beinahe höchstgelegenen Station der Deutz-Gießener Bahn, und Rennerod, einer Station der Westerwaldquerbahn, vor. Mit der Zeit aber wurde, um dadurch das Gegenprojekt aussichtsloser zu machen, der Endpunkt nach der Rennerod benachbarten Station Niederroßbach verlegt. Dieses Projekt ist das Ueberbleibsel eines älteren, das sich mit dem Bau einer direkten Bahn Siegen—Westerburg befaßte. Man wird daher mit der Vermutung nicht fehlgehen, daß diese Verbindung, die sich damals als unerreichbar erwies, heute noch auf dem Wege von Teilstrecken ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden soll. Für uns können allerdings solche auf Grund geschichtlicher Vorgänge angestellte Vermutungen weniger in Betracht kommen, wir müssen uns vielmehr an die Begründung der Interessenten halten. Danach ist der Plan dem Umstande entsprungen, daß ein großer Teil der männlichen Bevölkerung des Verkehrsgebietes gezwungen ist, seinen Verdienst im Bergbau und

[1]) Riehl a. a. O. S. 250.

[2]) Eingaben zum Bahnbau Burbach—Rennerod.

auf den Hüttenwerken des Siegerlandes zu suchen; allwöchentlich zieht eine größere Zahl von Arbeitern auf der alten Heerstraße vom hohen Westerwald hinab nach Burbach, um von dort mit der Bahn ihrem Arbeitsgebiet zuzustreben; am Ende der Woche ist sie dann gezwungen, wieder denselben, oft sehr beschwerlichen Weg zurückzulegen, um nach Hause zu gelangen. Diesem Uebelstande solle nun, wie dargelegt wird, die Bahn insofern abhelfen, als durch sie die Entfernung zwischen Arbeitsstätte und Heimat wesentlich verkürzt würde. Da die Arbeiterbeförderung allein aber nicht als genügend erscheinen könne, um die Rentabilität der Strecke zu sichern, wäre noch der Transport von Vieh und künstlichem Dünger zu erwähnen, ohne den die Landwirtschaft heute nicht mehr auszukommen vermag. Zudem sei im unteren Bahngebiet ein großer Teil der Fläche mit Wald überzogen, dessen Holz als Gruben- und Brennholz für das Siegerland dienen, von dem aber auch ein Teil auf den hohen Westerwald geschafft werden könne. Nach beiden Seiten hin würde sich der Versand durch das neue Beförderungsmittel bequemer und vor allem auch billiger gestalten. Außerdem aber ist noch an Transporten eine Reihe von Industrieerzeugnissen vorgesehen, die auf dem Wege der Industrialisierung des Verkehrsgebietes gewonnen werden sollen. Erwähnt werden hier einmal die Braunkohlenfelder, welche erschlossen werden könnten, da die dem Vorschlage entsprechende neue Bahn dieselben, soweit sie von der Westerwaldquerbahn nicht berührt worden seien, in ihrer Hauptausdehnung durchziehen werde; ferner die Blei-, Zink- und Silbererze, deren Vorkommen durch das Bestehen der einst recht bedeutenden Grube Peterszeche, welche 1904 bei einer Belegschaft von 225 Mann an Bergwerksprodukten ca. 8295 t gefördert und dazu an Kohlen 5350 t benötigt habe, bewiesen werde; auch würde es nunmehr möglich sein, die Eisensteinfelder bei Hof auszubeuten und die Erze über Burbach sofort nach den Hochöfen zu bringen,

wie auch die bei Hadamar und im Limburger Becken lagernden Kalke dann vor den jetzt zur Verwendung gelangenden Lennekalken einen Frachtvorsprung von annähernd 50 km aufweisen würden; bei Hof und Lippe fänden sich außerdem noch Tonlager, welche besonders, da Brennmaterial in Gestalt von Braunkohlen reichlich vorhanden sei, zur Begründung keramischer Industrien geeignet seien; endlich sollen die basaltischen Gesteine, wie es schon vor Jahren geschehen sei, nach Burbach gebracht und dort unter Zuhilfenahme billiger Wasserkräfte als Handelsware verarbeitet werden. So glaubt man auf jeglichen Durchgangsverkehr verzichten und lediglich auf Grund der Frachten aus dem eigenen Gebiet eine angemessene Rente erzielen zu können. Der Schienenweg würde den Bahnhof Burbach, mit 1 : 60 angsteigend — die höchstzulässige Steigung außerhalb des Bahnhofes beträgt für Nebenbahnen 1 : 25 [1]) — in westlicher Richtung verlassen und dann nach Süden dem Wege einer alten Grubenbahn folgend, mit 1 : 45 die Ladestelle der Peterszeche erreichen; oberhalb derselben träten plötzlich derartige Höhenunterschiede ein, daß hier, um diese zu überwinden, zweimal eine Auslängerung nötig sei; die Eisenbahnverwaltung machte den Vorschlag, dieselbe durch eine Zahnradbahn mit einer Steigung von 1 : 20 bis zur Station Lippe zu ersetzen; von hier aus könne die Bahn mit einer Steigung von 1 : 80 die Wasserscheide erreichen und dann allmählich unter Benutzung einer Einsattelung und mit Umgehung des Salzburgerkopfes, der höchsten Erhebung des Westerwaldes, ohne irgendwelche Schwierigkeiten bei einem Gefälle von 1 : 80 in Niederroßbach einlaufen. Die Kosten würden unter Zugrundelegung des beim Bau der Westerwaldquerbahn mit 150000 Mk. angenommenen Kilometersatzes bei ca. 21 km Gesamtlänge 3150000 Mk. ausmachen. Man glaubt aber mit Sicherheit einen geringeren Aufwand erwarten zu können, da außer

[1]) Auskunft.

dem Aufstieg bei Burbach keine Schwierigkeiten beständen. Dieser Ansicht scheint allerdings die Eisenbahnverwaltung nicht zu sein[1]), da sie für den Bau von Burbach—Niederroßbach eine etwas höhere Summe, nämlich 4480000 Mk. ansetzte.

Während sich das Projekt auf solche Angaben stützt, sucht das Gegenprojekt denselben Zweck nicht durch den Bau einer vollständig neuen Bahn, sondern durch die Verlängerung der bereits bestehenden Spitzbahn über Daaden hinaus bis Fehl-Ritzhausen zu erreichen. Die Absicht, die Linie weiterzuführen, ist schon zu verschiedenen Malen seit der Anlage des heute bestehenden Stückes aufgetaucht, aber immer wieder an der Abneigung des größten Teiles der Daadener Bevölkerung gescheitert. Die kurze Bahnstrecke hatte der Kopfstation Daaden gewaltige Vorteile gebracht, würde sie aber nun verlängert, so konnte man sich nicht verhehlen, daß dann das Gegenteil eintreten werde[2]). Es bedurfte erst des Auftauchens des Konkurrenzplanes oder vielmehr sogar dessen beinahe erfolgter Genehmigung[3]), um zu bewirken, daß auch von der Daadener Seite die nötigen Schritte unternommen wurden. Der Erfolg war auch insofern ein zufriedenstellender, als beide Pläne zur weiteren Prüfung zurückgestellt wurden. Die Gründe, die nun hier für den Bau der Bahn angeführt werden, sind zwar einerseits den früher geschilderten ähnlich, andererseits aber doch wieder gänzlich verschieden von ihnen. Auch nach Daaden ergieße sich, wird geltend gemacht, ein Strom der arbeitenden Bevölkerung, um von dort die Bahn zu benutzen, und ihm solle die neue Strecke eine Erleichterung sein, ohne daß dieser Zweck als ein dauernder gedacht sei; er werde vielmehr als eine vorübergehende Erscheinung betrachtet, die alsbald durch eine andere, nämlich die Industrialisierung bezw. Wiederindustrialisierung des von der Bahn durchzogenen Wester-

[1]) Akten betr. Daaden—Fehl-Ritzhausen.
[2]) Auskunft.
[3]) Akten betr. Daaden—Fehl-Ritzhausen.

waldteiles abgelöst werden solle. Den Bewohnern, die jetzt gezwungen seien, fern von Weib und Kind, zu denen sie nur auf wenige Stunden in der Woche zurückkehren könnten, ihr Brot zu verdienen, würde so die Gelegenheit verschafft werden, in der Heimat lohnende Beschäftigung zu finden. Daß dies aber auch tatsächlich möglich sei, beweise eine Reihe früher im Betrieb gewesener Bergwerke und Brüche, die auf die Dauer infolge der hohen Achsfracht und der dadurch hervorgerufenen Verteuerung ihrer Produkte mit den hinsichtlich der Standorte besser orientierten Unternehmungen gleicher Art nicht mehr zu konkurrieren vermöchten. Eisenerze[1]), Ton, Quarzit und Quarzitsand, Braunkohle, Basalt und Kaolin kämen hier in Frage und ihre Lagerstätten könnten wieder von neuem ausgebeutet werden, wenn eine Bahn bestände, die den bisherigen Transport erheblich verbilligen werde; denn gerade der Frachthöhe halber habe der Betrieb eingestellt werden müssen, keineswegs aber wegen Mangel an abbauwürdigem Material. Außerdem beabsichtige die Strecke auch nicht, wie die mit ihr konkurrierende, auf jeglichen Durchgangsverkehr zu verzichten, sondern sie wolle gerade einen solchen im größeren Maßstabe an sich ziehen, da sie ja eine beinahe direkte Verbindung zwischen dem norddeutschen Industriebezirk und dem süddeutschen Markt darstelle. Auch hier gälte es, Terrainschwierigkeiten, und zwar durch das Schlagen eines kurzen Tunnels bei Emmerzhausen, zu überwinden, während im übrigen keine Hindernisse technischer Art entgegenständen; die Bahn könne weiter als reine Adhäsionsbahn angelegt werden und bei einer Höchststeigung von 1 zu 40 ihren Bestimmungsort Fehlritzhausen erreichen. Eine volle Rentabilität hält man auch auf dieser Seite für gesichert.

Wenn wir nun zu einem Urteil darüber gelangen wollen, welche Bahn vorzuziehen ist, so ist vorher die zeitweise vertretene Ansicht, beide Projekte müßten verwirklicht werden, auszuschalten. Ein doppelter Bahnbau

[1]) Eingabe für den Bahnbau Daaden—Fehl-Ritzhausen.

würde hier m. E., wenigstens vorläufig, nicht ratsam sein, weil die weiteren Verkehrsgebiete beider Strecken (als solche bezeichnet man in derartig gebirgigen Gegenden den Bezirk im Umkreis von 5 km, vom Schienenwege aus gerechnet), des öfteren ineinandergreifen. Wenn nun hier eine Bahn voraussichtlich eine angemessene Rente abwerfen wird, besteht doch bei jeder weiteren die Gefahr, daß sie einen mehr oder minder großen Teil des Verkehrs der ersteren an sich ziehen und so zwei Schienenwege schaffen würde, von denen sich keiner rentiert. Wenn aber nur eine Bahn gebaut werden soll, so bedarf es doch einer genauen Feststellung darüber, welche hier in Betracht käme, denn der Bahnbau erfordert ganz bedeutende Kapitalien und zwingt die Gemeinden in der Hoffnung auf spätere goldene Zeiten vielfach, sich in erhebliche Schulden zu stürzen. Welchen Umfang solche Verpflichtungen annehmen können, sei an der kleinen Strecke Erbach—Marienberg dargetan. Wie schon erwähnt, war der Grundstückserwerb auf 165000 Mk. veranschlagt; bisher wurden von den einzelnen Gemeinden, abzüglich der Unterstützungen des Kommunalverbandes, verausgabt

	Einwohner	Grunderwerbskosten	Zwischenzinsen
Langenbach:	427	6769,55 Mk.	416,30 Mk.
Dreisbach:	314	3368,88 „	186,31 „
Hardt:	193	1569,60 „	378,64 „
Erbach:	314	30127,49 „	17000,— „
Büdingen:	237[1])	21139,60 „	2168,64 „[2]).

Technische Schwierigkeiten finden sich, wie es ja gerade das nach der Sieg hin schroff abfallende Gelände nicht anders erwarten läßt, auf beiden Seiten. Wenn nun zu ihrer Bewältigung auf der Burbacher Seite eine Zahnradstrecke vorgesehen ist, so wird diese doch keineswegs zu empfehlen sein, da man ja hier Massenartikel befördern möchte; auch würde dann ein vielleicht erforderlicher zweigleisiger Ausbau auf erhebliche, insbesondere finanzielle

[1]) Kommunalhandbuch 1909/10.
[2]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis.

Schwierigkeiten stoßen, wenn nicht gar gänzlich unmöglich gemacht werden. Eine Zahnradstrecke ist wohl am Platze, wo sich kein anderer Ausweg findet, aber hier bietet sich doch gerade in Daaden-Fehlritzhausen ein annehmbarer, denn auch bei einer zweimaligen Auslängerung würde eine spätere Erweiterung nicht leicht sein; daß eine derartige Lösung aber nicht erwünscht ist, zeigt schon der Vorschlag der Eisenbahndirektion. Der Tunnel auf der andern Seite ist allerdings auch eine recht unangenehme Beigabe, wie wir schon bei der Frage der Erweiterung des Schienenweges Siershahn—Engers konstatieren konnten. Der Umstand ließe sich hier jedoch insofern abschwächen, als die Notendigkeit eines zweigleisigen Ausbaues bei dem erheblichen Verkehr, den die Linie an sich zu ziehen vermag, bald zu Tage treten wird und deshalb schon bei dem Schlagen des Tunnels darauf Rücksicht genommen werden kann. Die Absicht, einen solchen Verkehr an sich zu ziehen, ist hier aber um so berechtigter, als die Daadener Bahn von Knotenpunkt zu Knotenpunkt läuft; der Station Betzdorf, welche dann das eine Ende darstellen würde, wird man diese Eigenschaft ebensowenig absprechen können wie dem erst kürzlich geschaffenen Fehlritzhausen; während bei letzterem Ort seine Aufnahmefähigkeit für einen gesteigerten Verkehr zweifellos berücksichtigt wurde, besteht sie auch in Betzdorf; durch die Abkürzungslinie Weidenau—Dillenburg wird ihm nämlich ein Teil des seit Jahrzehnten bewältigten Verkehrs entzogen; dafür würde der Bahnbau Fehlritzhausen eine, wenn auch nur geringe Entschädigung bedeuten. Zudem wird Betzdorf infolge der Umleitung des Verkehrs über Siegen die einzige Schnellzugstation sein, von der aus der hohe Westerwald auf dieser Seite zu erreichen ist, während für das auf der direkten Strecke Betzdorf—Dillenburg gelegene Burbach, wo bisher noch nie ein Schnellzug fahrplanmäßig gehalten hat, damit jede Aussicht schwindet, in absehbarer Zeit eine solche zu werden. Dazu findet sich aber auch auf der Burbacher Seite kein einziger

Knotenpunkt; man hat zwar versucht, die Burbacher Strecke in Burbach an die Freiengrunder Talbahn, eine Industriebahn, anzuschließen, doch verhielt sich deren Besitzerin einem solchen Plane gegenüber durchaus ablehnend; es käme daneben noch die Eisern-Siegener Straßenbahn in Frage, um den Verkehr bis Siegen zu leiten, doch bedarf die Behauptung, daß diese solchen Transporten nicht gewachsen ist, wohl keiner Begründung. So würde denn die Bahn Burbach—Niederroßbach lediglich den Charakter einer Sackbahn haben, deren Weiterführung nach Betzdorf notwendiger Weise erfolgen müßte, um zum Siegerlande gelangen zu können. Wenn aber eine Bahn zum Siegerlande gebaut werden soll, so ist es doch bedeutend zweckmäßiger, sie direkt nach Betzdorf, das nun einmal als dessen Einfalltor gilt, laufen zu lassen, was durch die Strecke Daaden—Fehlritzhausen unzweifelhaft am besten geschehen kann. So würden denn auch die Kalke von Hadamar und Limburg, für den Fall, daß sie dazu ausersehen werden sollten, im Hochofenprozeß Verwendung zu finden, weit eher und billiger den größten Teil ihres Bestimmungsgebietes erreichen können.

Nun bliebe aber noch die Frage zu erörtern, wie es sich überhaupt mit den Transporten bezw. mit der Industrialisierung verhält, ob auf beiden Seiten ihre Durchführung möglich ist. Hier befindet sich die Daadener Interessentengruppe, zweifellos in der günstigeren Lage, nachweisen zu können, daß ein großer Teil der Brüche und Gruben früher schon im Betrieb war und daß ihr Erliegen nicht auf Materialmangel, sondern auf die Ungunst der Frachtverhältnisse zurückzuführen ist. Auch der Gegenvorschlag stützt ja seine Vermutung für das Vorhandensein abbauwürdiger Blei-, Silber- und Zinkerzvorkommen — die drei Erze erscheinen vielfach vereinigt — auf eine s. Zt. dort bestehende Grube, die heute längst nicht mehr im Betrieb ist. Hier müssen aber nicht ungünstige Transportmöglichkeiten, sondern der Mangel an gehaltreichen Vorkommen zum Erliegen geführt haben,

da eine eigene Grubenbahn bis hinab nach Burbach bestand. Neue Gruben gleicher oder ähnlicher Art sind bisher auf dieser Seite des Westerwaldes noch nicht erschlossen worden, sodaß die Vermutung nahe liegt, daß hier nicht der geeignete Ort für solche Erze ist, die sich auf der zur Lahn hin neigenden Seite in größeren, abbauwürdigen Mengen finden. Was dann die Verwendung der Tone, die, da sie an Qualität und Quantität weit hinter den bei Breitscheid zu Tage tretenden zurückstehen müssen, lediglich zur Herstellung geringwertiger Haushaltungsgegenstände zu verwenden sind, wobei die Produzenten zudem noch hart um ihre Existenz werden kämpfen müssen, anlangt, so läßt sich auf Grund dieser Art von Industrie wohl keine Bahnanlage rechtfertigen. Endlich wäre auch der Vorschlag, den Basalt nach Burbach zu transportieren, um ihn dort zu verarbeiten, ein ganz verfehlter. Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, vertragen derartige Gewichtsverlustmaterialien unbearbeitet keine solche Vorfracht, wenn sie noch konkurrenzfähig bleiben sollen; man erkennt dies ja auch schon daran, daß der angebliche frühere Transport heute nicht mehr besteht. Mag nun vor Zeiten das eine oder das andere Vorkommen hier ausgebeutet worden sein, so kann dies doch nicht an die Lager heranreichen, die einst im Verkehrsgebiet der projektierten Daadener Verlängerung Beschäftigung gewährten; von den Braunkohlenvorkommen haben wir dabei auf beiden Seiten ganz abgesehen, weil die Braunkohlenindustrie sich bis heute in einer derartig ungünstigen Lage befindet, daß sie vor der Hand nicht als ausschlaggebend in Betracht kommen kann, obwohl sich auch dann m. E. die Entscheidung wieder zu Gunsten von Daaden—Fehlritzhausen neigen würde. Für diese Bahn spricht dann auch noch das bei jeder ersten Bahnanlage in einer Gegend zu beachtende Prinzip, daß durch sie „in Bergwerken usw. angelegte Kapitalien nicht zerstört, sondern zu höherer volkswirtschaftlicher Nutzung“ [1]) gebracht werden.

[1]) Conrad a. a. O. S. 503.

Die Kapitalien aber sind hier gerade keine geringen, denn nach Feststellung der Eisenbahndirektion würde der Bau der ungefähr 19 km langen Strecke Daaden—Fehl-Ritzhausen unter Zugrundelegen von 193000 Mk.[1]) für den Baukilometer 3707000 Mk. kosten, während, wie schon erwähnt, Burbach—Niederroßbach mit 200000 Mk. für den km oder insgesamt 4480000 Mk. veranschlagt ist.

Der Ansicht aber, daß die Bahn Daaden—Fehl-Ritzhausen entschieden vorzuziehen ist, sind auch die beiden Kreise Altenkirchen und Oberwesterwald, deren Gebiet sie durchziehen soll. Der Oberwesterwaldkreis hat sich in seinem Verwaltungsbericht[2]) dahin ausgesprochen, daß er sich nicht für Burbach—Niederroßbach entscheiden könne, da diese lediglich eine frachtverteuernde Linie darstelle, von der er dazu bezweifeln müsse, daß sie in so reichem Maße Arbeit verschaffen würde, wie die Gegenstrecke. Arbeitsgelegenheit zu begründen sieht er aber als eine Hauptaufgabe für die Westerwaldbahnen an und ihre Rentabilität wird seiner Ansicht nach viel eher durch Massentransport von Industrieerzeugnissen als durch Personenverkehr gewährleistet. Der Kreis Altenkirchen hat durch die einstimmig gefaßte Entschließung seines Kreistages vom 3. April 1914[3]) keinen Zweifel darüber gelassen, daß er ebenfalls die Verlängerung von Betzdorf—Daaden über Daaden hinaus dem andern Projekt vorzieht. Beide Ansichten sind aber insofern von besonderer Wichtigkeit, als die Gemeinden zur Erfüllung ihrer ihnen aus dem Bahnbau erwachsenden Pflichten meist nur auf Grund von Kreishilfe im Stande sind, die jedoch g. F. versagt werden kann. Die Erklärung des Altenkirchener Kreistages macht auch zugleich den Einwurf der Gegenseite, die bestehende Linie Scheuerfeld—Nauroth solle bis Fehlritzhausen weitergeführt werden und lasse so die Verlängerung der Betzdorf—Daadener Bahn unnötig erscheinen, hinfällig. Wenn

[1]) Akten betr. Daaden—Fehl-Ritzhausen.
[2]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis.
[3]) Eingabe betr. Daaden—Fehl-Ritzhausen.

eine neu zu bauende Strecke eines der beiden Projekte aussichtslos macht, so ist es die kürzlich genehmigte Haiger—Gusternhain, und zwar erübrigt sich durch sie nicht die Bahn Daaden—Fehl-Ritzhausen, sondern die nähergelegene Burbach—Niederroßbach. Ueber die Weiterführung der Bahn Scheuerfeld—Nauroth aber Vermutungen anzustellen, ist insofern müßig, als der Kreis Altenkirchen, der sie, um notleidenden Gemeinden aufzuhelfen, als sein Eigentum erbaute, darüber das alleinige Verfügungsrecht besitzt; hier ist wohl eine Verlängerung bis Hachenburg, nicht jedoch eine solche bis Fehl-Ritzhausen in Erwägung gezogen worden. Sollte trotzdem, wider Erwarten, die Bahn später einmal in Fehl-Ritzhausen auslaufen, so bedeutet dies doch keine Konkurrenzstrecke für eine etwa schon bestehende Staatsbahn, da eine Kreisbahn einmal, um rentabel zu sein, höhere Tarife einführen muß, und zudem vor allem über keine Durchgangstarife verfügt.

Wenn nun so die Einwendungen gegen Daaden—Fehl-Ritzhausen alle beseitigt sind und sie die sicherste Aussicht bietet, der Bevölkerung in der Heimat neue Verdienstmöglichkeiten zu schaffen, wollen wir doch demgegenüber noch untersuchen, welche Folgen die Verwirklichung des Gegenprojekts nach sich ziehen würde. In sehr vielen Fällen hat ja die Bahn an der Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse des von ihr erschlossenen Gebietes einen wesentlichen Anteil, da sie neue Erwerbsquellen erschließt und die Bewohner sowohl kauf- wie auch steuerkräftiger macht, doch ist es gefährlich, diese Wirkung zu verallgemeinern. Nicht immer bildet sie das Allheilmittel, welches „Wohlstand und Reichtum an Stelle von Armut und Dürftigkeit“ [1]) setzt. „Sie führt auch den Fremden vorbei, der sich früher am Ort aufzuhalten pflegte, und macht es dem Einheimischen möglich, seinen Bedarf auswärts besser und billiger einzukaufen; sie schafft dem Kaufmann und Händler am Ort neue Konkurrenz, hebt uralte Wechelbeziehungen im Güteraustausch und Achs-

[1]) Württembergische Jahrbücher 1911, S. 282 ff.

verkehr vieler Hinterlandsorte auf, sie schafft bisweilen Leutenot und Landflucht, weil gerade die kräftigsten Arme von ihr in die benachbarten Industriestädte entführt werden“ [1]). Was die letzte Behauptung angeht, so haben Loschs Untersuchungen [2]) erwiesen, daß in Württemberg von 185 Gemeinden, die seit dem Jahre 1885 ständig an Einwohnern verlieren, allein 25 schon seit längerer Zeit Bahnanschluß besitzen, während von den 19 Gemeinden mit je über 2000 Einwohnern, die bisher nicht „Station“ geworden sind, in der Zeit von 1900 bis 1910 nur 2 eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen haben. Entvölkernd würde aber auch Burbach—Niederroßbach wirken und die mühsam zurückgedrängte Abwanderung wieder neu befördern. Die Bahn würde auch hier in ihrer Wirkung mit dem biblischen Worte verglichen werden können „wem da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe, wer aber nicht hat, dem wird genommen werden, was er hat“ [1]). Das Industrialisierungsproblem würde doch immer nur ein Problem bleiben, das vergeblich der Lösung harrt; die Strecke selbst würde nicht nur eine mangelhafte Rente abwerfen, sondern auch den letzten arbeitsfähigen Mann veranlassen, den großen Städten zuzustreben, denn [3]) gerade die übermäßige Ausbildung des Lokalverkehrs erleichtert dort „das enorme Zusammenströmen der Bevölkerung“. Ist aber die Jugend einmal nach auswärts gedrängt und hat das freie und ungebundene Leben sowie die Vorteile eines ständigen Lohnes, der höher bemessen ist als der, den die karge heimische Landwirtschaft gewähren kann, erkannt, dann zieht sie nichts mehr in die alte Heimat, die ihr nur noch eine Erinnerung an gottlob längst entschwundene Zeiten der Armut bleiben wird.

Wie ganz anders steht dem gegenüber die Strecke Daaden—Fehl-Ritzhausen da, welche neuen Arbeitsgelegen-

[1]) Württembergische Jahrbücher 1864, S. 121.
[2]) Württembergische Jahrbücher 1911, S. 282 ff.
[3]) Artikel Eisenbahnen, H. W. d. St.

heiten werden durch sie erschlossen! Es mag wohl genügen, die letzteren, obwohl sie auf der ganzen Linie zerstreut sind, für nur vier Gemeinden[1]), und zwar Derschen, Emmerzhausen, Friedewald und Nisterberg, anzuführen, während für die übrigen wieder eine Tabelle beigefügt ist. In Derschen bestehen zwei Säulen- und zwei Plattenbasaltvorkommen, von denen die beiden ersten früher im Betrieb waren, eine 6 ha große Fläche Quarzit und Quarzitsand, die schon bis zu einer Tiefe von 12 m durchbohrt ist, ein 2 m mächtiges Torfvorkommen, das sich auf 4—5 ha ausdehnt, und 270 ha Wald. Emmerzhausen besitzt 2 Säulenbasaltvorkommen, eine stillgestellte Bleierzgrube, eine ebenfalls seit einiger Zeit stilliegende Braunkohlengrube und ein 6 ha großes Tonfeld, das s. Zt. von einer Aluminiumgesellschaft ausgebeutet wurde, wobei sich aber die Transportkosten als zu hoch erwiesen; der Wald umfaßt 225 ha. Vier Basaltbrüche, eine 5 m mächtige Quarzitsandgrube, eine im Betrieb gewesene Eisenerzgrube und annähernd 200 ha Wald kann Friedewald aufweisen und Nisterberg eine Eisenerzgrube, 12 Braunkohlenfelder, ein Säulen-, ein Plattenbasaltvorkommen, eine früher im Betrieb gewesene Ockergrube und 80 ha Wald. Dabei werden allein in diesen vier Gemeinden nach einer Schätzung mindestens 900 Mann beschäftigt werden können, wodurch auch den nicht unmittelbar an der Bahn liegenden Gemeinden Gelegenheit geboten wird, einen Teil ihrer Arbeitermassen hierher zu senden, denn nach einer früheren Feststellung ziehen aus den Gemeinden Derschen, Emmerzhausen, Friedewald, Nisterberg und Mauden nur 355 Arbeiter allwöchentlich in die benachbarte Industrie. Dem Arbeiter würde also durch die Bahn der Hauptvorteil erwachsen und wenn dabei auch im Anfang die Löhne denen ihrer früheren Beschäftigungsgebiete nicht gleichkommen würden, ist trotzdem zu erwarten, daß sie die Verdienstgelegenheiten in der Heimat- oder Nachbar-

[1]) Eingabe betr. Daaden—Fehl-Ritzhausen.

Gemeinde	Einwohnerzahl	Ackerland			Reinertrag		Wiesen			Reinertrag		Weiden			Reinertrag		Holzungen			Reinertrag		Oedland			Reinertrag		Insgesamt			Reinertrag	
		ha	ar	qm	Tlr.	1/180	ha	ar	qm	Tlr.	1/100	ha	ar	qm	Tlr.	1/100	ha	ar	qm	Tlr.	1/100	ha	ar	qm	Tlr.	1/100	ha	ar	qm	Tlr.	1/100
Kirburg	282	99	40	77	402	31	97	21	19	436	84	36	63	65	43	05	155	86	02	309	91	—	13	29		05	407	35	84	1208	94
Lautzenbrücken	172	122	71	33	346	39	112	86	07	604	21	57	71	45	68	13	117	58	70	148	19	1	10	17		43	429	59	18	1179	09
Hof	632	334	44	10	1058	62	161	50	02	804	67	137	80	86	153	57	149	32	51	348	10						810	22	12	2423	52
Pfuhl	214	55	88	20	166	85	21	98	37	122	28	28	45	42	33	44	37	78	94	29	61						152	27	83	371	49
Bach	176	67	52	08	297	21	34	40	18	236	08	19	07	47	23	50	56	07	71	78	99	—	29	60		12	166	66	68	650	37
Stockhausen-Illfurth	256	169	04	21	656	15	55	60	70	344	54			0			82	35	84	190	8[illegible]	—	29	13		11	322	38	03	1227	09
Niederroßbach	391	173	90	96	515	56	160	00	15	494	73	39	45	05	46	35	45	40	68	113	08	—	53	46		21	421	43	83	1192	08
Oberroßbach	183	111	62	16	274	86	89	38	38	295	46	37	39	85	35	75	30	46	76	82	69	—	16	98		07	280	41	35	700	57
Fehl-Ritzhausen	416	187	27	38	724	92	107	21	10	537	29	31	07	57	36	51	60	58	60	123	65	—	7	41		03	402	32	91	1463	76

gemeinde der Wanderung vorziehen. Aber auch in sanitärer Hinsicht wirkt der Aufenthalt fern von der Heimatgemeinde ungünstig; so hat sich z. B. gezeigt, daß gerade bei demjenigen Teil der Bevölkerung, welcher auswärts tätig sein muß und höchstens allwöchentlich einmal nach Hause zurückkehren kann, die meisten Fälle frühzeitiger Arbeitsunfähigkeit zu Tage treten[1]). Den kleinen Gewerbetreibenden, Gastwirten, Krämern, Schmieden usw. würde die Erschließung dann vorläufig wohl nur geringe Vorteile bringen, große dagegen aber wieder den Gemeinden; ihre ungünstige wirtschaftliche Lage zeigt am besten eine Zusammenstellung der von ihnen erhobenen Umlagen[2]); sie beliefen sich am 1. April 1913 in den Gemeinden

		bei einer Schuldenlast		bei einem Gemeindekapital	
Emmerzhausen:	auf 280 %	75450,79	Mk.	1978,43	Mk.
Derschen:	„ 450 %	129069,70	„	1311,95	„
Nisterberg:	„ 300 %	65600,—	„	2428,94	„
Friedewald:	„	178600,—	„		
Mauden:	„ 250 %			1200,—	„

Besonders Mauden, dessen Umlagehöhe gegen früher (sie betrug 1891/2 z. B. 370 und 1893 4 300 %) zurückgegangen ist, wird unter den heutigen Verhältnissen wegen seiner geringen Steuerkraft und der rapide anwachsenden Armenlast nie unter 250 % belastet werden können. Neben den Vorteilen, die die Bahn hier bringen könnte, würde sie auch dem Siegerlande, dem sie ja dann einen Teil seiner bisherigen Arbeitskräfte entzieht, wieder auf andere Weise nützlich sein. Das Siegerland, wohl der Sitz der ältesten deutschen Eisenindustrie, war von jeher berühmt wegen seiner Erze von ganz hervorragender Qualität[3]); vor allem der Siegerländer Spat galt stets als einer der gesuchtesten Eisensteine, mit dem sich weite Gebiete versorgen, besonders das rheinisch-westfälische Industrierevier; welchen Wert gerade das letztere auf Siegerländer

[1]) Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis.
[2]) Wirtschaftsbuch der Bürgermeisterei Daaden.
[3]) Reichstagsbericht 1910, S. 1469.

Erze legt, geht schon daraus hervor, daß in der Hochkonjunktur gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts verschiedene seiner Werke, um sich den Bezug von solchem Roheisen zu sichern, eine Anzahl von Siegerländer Hochöfen käuflich erwarben [1]). Nun zählen zu den Siegerländer Eisenerzvorkommen aber nicht allein die des eigentlichen Kreises Siegen, sondern auch die auf der nördlichen Abdachung des Westerwaldes [1]), welche von unserer Bahn gerade durchzogen wird, vorhandenen. Wenn man auch angesichts der Erwerbungen der rheinisch-westfälischen Industrie im Siegerland äußerte, daß dadurch an der Abhängigkeit Westfalens von letzterem „im großen und ganzen wohl wenig geändert“ [1]) werde, da die Erschöpfung des für Deutschland so wichtigen Schatzes vorläufig noch nicht zu erwarten sei — man hatte um des Jahrhunderts Wende festgestellt, daß sich dort noch 500 Gänge [2]) von durchschnittlich 2—6 m Mächtigkeit vorfanden —, so muß doch frühzeitig für eine Ergänzung der Vorräte gesorgt werden. Schon haben Eisenerzgruben im Sotterbach- und Hellertal eine solche Teufe erreicht, daß man in absehbarer Zeit mit ihrem Erliegen rechnen kann; auch Verwerfungen und Rauhwerden der Gangmittel haben schon das Einstellen mancher früher sehr guten Grube veranlaßt [3]). Dem drohenden Uebelstande ist aber durch unsere Strecke insofern abzuhelfen, als durch sie allein auf 72 im Bahngebiet vorhandenen Grubenfeldern Abbauversuche angestellt werden können; wenn sich nun auch nicht alle Felder als abbauwürdig erweisen werden, so ist doch anzunehmen, daß sich bei einem Teil von ihnen der Grubenbetrieb lohnen wird. Diese Erze würden aber nicht nur von hier auf dem kürzesten Wege zum Siegerland gelangen, sondern auch weitere Strecken zurücklegen können, was deshalb nötig ist, weil eine der bedeutendsten Bergwerks- und Hüttengesellschaften Oberhausens schon

[1]) Handbuch a. a. O. S. 111/112.

[2]) Wedding. Grundriß der Eisenhüttenkunde 1901, S. 36.

[3]) Eingabe betr. Daaden—Fehl-Ritzhausen.

einen namhaften Teil der Erzfelder für sich sichergestellt hat.

Wenn wir nun von dem nicht zu ermittelnden Durchgangsverkehr gänzlich absehen, wollen wir doch zum Schluß die Gütertransporte folgen lassen, welche Daaden—Fehl-Ritzhausen nach amtlichen Erhebungen, lediglich gestützt auf die lokalen Verhältnisse, zu erwarten haben wird. Nicht Personenverkehr, sondern die Gütertransporte bestimmen die Rentabilität einer Bahn; die Aussicht auf Rentabilität aber, die sich in einer Wahrscheinlichkeitsrechnung ausdrückt, läßt erkennen, ob wirklich ein Verkehrsbedürfnis für die Anlage vorhanden ist; dieses Verkehrsbedürfnis aber und das in diesem Falle allein schon durch die zahlreichen Eingaben und Volksversammlungen, sowie die Bereitwilligkeit zur unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens hinreichend kundgegebene Interesse bilden die Grundlage für jeden Bahnbau[1]). Es würden nun allein aus dem Teile des Bahngebietes, der den Kreis Altenkirchen durchzieht, in einem Jahre voraussichtlich zum Versand gelangen[2]): an Basalt 480000 t, Quarzit- und Kaolinsand 69000 t, Braunkohlen 12000 t, Blei- und Eisenerze 18000 t, edler Ton 26000 t, Torf 9000 t, Ocker 3000 t. An Rindvieh werden mit der Bahn wahrscheinlich 130, an Schweinen 150 Stück aus dem unteren Bahngebiet ausgeführt und 500 bezw. 1500 Stück eingeführt werden. Ferner steht ein Biertransport von jährlich 300 t (eine t = 1000 kg) zu erwarten; an Zement und Zementwaren werden 20, Düngemittel 20, Eisen und Stahl 5, Hüttensand 600, Holz ausschl. Gruben- und Brennholz 65, Grubenholz 150, Brennholz 20 und gebr. Kalk 10 t verfrachtet werden, daneben an Kartoffeln 60, Mehl aus Getreide und Hülsenfrüchten 300, Schiefer 10, Steinen und Bauartikeln 10, Bau- und Ziegelsteinen 50, Holzkohlen 2850 und Heu 20 t. Die letzteren Angaben beziehen sich ebenfalls lediglich auf den untern Teil der

[1]) Verhandlungen a. a. O. 1904, S. 5567.

[2]) Akten betr. Daaden—Fehl-Ritzhausen.

Bahn und sind gewonnen auf Grund von Schlüssen aus den hier bisher alljährlich durch den Achsverkehr beförderten Mengen. Die Zahl der Touristen, welche alljährlich nach Schloß Friedewald wandern, wird auf über 1000 geschätzt, während der anfangs noch zu berücksichtigende Arbeiterverkehr ein entsprechend den wechselnden Konjunkturen verschieden hoher ist.

Der Transport der Materialien zur nächsten Bahnstation aber kann für den Fall, daß weder Anschlußgleis noch Seilbahn vorgesehen ist, auf den vorhandenen Straßen erfolgen, die sich in gutem Zustande befinden, zu den projektierten Stationen führen und nur mäßige Krümmungen und Steigungen bis zu 12 % aufweisen.

Nun fragt es sich nur noch, wann die Bahn gebaut werden soll und mit meiner darüber im Folgenden entwickelten Ansicht stehe ich meines Wissens vorläufig allein. Meine Absicht geht nämlich dahin, die Rentabilität vollkommen sicher zu stellen; ein bedeutender Teil der vorgesehenen Frachten setzt sich aber aus Braunkohlen und Basalt zusammen; ob nun die Braunkohle durch die neue Linie ein größeres Absatzgebiet erhalten wird, scheint mir noch fraglich, und da sich die Basaltindustrie augenblicklich ebenfalls in einer wenig günstigen Lage befindet, so glaube ich, daß eine wünschenswerte Rente erst gesichert ist, wenn sich letztere gebessert hat, d. h. wenn die Bahnverbindung Erbach—Selters—Neuwied besteht. Wohin sollte sonst auch der gesamte Basalttransport der Daadener Linie geleitet werden? Zwar herrscht größtenteils die Meinung, das Siegerland sei für solche Gesteinsmaterialien noch aufnahmefähig, doch ist dies ein Irrtum; es deckt seinen Bedarf aus den Brüchen bei Dresselndorf, die nach fachmännischem Urteil erst in ca. 10 Jahren erliegen werden. Man müßte also mit dem Bau von Daaden—Fehl-Ritzhausen solange warten, oder aber allermindestens den Bau der Bahn Erbach—Selters—Neuwied gleichzeitig mit dem ihren in Angriff nehmen. —

Die vorliegenden Untersuchungen lassen erkennen,

daß der hohe Westerwald in den letzten Jahrzehnten wirklich erstaunliche und erfreuliche Fortschritte gemacht hat, die, wenn ihnen die notwendige Unterstützung zuteil wird, zu den besten Hoffnungen berechtigen. An dem Willen der Bewohner und an dem Unternehmungsgeist fremder Personen hat es nicht gefehlt, aber um wirklich ein Zurücksinken in die alten Verhältnisse zu verhindern, bedarf es noch der Hilfe des Staates, und zwar vor allem auf verkehrspolitischem Wege; weil gerade das Transportkostenmoment die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie so stark beeinflußt, muß sich auch hier endlich die Verkehrstechnik den verkehrspolitischen Forderungen mehr anzuschmiegen suchen, denn ohne ein ausreichendes Verkehrsnetz ist keine wirksame Industrialisierung möglich. Erst wenn die Zeiten tatsächlich angebrochen sind, die der Dichter Wißmann[1]) wehmütig mit den Worten besingt:

„O, meine Heimat, schwinden wird dein Friede,
Ich hab's zur Nacht im finstern Traum gesehn;
Dein Wald mit seinem Sturmposaunenliede,
Dein Dorf und deine Heide wird vergehn.
Dampfrosse werden deine Flur durchjagen,
Den Schmerz der Welt in deine Brust zu tragen",

dann wird auch für unser Gebiet die Grundlage zum Wohlstand geschaffen sein. Ein größerer Teil der Bevölkerung wird sich nun auf dem hohen Westerwald aufhalten und auch aufhalten können, denn der Zug nach auswärts läßt sich am wirksamsten dadurch bekämpfen, daß man die Existenzmöglichkeiten vermehrt. Ob nun gerade durch die neuen Bahnen „von den Schätzen, die in der Erde liegen, ein reicher Gewinn eingeheimst" wird und „goldene Zeiten anbrechen"[2]) werden, ist noch sehr fraglich. Ein bescheidener Wohlstand aber wird dann vorläufig gesichert sein und wir sind so auch hier dem Ziel der Volkswirtschaft, „der steigenden Ernährung und Bedürfnisbefriedigung einer steigenden Bevölkerung auf

[1]) Heyn I, a. a. O. S. 8.
[2]) Heyn I, a. a. O. S. 243.

einem gegebenen Territorium“ bedeutend näher gerückt. Ob damit aber eine Ruhepause in der Entwickelung eintreten kann, vermag ich nicht zu entscheiden, möchte es aber eher verneinen; der bunte Wechsel unseres so vielgestaltigen wirtschaftlichen Lebens läßt keinen Stillstand zu und wird auch hier bald neue zu lösende Probleme auftauchen lassen. Schon breitet die Ueberlandzentrale, das Talsperrenprojekt verdrängend, ihre Leitungen auch über den hohen Westerwald, der elektrische Strom dringt bald bis in die entfernteste Hütte; andere Segnungen der Kultur werden folgen und die Grundlage für neue Forderungen bilden; wenn auch viele von ihnen übertrieben sein werden, einem Teil wird man doch die Berechtigung nicht versagen können. Aus der Untersuchung der augenblicklichen Verhältnisse aber können wir nur das Fazit dahin ziehen, daß heute der Bau der beiden von uns vorgeschlagenen Bahnen für das Gebiet gewissermaßen eine Lebensfrage bildet. Auch der Bahnbau Frankfurt—Köln wird ja für unseren Landstrich von segensreicher Wirkung, aber für seine Entwickelung vorerst nicht von so fundamentaler Bedeutung sein wie Daaden—Fehlritzhausen und Erbach—Selters—Neuwied.

Oedlandaufforstungen.

Gemeinde	Größe in ha	Gesamtkosten	Staatszuschuß
Ailertchen	5,45	1066,99	170,—
Alpenrod mit Hirtscheid und Dehingen	7,04	1030,42	175,—
Bölsberg	1,20	165,30	40,—
Bretthausen	2,00	350,55	158,—
Dreisbach	9,00	1490,25	270,—
Eichenstruth	2,00	295,08	71,—
Enspel	1,30	195,22	—
Fehl-Ritzhausen	10,8	1311,—	288,—
Höhn-Urdorf	1,6	124,16	26,—
Hof	6,1	621,05	136,—
Korb	1,—	74,28	26,—
Langenbach (Post Kirburg)	2,2	201,75	95,—
Langenbach b. M.	1,—	119,95	30,—
Langenhahn	5,78	715,90	183,—
Linden	2,5	311,55	85,—
Stockhausen-Illfurth	0,02	55,05	
Stockum	4,62	889,15	105,—
Todtenberg	3,40	724,79	95,—
Oellingen	3,7	500,30	154,—
Pfuhl	2,—	226,10	70,—
Püschen	9,—	1721,87	300,—
Rotzenhahn	6,93	1211,86	320,—
Stein-Neukirch	2,6	198,08	65,—
Norken	3	306,78	50,—

Umwandlungen.

Gemarkung	Größe ha	Kostenaufwand Mk.	Gemarkung	Größe ha	Kostenaufwand Mk
Ailertchen	8,75	984,07	Linden	3,—	297,53
Alpenrod	24,56	2395,75	Lochum	1,70	135,15
Bach	0,04	81,65	Marienberg	3,44	286,—
Bölsberg	0,40	64,—	Mörlen	2,20	132,—
Bretthausen	2,3	287,41	Neunkhausen	8,90	776,—
Büdingen	2,70	160,40	Norken	3,15	705,—
Dreifelden	2,—	166,90	Oellingen	1,—	123,55
Dreisbach	13,35	675,53	Pfuhl	1,07	233,55
Eichenstruth	0,03	48,85	Rotzenhahn	2,90	248,20
Erbach	0,75	106,—	Schönberg	3,05	229,58
Hardt	0,90	63,—	Stangenrod	0,22	26,—
Höhn-Urdorf	0,09	1089,70	Stein-Neukirch	2,—	628,72
Hof	1,05	125,25	Stockum	0,80	93,40
Kirburg	3,5	280,—	Todtenberg	3,30	378,96
Korb	0,80	52,—	Unnan	6,15	749,—
Langenbach P. K.	4,40	537,—	Weißenberg	1,04	242,28
Langenbach b. M.	0,30	79,—	Willingen	3,03	687,98
Langenhahn	1,80	94,55	Zinnhain	0,25	26,—
Lautzenbrücken	3,40	268,—			

Aus dem Verwaltungsbericht des Oberwesterwaldkreises.

Braunkohle.

Jahr	Förderung i. t	Wert M.	Lohn pro Schicht	Zahl der Gruben	Mittlere Belegschaft	Ernährte Angehörige
1891	36882	—	—		—	
1892	33805	246541	2,61		428	
1893	35007	237619	2,54		413	
1894	30422	198988	2,50		374	
1895	33501	235723	2,50		362	
1896	29461	209349	2,53		329	
1897	31109	223069	2,61		335	
1898	28315	232985	2,70		374	
1899	28919	237618	2,96		379	
1900	34476	322758	3,14		422	
1901	36475	346586	3,05	13	425	971
1902	25221	213940	2,69	11	327	812
1903	24273	204141	2,72	11	235	590
1904	29036	236138	2,70	11	237	781
1905	30310	259693	2,77	9	228	638
1906	33369	284168	2,84	13	249	852
1907	44043	356283		14	393	1191
1908	65289	513067		15	518	1471
1909	78853	574809		10	480	1341
1910	80339	545169		11	480	1187
1911	74448	501594		8	358	1106
1912	92504	618025		9	387	Die Statistik wird nicht mehr geführt
1913	82531	547001		10	337	

Bis zum Jahre 1900 einschl. entstammen die Angaben der Abhandlung Freises über die Braunkohlen des Westerwaldes, von 1901 bis 1910 einschl. dem Heimatbuch S. 141. Die Angaben für die Jahre 1911, 1912 und 1913 verdanke ich dem Herrn Kgl. Bergrevierbeamten, Dillenburg.

Ocker.

Jahr	Förderung i. t	Wert Mk.	Mittlere Belegschaft
1897	300	1200	4
1898	60	240	2
1899	400	1600	3
1900	200	800	2
1901	115	345	4
1902	185	555	5
1903	140	420	3
1904	170	510	1
1905	140	420	2
1906	120	360	2
1907	120	360	2
1908	160	480	2
1909	—	—	
1910	54	162	1

Aus dem Bericht des Kreises Westerburg über die ersten 25 Jahre seines Bestehens.

Literatur und Quellen.

Arndt: Die Heimarbeit im rh.-main. Wirtschaftsgebiet, Jena 1909.

Artikel Eisenbahnen. H. W. d. St.

Becher: Mineralog. Beschreibungen des Westerwaldes.

Becker: Beiträge zur Siedlungskunde des hohen Westerwaldes, Diss. Marburg 1912.

Beiträge zum Verwaltungsbericht des Kreises Westerburg 1891.

Bericht des Kreisausschusses des Kreises Westerburg 1910 mit Angaben aus dem verflossenen 25jährigen Zeitraum 1886 bis 1911.

Buchenberger: Grundzüge der deutschen Agrarpolitik. 2. Auflage, Berlin 1899.

Conrad: Volkswirtschaftspolitik.

David, E.: Sozialismus und Landwirtschaft, I. die Betriebsfrage, Berlin 1903.

Denkschrift betr. den Bau einer normalspurigen Eisenbahn von Montabaur nach Ems.

Denkschrift Montabaur—Bendorf.

Denkschrift Moschenheim—Vallendar.

Deutscher Eisenbahngütertarif, Teil II, Nachtrag 5, Heft C, Teil Heft C^2, Berlin 1912.

Drucksachen des preußischen Abgeordnetenhauses.

Eingaben der Westerwälder Basaltindustrie.

Eingaben zum Bau der Bahn Burbuch—Niederroßbach.

Eingaben zum Bau einer Bahn Daaden—Fehl-Ritzhausen.

Eingaben zum Bau einer Bahn Erbach—Selters—Neuwied.

Die Ausnahmetarife im Güterverkehr der preuß.-hess. Eisenbahngemeinschaft, Tüb. Diss. 1912.

Ernten, die in Preußen 1912, 1913.

Frankenstein: Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschand, II, 2 Schriften des Vereins für Sozialpolitik 54.

Freise: Die Verwendbarkeit der Westerwälder Braunkohle . . . . „Braunkohle", Heft 43/1908.

E. Frohwein: Beschreibung des Bergreviers Dillenburg, Bonn 1885.

Fuchs: Grundstücke, Zusammenlegung derselben. W. d. V., Bd. I, S. 1213 ff.

Grabein: Wirtschaftliche und soziale Bedeutung der ländl. Genossenschaften in Deutschland. Tübingen 1908.

Grunzel: I. System der Industriepolitik. Leipzig 1905.

Grunzel: II. System der Verkehrspolitik. Leipzig 1908.

Gothein, G.: Der deutsche Außenhandel. Berlin 1901.

Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands, 1—4.

Handelskammerberichte Limburg.

Handelskammerbericht Siegen 1913.

Hagen-Donner: Die forstl. Verhältnisse Preußens.

Hamers, W.: Die Braunkohle in der Kölner Bucht. Dissertation 1910.

Heider: Die Entwicklung der rheinischen Landwirtschaft im 19. Jahrh. bis zur Gegenwart. Cöln 1911. Tüb. Dissertation.

Heyn: I. Der Westerwald und seine Bewohner von der ältesten Zeit bis heute, Marienberg 1893.

Heyn: II. Westerwaldführer 1913.

Jahrbuch des Reichsverbandes für 1913.

Jahresbericht der Landwirtschaftskammer Wiesbaden für 1905 mit Bericht über die Entwickelung der Landwirtschaft 1901—1905.

Jahresbericht 1910 und Bericht 1906—10.

Jahresbericht des Generalverbandes für 1912.

Keiser: Der Stand der Landwirtschaft im Gau 7 (Jahrbuch der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Band 26).

Keller: Geschichte Nassaus von der Reformation bis zum Anfang des 30jährigen Krieges. Wiesbaden 1864.
Kessler: Die Walderneuerung d. Westerwaldes. (Nassovia 3. Jahrgang 1902, Nr. 5, 6, 7, 8).
Klutmann, A.: Die Haubergswirtschaft. Dissertat. 1905.
Kölnische Zeitung 1909 Nr. 200.
Lindemann: Die Erde, I., Stuttgart.
Meitzen: Der Boden u. die landwirtschaftl. Verhältnisse Preußens 1906.
Nassauisches Heimatbuch Wiesbaden 1913.
Naumann: Neudeutsche Wirtschaftspolitik, 3. Auflage, Berlin 1913.
Niemeier: I. Die wirtschaftliche Bedeutung der Melioration (Kulturtechniker, Breslau 1913, Nr. 2).
Niemeier: II. Zur Frage der Melioration der Viehweiden des Westerwaldes (Kulturtechniker, Breslau 1914, Nr. 2).
F. Odenheimer: Berg- und Hüttenwesen im Herzogtum Nassau, Bd. I 1865, Wiesbaden.
Plenge: Westerwälder Hausierer und Landgänger. Leipzig 1898.
Reichstagsberichte.
Riehl: Land und Leute. Stuttgart 1854.
Ritter: Eine deutsche Eisenbahngemeinschaft? (Conrads Jahrbücher, 3. Folge, 46. Bd., Jahrgang 1913.)
Roscher: Nationalökonomie d. Ackerbaus. Stuttgart 1903.
Schardt: Der Wucher auf dem Lande. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Reg.-Bez. Wiesbaden.
Scheffler: Beiträge zur Kenntnis der Westerwaldtone .... Dresdener Diss. 1905.
Schmelzle: Die ländliche Grundbesitzverteilung, ihr Einfluß ..... (Annalen für Gesetzgebung und Verwaltung, 1913).
Schneider: Die Meliorierung von Oedland im hohen Westerwald. Frankf. Zeitung 1915 Nr. 155.
von Schönberg: Handbuch der politischen Oekonomie, 4. Aufl., 1. Bd.

Friedrich D. von Schütz: Geschichte des Herzogtums Nassau. Wiesbaden 1853.
Schulze-Rössler: Praktische Erfahrungen mit Gemeindeweidemeliorationen. Berlin 1914.
Schulze-Rössler: Betrachtungen eines Landwirts über den oberen Westerwald.
Schweinezählung, endgültige Ergebnisse 1914.
Sering: Landwirtschaftliche Jahrbücher, Band 28, Einzelband 1.
Sering: Die Grundbesitzverteilung und die Abwanderung vom Lande, 1910.
Sohnrey: Der Zug vom Lande und die soziale Revolution. Leipzig 1894.
Sombart: Die Volkswirtschaft des XIX. Jahrhunderts.
Staats- und Kommunaladreßhandbuch für den Reg.-Bez. Wiesbaden 1909/10.
Stahl und Eisen 1908 II. S. 1243 ff.
Stahl und Eisen 1911, Nr. 12, S. 486 ff.
Statistische Beschreibungen des Reg.-Bez. Wiesbaden, Heft 1—4. Wiesbaden 1876.
Stier-Somlo: Verwaltungsgesetze f. Preußen. Berlin 1912.
Stifft: Geognostische Beschreibungen des Herzogtums Nassau. Wiesbaden 1831.
Susnitzki: Fünf Dorfgemeinden auf dem hohen Taunus. (Schmollers Jahrbücher, Neue Folge 36, Jahrg. 1912.)
Textor: Nassauische Chronik 1712.
Ulrich: I. Staffeltarife und Wasserstraßen. Berlin 1894.
Ulrich: II. Staatseisenbahnen, Staatswasserstraßen und die deutsche Wirtschaftspolitik. Leipzig 1898.
Verwaltungsbericht Oberwesterwaldkreis 1908 bis 1912. Marienberg 1914.
Verwaltungsbericht Westerburg 1891.
Verwaltungsbericht Westerburg 1901.
Verwaltungsbericht Westerburg 1902/3.
Verwaltungsbericht Westerburg 1906/7.
Verhandlungen des Preußischen Abgeordnetenhauses.
Viehzählung, vorläufige Ergebnisse der . . 1892.

Viehzählung, Ergebnisse 1912.
Vogel: Beschreibung des Herzogtums Nassau. Wiesbaden 1843.
Volkswirtschaftliche Chronik 1907.
Weber: Ueber den Standort der Industrie. Tübingen 1909.
Weber: Die Standortslehre und die Handelspolitik. (Archiv für Sozialwissenschaft 1911 Band 32.)
Wedding: Grundriß der Eisenhüttenkunde. Berlin 1901.
Wolff: Der Spessart, sein Wirtschaftsleben.
Württembergische Jahrbücher 1864, 1911.
Zeitschrift für praktische Geologie, Jahrg. 1908, S. 162 ff.
Zeitschrift für die Steinbruchberufsgenossenschaft. (Amtsblatt Jahrg. 1907, 9, 11, 13.)
Zeitschrift des Vereines Nassauischer Land- und Forstwirte, 70. Jahrgang. Wiesbaden 1888.
Zingel: Ein Beitrag zur Argargeschichte des Westerwaldes. Tüb. Diss. 1910.
Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse der 72 Kreditgenossenschaften des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein 1913.
Akten über den Bau einer Bahn Daaden—Fehl-Ritzhausen im Privatbesitz und im Besitze des Landratsamts Altenkirchen.
Akten der Kreishilfskasse Marienberg.
Wirtschaftsbuch der Bürgermeisterei Daaden.